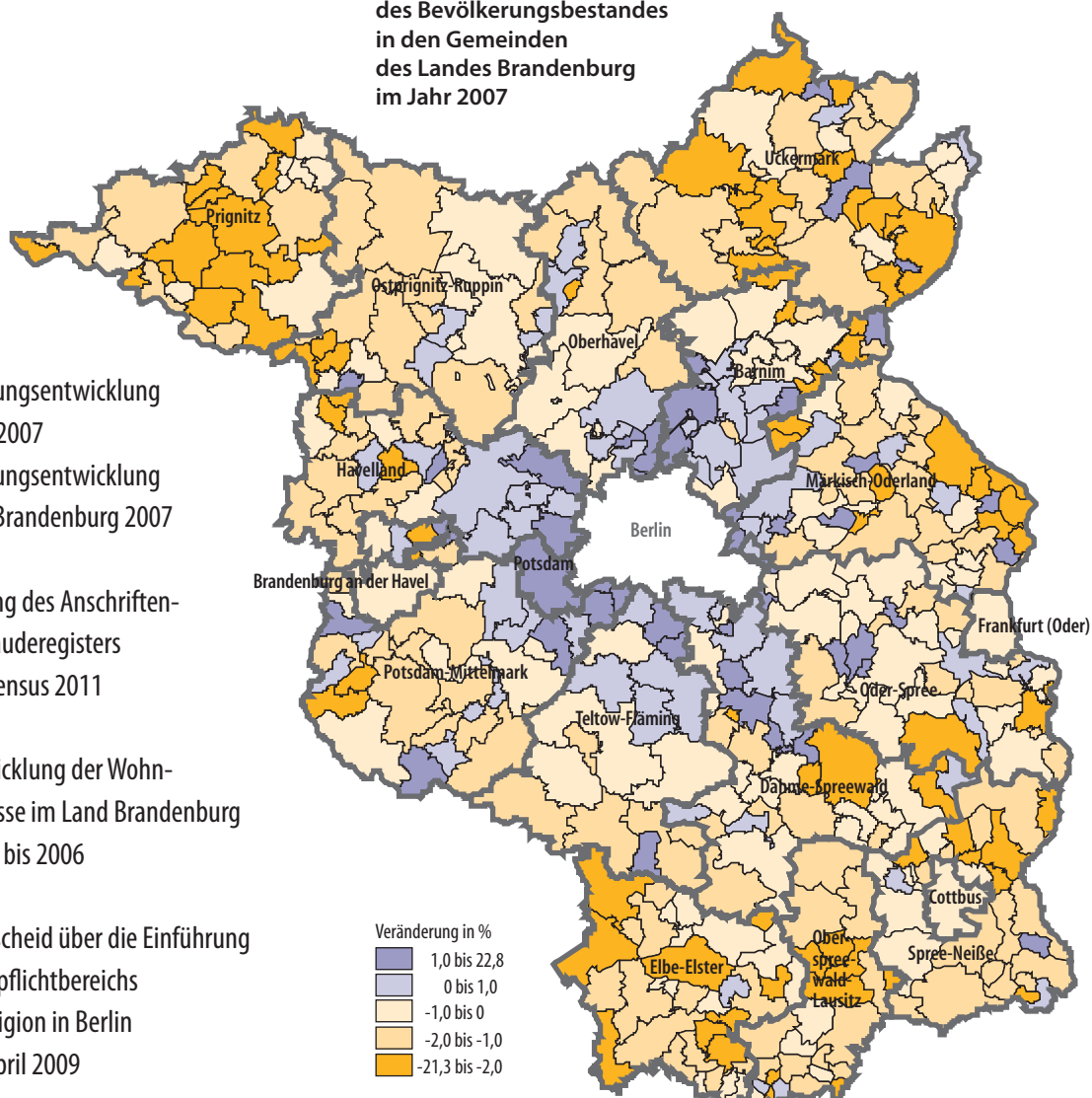


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

3 2009

Veränderung
des Bevölkerungsbestandes
in den Gemeinden
des Landes Brandenburg
im Jahr 2007



Bevölkerungsentwicklung
in Berlin 2007

Bevölkerungsentwicklung
im Land Brandenburg 2007

Bedeutung des Anschriften-
und Gebäuderegisters
für den Zensus 2011

Die Entwicklung der Wohn-
verhältnisse im Land Brandenburg
von 1998 bis 2006

Volksentscheid über die Einführung
des Wahlpflichtbereichs
Ethik/Religion in Berlin
am 26. April 2009

Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam

Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Ausagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum



**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**

3. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2009

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze



Inhaltsübersicht

- 22** Bevölkerungsentwicklung
in Berlin 2007
- 26** Bevölkerungsentwicklung
im Land Brandenburg 2007
- 34** Bedeutung des Anschriften-
und Gebäuderegisters
für den Zensus 2011
– Arbeiten zum Aufbau auf der Grundlage
des Zensusvorbereitungsgesetzes begonnen –
- 40** Die Entwicklung der Wohnver-
hältnisse im Land Brandenburg
von 1998 bis 2006
- 44** Volksentscheid über die
Einführung des Wahlpflicht-
bereichs Ethik/Religion
in Berlin am 26. April 2009

Kurz gefasst ...



Rubriken

**2** ... aus Berlin und Brandenburg**Industrie**

April 2009

Beschäftigung

1. Vierteljahr 2009

BauhauptgewerbeApril 2009: Umsatz und Aufträge
Jahr 2008: Wohnungsbestand**Tourismus**

April 2009

Einzelhandel

April 2009

8 ... aus Deutschland**Verarbeitendes Gewerbe**

April 2009: weniger Beschäftigte

Gesundheitswesen

2007: Krankheits- und Todesfälle

Gastgewerbe

April 2009: Umsatz

Außenhandel

1. Quartal 2009: Ausfuhr

Preise

Mai 2009: Verbraucherpreise

11 ... aus Europa**Preise**

Mai 2009: Inflationsrate

Außenhandel

April 2009: Handelsbilanzüberschuss

12 Wirtschaft im Überblick**Berlin**

Februar 2009

17 **Brandenburg**

Februar 2009

48 **Historisches**
Bevölkerung**50** **Veröffentlichungen****Berlin**

Brandenburg

Umschlag-
seite**3****Karte**Veränderung
des Bevölkerungsbestandes
in Berlin im Jahr 2007
nach BezirkenUmschlag-
seite**4****Karte**Veränderung
des Bevölkerungsbestandes
im Land Brandenburg im Jahr 2007
nach Verwaltungsbezirken

Kurz gefasst



aus Berlin und Brandenburg

Industrie April 2009: Berliner Umsätze 8,9 Prozent unter Vorjahreswert

Im April 2009 lagen die Umsätze der 334 Berliner Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte mit 1,69 Mrd. EUR um 8,9 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Einbußen gab es im Inlands- und im Auslandsgeschäft von 10,3 Prozent und 7,3 Prozent.

Positiv verlief die Entwicklung in den beiden umsatzstärksten Branchen. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen erzielten 5,7 Prozent und die Nahrungsmittelhersteller 13,1 Prozent mehr Umsätze als im April 2008. Dieses Wachstum führte durch deutliche Umsatzeinbußen der anderen Branchen nicht zur Berliner Umsatzsteigerung. So verfehlten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen den Vorjahresstand um 31,5 Prozent, die Maschinenbauer um 21,3 Prozent und die Hersteller

von elektronischen und optischen Erzeugnissen um 9,2 Prozent. Diese Umsatzverluste betrafen den In- und Auslandsmarkt.

In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres verringerte die Berliner Industrie den Umsatz um 1,6 Prozent auf 7,06 Mrd. EUR. Während die Auslandsumsätze um 4,2 Prozent auf 3,32 Mrd. EUR zulegten, unterschritten die Inlandsumsätze das Ergebnis vom gleichen Vorjahreszeitraum um 6,1 Prozent auf 3,74 Mrd. EUR. Ende April 2009 waren 78 936 Personen in der Berliner Industrie beschäftigt. Das waren 231 Beschäftigte oder 0,3 Prozent mehr als im Vormonat und 1 442 oder 1,9 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Januar.....	77 219	1 656,1	795,9	0,7	2,4	18,3
Februar.....	77 895	1 747,3	837,2	1,6	-4,0	0,3
März.....	78 705	1 967,5	891,5	2,4	4,6	8,4
April.....	78 936	1 691,3	793,4	1,9	-8,9	-7,3
Januar bis April	78 189	7 062,2	3 317,9	1,6	-1,6	4,2

**Verarbeitendes Gewerbe
in Berlin
seit Januar 2009**

Industrie April 2009: Brandenburger Industrie -18,9 Prozent Umsatz

Die 423 Brandenburger Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte erzielten im April 2009 einen Gesamtumsatz von 1,4 Mrd. EUR. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat bedeutet das einen Rückgang um 18,9 Prozent. Die Inlands- und Auslandsgeschäfte verminderten sich dabei um 15,8 Prozent und um 27,3 Prozent.

Während die Nahrungsmittelhersteller als umsatzstärkste Branche ein Plus von 1,8 Prozent erwirtschaften konnten, mussten andere wichtige Industriebereiche zweistellige Minusraten hinnehmen. So betrugen die Umsatzeinbußen in der metallherzeugenden/-verarbeitenden Industrie 46,4 Prozent, in der chemischen Industrie 41,4 Prozent, im sonstigen Fahrzeugbau 19,7 Prozent sowie bei den Herstellern von Papier und Pappe 18,7 Prozent.

Insgesamt ergibt sich für die ersten vier Monate des Jahres eine negative Bilanz. Mit 5,4 Mrd. EUR Umsatz verzeichnete die Brandenburger Industrie gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres einen Umsatzrückgang von 14,7 Prozent. Dabei war das Auslandsgeschäft (-24,5 Prozent) deutlich stärker rückläufig als das Inlandsgeschäft (-11,1 Prozent).

Ende April 2009 beschäftigte die Brandenburger Industrie 73 438 Personen, 497 mehr als ein Monat zuvor und 976 oder 1,3 Prozent mehr als im April 2008.

Ab dem Berichtsmonat Januar 2009 werden die Ergebnisse beider Länder in der Abgrenzung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), dargestellt. Die Veränderungsraten basieren auf dieser Abgrenzung.

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Januar.....	73 007	1 272,9	291,1	2,0	-14,5	-25,2
Februar.....	73 044	1 238,3	267,3	2,1	-19,4	-34,2
März.....	72 941	1 448,3	351	2,2	-5,4	-10,5
April.....	73 438	1 399,9	338,1	1,3	-18,9	-27,3
Januar bis April	73 108	5 359,4	1 247,5	1,9	-14,7	-24,5

**Verarbeitendes Gewerbe
im Land Brandenburg
seit Januar 2009**

Beschäftigung**1. Vierteljahr 2009:
Beschäftigungsaufbau
in der Region Berlin-
Brandenburg gebremst**

Beschäftigung und Arbeitsmarkt in der Region Berlin-Brandenburg sind bislang von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise weniger tangiert als anderenorts. Die beschleunigte Abwärtsentwicklung der Wirtschaft in Deutschland hat im 1. Vierteljahr 2009 den Beschäftigungsaufbau fast zum Stillstand gebracht (+0,1 Prozent). In Berlin aber lag die Zahl der Erwerbstätigen mit 1 634 500 noch um fast 25 000 über dem Niveau des Anfangsquartals des vergangenen Jahres. Das entspricht einer Steigerung um 1,5 Prozent. Berlin erreichte damit zusammen mit Hamburg (+1,6 Prozent) die einzigen Zuwachsraten unter den Bundesländern über der 1-Prozent-Marke. In Berlin fiel der Abschwung bei der Beschäftigungsentwicklung im 1. Vierteljahr 2009 gegenüber den im Jahresverlauf 2008 erreichten Zuwächsen (1. Vierteljahr: +2,0 Prozent; 2. und 3. Vierteljahr: je +2,3 Prozent; 4. Vierteljahr: +2,0 Prozent) moderat aus.

Brandenburg musste einen deutlicheren Abschwung hinnehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im 1. Vierteljahr bei 1 025 800 und damit nur geringfügig höher (+900 Personen beziehungsweise +0,1 Prozent) als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In den Vorquartalen des Jahres 2008 schwankte der Beschäftigtenanstieg noch zwischen 1,0 und 1,4 Prozent. Die Beschäftigungslage in Brandenburg gestaltete sich im 1. Vierteljahr 2009 aber günstiger als in allen anderen neuen Bundesländern (ohne Berlin), die durchweg Beschäftigungsverluste hinnehmen mussten. Diese betrugen im Durchschnitt –0,7 Prozent. Dagegen konnten die alten Bundesländer ohne Berlin noch ein leichtes Plus von 0,2 Prozent verbuchen.

Dabei wurde die Erwerbstätigenentwicklung in allen Bundesländern im 1. Vierteljahr 2009 von der Wirtschaftskrise gezeichnet. Die rückläufige Entwicklung in den neuen Ländern außer in Brandenburg reichte von –0,6 Prozent in Sachsen-Anhalt bis –1,3 Prozent in Thüringen. Unter den alten Bundesländern konnte die Mehrzahl der Länder noch einen leichten Zuwachs zwischen 0,2 und 0,5 Prozent und den Spitzenwert von 1,6 Prozent in Hamburg realisieren. Nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kam es zur Stagnation und allein im Saarland zu einem Rückgang von 0,7 Prozent.

Die bundesweiten Auswirkungen der Krise bekamen alle Beschäftigtengruppen zu spüren. Die Beschäftigungslage im 1. Vierteljahr 2009 ist durch eine gedämpfte Zunahme der normalen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, das Zurückfahren ausschließlich geringfügiger und selbstständiger Beschäftigungen charakterisiert, wurde aber gemildert durch flexible Arbeitszeiten und eine starke Inanspruchnahme der konjunkturell bedingten Kurzarbeit.

In Berlin ist die insgesamt abgeschwächte, aber weiterhin überdurchschnittlich positive Entwicklung der Erwerbstätigenzahl vor allem das Ergebnis der Zunahme normal sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, die mit 3,0 Prozent sogar noch stärker ausfiel als im Anfangsquartal des Vorjahres (+2,6 Prozent). Mit diesem Ergebnis ist Berlin führend beim Arbeitsplatzaufbau für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in Deutschland. Allerdings wurden dagegen ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere die in Zusatzjobs, überdurchschnittlich zurückgefahren. Außerdem trug aber auch die Zahl der Erwerbstätigen in selbstständiger Beschäftigung immer noch positiv zur Gesamtbeschäftigungsentwicklung bei. Beschäftigungsmöglichkeiten in Kurzarbeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes wurden in Berlin weniger als im Durchschnitt in Deutschland genutzt. Der Anteil der Erwerbstätigen in Kurzarbeit an allen Arbeitnehmern war hier im 1. Vierteljahr 2009 mit 0,7 Prozent deutlich geringer als in Deutschland mit 2,7 Prozent.

In Brandenburg wurde der Abschwung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf +0,5 Prozent im 1. Vierteljahr 2009 gegenüber +1,5 Prozent im Anfangsquartal 2008 noch durch Rückgänge der Selbstständigenzahl verstärkt und nur wenig gemildert durch noch leichte Zugänge bei der geringfügigen Beschäftigung. Insbesondere legte die Zahl der Zusatzjobber unter den neuen Bundesländern nur in Brandenburg noch zu. Auch die Inanspruchnahme der Beschäftigungsmöglichkeiten in Kurzarbeit entlastete den Arbeitsmarkt in Brandenburg. Der Anteil der in Kurzarbeit erwerbstätigen Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern insgesamt belief sich im 1. Vierteljahr 2009 auf durchschnittlich 2,4 Prozent.

Land	2008				2009
	1.	2.	3.	4.	1.
	Vierteljahr				
	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %				
Baden-Württemberg.....	1,8	1,7	1,5	1,1	–0,0
Bayern.....	1,8	1,6	1,5	1,1	0,2
Berlin.....	2,0	2,3	2,3	2,0	1,5
Brandenburg.....	1,0	1,3	1,4	1,1	0,1
Bremen.....	1,6	1,3	1,1	0,6	0,2
Hamburg.....	2,3	2,2	2,3	2,1	1,6
Hessen.....	1,6	1,4	1,3	0,8	0,2
Mecklenburg-Vorpommern.	1,2	0,8	0,4	–0,0	–0,9
Niedersachsen.....	1,9	1,7	1,7	1,3	0,3
Nordrhein-Westfalen.....	1,7	1,5	1,4	1,1	0,2
Rheinland-Pfalz.....	1,8	1,5	1,3	0,8	–0,0
Saarland.....	1,1	1,0	0,8	0,5	–0,7
Sachsen.....	1,1	1,0	1,0	0,3	–0,9
Sachsen-Anhalt.....	1,0	0,5	0,8	0,7	–0,6
Schleswig-Holstein.....	1,7	1,6	1,5	1,4	0,5
Thüringen.....	0,9	0,5	0,4	–0,1	–1,3
Deutschland.....	1,7	1,5	1,4	1,0	0,1
Nachrichtlich:					
Alte Länder ohne Berlin....	1,8	1,6	1,5	1,1	0,2
Neue Länder ohne Berlin..	1,0	0,9	0,8	0,4	–0,7

**Erwerbstätige
am Arbeitsort
in Deutschland**

Beschäftigung

1. Vierteljahr 2009: Berliner Dienstleister auf Wachstumskurs, Einbrüche im branden- burgischen Baugewerbe

Auf die Erwerbstätigkeit in Berlin und Brandenburg hat die Wirtschaftskrise im 1. Vierteljahr dieses Jahres einen unterschiedlich starken Einfluss ausgeübt. Die Zahl der Erwerbstätigen im 1. Vierteljahr 2009 ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nach ersten vorläufigen Berechnungen in Berlin nur noch um 1,5 Prozent (1. Vierteljahr 2008: +2,0 Prozent) und in Brandenburg um 0,1 Prozent (1. Vierteljahr 2008: +1,0 Prozent) gestiegen. Der Durchschnitt in Deutschland lag bei 0,1 Prozent (1. Vierteljahr 2008: +1,7 Prozent).

Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu dieser Gesamtentwicklung der Erwerbstätigkeit fiel in Berlin und Brandenburg sehr unterschiedlich aus. In beiden Ländern haben die Dienstleistungsbereiche weiterhin ihre Erwerbstätigenzahl erhöht, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß.

Berlin erreichte hier mit einem Anstieg um 27 500 Personen beziehungsweise 2,0 Prozent fast wieder das Ergebnis im Vergleichsquartal 2008 (+29 500 Personen beziehungsweise 2,2 Prozent). Bundesweit reduzierte sich der Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen von 1,8 Prozent auf 0,4 Prozent. In Berlin entfiel fast der gesamte Zuwachs an Erwerbstätigen auf die Dienstleistungsbereiche. Diese unterschiedliche Entwicklung geht auch auf die differenzierte Ausprägung der Überlassung von Arbeitskräften, der sogenannten Leih- beziehungsweise Zeitarbeit, zurück. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Beschäftigten in dieser Branche ist in Berlin im 1. Vierteljahr 2009 lediglich um 3 Prozent zurückgegangen, bundesweit dagegen aber um rund 16 Prozent bei etwa gleichem Anteil von rund 2 Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Einfluss der überdurchschnittlichen Zunahme an Arbeitsplätzen in Berlin im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (+3,0 Prozent) und bei öffentlichen und privaten Dienstleistern (+2,4 Prozent) wurde allerdings durch das deutlich geringere Wachstum im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+0,3 Prozent) geschmälert.

Die leichte Zunahme der Erwerbstätigkeit in Brandenburg kam ausschließlich im Bereich der Dienstleistungen zum Tragen. Hier konnten 2 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen werden (+0,3 Prozent). Im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum noch 7 400 (+1,0 Prozent). Die Abschwächung fiel besonders deutlich mit +0,1 Prozent im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen aus (1. Vierteljahr 2008: +2,0 Prozent). Bei öffentlichen und privaten Dienstleistern konnte der Beschäftigungsanstieg des Vorjahreszeitraumes um 0,6 Prozent im Anfangsquartal dieses Jahres wiederholt werden. Aber im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr rutschte die Beschäftigung erstmals seit dem 2. Vierteljahr 2006 wieder leicht ins Minus (–0,2 Prozent).

Besonders betroffen von der Wirtschaftskrise zeigte sich in Berlin und Brandenburg das Produzierende Gewerbe, wo in beiden Ländern Arbeitsplatzverluste hingenommen werden mussten. In Berlin lag hier die Beschäftigung im 1. Vierteljahr 2009 um 3 100 Personen (–1,4 Prozent) unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Während die Hälfte der Verluste das Verarbeitende Gewerbe betrafen (–1,2 Prozent), blieben die Auswirkungen im Baugewerbe moderat (–0,3 Prozent). Der Einbruch des Baugewerbes in Deutschland im Verlauf des letzten Jahres hat sich im 1. Vierteljahr dieses Jahres mit –1,1 Prozent noch verstärkt.

Bundesweit beliefen sich die Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe auf 0,6 Prozent. Berlin hatte erst während des gesamten letzten Jahres nach jahrelangen Arbeitsplatzverlusten wieder die Beschäftigung aufstocken können.

In Brandenburg sorgte die immer noch überdurchschnittlich ansteigende Beschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes (+2 300 Personen beziehungsweise +1,8 Prozent) für eine weitgehende Kompensierung des ebenfalls überdurchschnittlich ausfallenden Abbaus von Arbeitsplätzen im Baugewerbe (–2 200 Personen beziehungsweise –2,4 Prozent) und damit für nur eine leicht niedrigere Erwerbstätigenzahl im Produzierenden Gewerbe insgesamt (–500 Personen beziehungsweise –0,2 Prozent).

Wirtschaftsbereich (WZ 2003)	Erwerbstätige		Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %		
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	nachrichtlich: Deutschland
Insgesamt	1 634,5	1 025,8	1,5	0,1	0,1
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei ..	4,8	34,1	5,1	–1,7	0,9
Produzierendes Gewerbe	210,6	233,7	–1,4	–0,2	–0,8
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe.....	130,1	131,6	–1,2	1,8	–0,6
Baugewerbe.....	69,1	87,9	–0,3	–2,4	–1,1
Dienstleistungsbereiche	1 419,1	758,0	2,0	0,3	0,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr....	377,8	254,0	0,3	–0,2	–0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	384,8	147,0	3,0	0,1	–0,2
Öffentliche und private Dienstleister.	656,6	356,9	2,4	0,6	1,3

**Erwerbstätige im
1. Vierteljahr 2009
in Berlin und
Brandenburg
nach Wirtschafts-
bereichen**

Bauhauptgewerbe**April 2009:
Mehr Umsatz,
weniger Aufträge
für Berliner Baubetriebe**

Der baugewerbliche Umsatz in Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen ist im April 2009 um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 119,3 Mill. EUR gestiegen. Der Tiefbau erzielte dabei ein Umsatzplus in Höhe von 26,5 Prozent, während sich im Hochbau nur der gewerbliche und industrielle Hochbau positiv entwickelte (+8,8 Prozent); insgesamt sank er im betrachteten Zeitraum um 12,7 Prozent. Die Auftragslage in den Berliner Baubetrieben verschlechterte sich im April 2009 weiter, allerdings nicht mehr so stark wie im Monat zuvor. Der Auftragseingang mit einem Volumen von 91,0 Mill. EUR sank im April 2009 um 14,6 Prozent zum gleichen Zeitraum des Vorjahres, besonders stark im Hochbau (–29,9 Prozent). Die positive Entwicklung der Auftragseingänge sowohl im sonstigen Tiefbau (+73,3 Prozent) als auch im Straßenbau (+3,8 Prozent), die zu einem leichten Anstieg der Auftragseingänge im Tiefbau

insgesamt führten (+3,2 Prozent), dämpften die negative Entwicklung der gesamten Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im April 2009 gegenüber April 2008 (–14,6 Prozent). Im März 2009 betrug der Rückgang der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat noch 38,8 Prozent.

Weiterhin nahm im April 2009 die Zahl der Beschäftigten um 2,9 Prozent auf 8 681 gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten lag mit 13 741 EUR fast auf Vorjahresniveau (–0,1 Prozent). Die Bruttoentgeltsumme stieg um 3,2 Prozent auf 24,4 Mill. EUR. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (0,8 Mill.) erhöhte sich im arbeitstäglichen Vergleich um 12,0 Prozent gegenüber April 2008.

Zeitraum	Im Baugewerbe ...					
	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
März.....	8 573	116,4	85,9	2,5	9,0	–38,8
April.....	8 681	119,3	91,0	2,9	2,8	–14,6
Januar bis April	8 602	397,3	322,6	3,3	–7,4	–16,4

**Bauhauptgewerbe
in Berlin
seit Januar 2009****Bauhauptgewerbe****April 2009:
Umsatz- und Auftrags-
plus im Brandenburger
Baugewerbe**

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen wurden im April 2009 baugewerbliche Umsätze in Höhe von 161,8 Mill. EUR verzeichnet, das waren 4,1 Prozent mehr als im April 2008. Ein Umsatzplus erzielten der gewerbliche und industrielle Hochbau und Tiefbau sowie der Straßenbau. Die Auftragseingänge in den Brandenburger Baubetrieben lagen im April 2009 mit 152,3 Mill. EUR geringfügig (+0,8 Prozent) über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Für den Zuwachs war hier der Straßenbau verantwortlich (+66,1 Prozent), der dem gesamten Tiefbau zu einem Anstieg der Auftragseingänge im April 2009 um 11,7 Prozent verhalf. Im Hochbau sanken die Auftragseingänge um 15,6 Prozent gegenüber April 2008.

Weiterhin sank gegenüber dem Vorjahresmonat die Zahl der im Bauhauptgewerbe tätigen Personen in den auskunftspflichtigen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 1,7 Prozent auf 15 684 und die Bruttoentgeltsumme um 1,8 Prozent auf 35,8 Mill. EUR. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten stieg im April 2009 um 5,9 Prozent auf 10 319 EUR im Vergleich zum April 2008. Im gleichen Zeitraum wurden 1,8 Mill. Arbeitsstunden auf den Baustellen geleistet, das waren im arbeitstäglichen Vergleich 3,8 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Zeitraum	Im Baugewerbe ...					
	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
März.....	15 417	141,8	143,8	–3,0	4,3	–2,5
April.....	15 684	161,8	152,3	–1,7	4,1	0,8
Januar bis April	15 283	465,4	526,1	–3,6	–7,0	–8,1

**Bauhauptgewerbe
in Brandenburg
seit Januar 2009****Bauhauptgewerbe****Jahr 2008:
Wohnungsbestand
im Land Brandenburg
auf Vorjahresniveau**

Zum Jahresende 2008 gab es im Land Brandenburg 1 275 612 Wohnungen; das waren 324 mehr als Ende 2007. Die Ergebnisse resultieren aus Wohnungszugängen durch Neubau (5 724) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (1 062) sowie aus Abgängen als Folge von Nutzungsänderung, Zusammenlegung und Abbruch. Unter den 612 842 Wohngebäuden sind 85,6 Prozent Ein- und Zweifamilienhäuser; knapp 2 Prozent aller Wohnungen befinden sich in Nichtwohngebäuden. Die höchsten Wohnungsbe-

stände haben die Landkreise Oberhavel und Märkisch-Oderland. Unter den kreisfreien Städten hat Potsdam die meisten Wohnungen. Frankfurt (Oder) weist den geringsten Wohnungsbestand auf, bei den Landkreisen die Prignitz. In zehn Landkreisen und Potsdam gab es Bestandszuwächse an Wohnungen, den höchsten in Potsdam-Mittelmark (+1,0 Prozent). Bei den anderen vier Landkreisen und drei kreisfreien Städten überwogen die Wohnungsabgänge. Der Rückbau in Frankfurt (Oder) war dabei mit –1 139 Wohnungen (–3,2 Prozent) am höchsten.

Tourismus **April 2009:** **mehr Übernachtungen** **in Brandenburg**

Im April 2009 wurden im Land Brandenburg in 1 346 geöffneten Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten und auf 140 geöffneten Campingplätzen für Urlaubscamping insgesamt 277 800 neu angekommene Gäste begrüßt, 0,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 5,6 Prozent auf 758 100. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste verlängerte sich gegenüber dem Vorjahr von 2,6 auf 2,7 Tage.

Während Inlandgäste im April häufiger als im Vorjahr in die Beherbergungsbetriebe des Landes Brandenburg kamen (+2,7 Prozent), erlebte der Ausländertourismus einen starken Einbruch (–21,6 Prozent). Der Anteil ausländischer Besucher am Gesamtaufkommen verringerte sich dadurch auf 8,3 Prozent (April 2008: 10,6 Prozent). Das Bettenangebot in den Beherbergungsstätten (74 700) war landesweit um etwa 400 (+0,5 Prozent) größer als zwölf Monate zuvor. Die Auslastungsquote der Betten (31,1 Prozent) lag um 0,5 Prozentpunkte höher als im April 2008.

In den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen (971 Betriebe mit einem Angebot von 45 200 Betten) ging die Zahl der Ankünfte um 1,4 Prozent auf 196 800 zurück, die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,1 Prozent auf 404 700. Die Aufenthaltsdauer betrug durchschnittlich 2,1 Tage, die Bettenauslastung lag bei 29,9 Prozent.

Alle anderen Beherbergungseinrichtungen (Jugendherbergen und Ähnliches, Betriebe, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Campingplätze), die unter dem Begriff „Weitere Beherbergungsbetriebe“ zusammengefasst werden, meldeten im April 80 100 neue Gäste (+4,0 Prozent) mit 353 500 Übernachtungen (+11,2 Prozent). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 4,4 Tage, die Bettenauslastung (ohne Berücksichtigung der Stellplätze auf Campingplätzen) 35,5 Prozent.

Für die 22 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken mit 4 400 Betten (+1,0 Prozent), 5 400 neuen Gästen (–3,3 Prozent) und 124 900 Übernachtungen (–1,5 Prozent) wurde erneut eine sehr lange Aufenthaltsdauer der Gäste (23,1 Tage) und eine hohe Bettenauslastung (94,1 Prozent) ermittelt.

Die ebenfalls den „Weiteren Beherbergungsbetrieben“ zugeordneten Campingplätze für Urlaubscamping stellten im April 37 200 Schlafgelegenheiten (+2,4 Prozent) auf 9 300 Stellplätzen zur Verfügung. Sie zählten rund 12 900 Neukünfte (+130,4 Prozent) und 41 700 Übernachtungen (+171,9 Prozent). Die starken Zuwächse sind mindestens teilweise darauf zurückzuführen, dass im vergangenen Jahr die campingfreundlichen Osterferien in den März fielen.

Reisegebiet	April 2009				Januar bis April 2009			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Prignitz.....	7 100	–8,0	20 000	11,4	25 400	–5,6	60 700	–2,6
Ruppiner Land.....	30 800	1,1	89 300	7,6	91 300	–3,8	257 000	–5,4
Uckermark.....	19 600	6,5	61 100	22,4	50 300	–7,1	144 100	–3,0
Barnimer Land.....	14 900	–14,0	53 700	5,1	40 200	–6,7	160 900	0,1
Märkisch-Oderland.....	16 400	1,4	59 400	4,7	49 500	–1,9	198 200	1,5
Oder-Spree-Seengebiet	31 000	6,5	88 100	13,9	92 800	1,0	252 000	0,5
Dahme-Seengebiet.....	26 000	18,7	54 300	22,8	79 100	11,2	148 500	7,5
Spreewald.....	38 800	13,4	98 500	8,7	106 800	–3,8	267 000	–1,9
Niederlausitz.....	10 700	12,3	25 900	31,6	26 100	–3,5	61 000	–2,4
Elbe-Elster-Land.....	3 200	–8,6	15 800	–2,0	10 200	–2,6	55 400	–2,6
Fläming.....	32 100	–11,9	77 500	–12,7	98 100	–13,7	244 800	–13,2
Havelland.....	20 700	–9,7	52 500	–7,9	56 800	–10,1	139 900	–12,4
Potsdam.....	26 500	–11,1	61 900	–5,4	84 800	–10,5	199 700	–5,1
Land Brandenburg	277 800	0,1	758 100	5,6	811 700	–4,8	2 189 200	–3,5

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben des Landes Brandenburg April 2009 nach Reisegebieten

Einzelhandel April 2009: Berliner Umsatz rückläufig, Beschäftigung mit Zuwachs

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im April 2009 nach vorläufigen Berechnungen nominal 0,7 Prozent und real 1,2 Prozent weniger um als im April 2008. Wegen Ostern hatte der April in diesem Jahr zwei Verkaufstage weniger als im Jahr davor, das heißt je Verkaufstag gerechnet, stieg der Umsatz im April nominal um 7,0 Prozent und real um 6,5 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat.

Eine positive Umsatzentwicklung nahmen im April lediglich der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen

Gütern und der Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen, alle anderen Branchen fuhren Verluste ein.

Von Januar bis April 2009 betrug das Umsatzminus nominal 1,5 Prozent und real 1,9 Prozent. Auch ein Verkaufstag mehr und damit die gleiche Anzahl wie im Vorjahreszeitraum hätte die negative Veränderung nicht verhindern können.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag im April um 1,0 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Bei den Vollbeschäftigten wurde ein Rückgang um 2,3 Prozent ermittelt, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 3,5 Prozent.

Wirtschaftszweig	April 2009			Januar bis April 2009		
	Umsatz		Beschäf- tigte	Umsatz		Beschäf- tigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-0,7	-1,2	1,0	-1,5	-1,9	0,9
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	-2,1	-1,9	4,5	-3,5	-4,0	4,1
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-5,6	-7,0	-2,6	-5,6	-7,2	-3,8
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-5,4	-5,4	-4,0	-1,9	-0,7	-1,8
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	3,6	1,4	-1,1	1,1	-0,8	-1,1
außerhalb von Verkaufsräumen!	3,5	8,6	6,2	7,9	12,6	2,7

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im April 2009

– Vorläufige Ergebnisse –

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Einzelhandel April 2009: in Brandenburg – Umsatz- steigerung und Beschäftigtenrückgang

Nach vorläufigen Berechnungen setzte der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) des Landes Brandenburg im April 2009 nominal 1,8 Prozent und real 1,6 Prozent mehr um als im April 2008. Wegen des Osterfestes hatte der April 2009 mit 24 Verkaufstagen zwei weniger als der April 2008. Ohne diesen Kalendereffekt, das heißt je Verkaufstag gerechnet, stieg der Umsatz im April nominal um 9,5 Prozent und real um 9,3 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat.

Bis auf den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie den Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen wurde in allen anderen Branchen mehr umgesetzt als im April 2008.

Die Umsatzsteigerung im April konnte das Defizit der ersten drei Monate noch nicht ausgleichen, sodass im Jahresteil (Januar bis April) ein Umsatzrückgang von nominal 2,5 Prozent und real 2,8 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2008 zu verzeichnen war. Bei gleicher Anzahl von Verkaufstagen wäre die Umsatzentwicklung sowohl nominal als auch real voraussichtlich um einen Prozentpunkt positiver ausgefallen.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag im April um 1,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Bei den Vollbeschäftigten wurde ein Rückgang um 6,1 Prozent ermittelt, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 2,0 Prozent.

Wirtschaftszweig	April 2009			Januar bis April 2009		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1,8	1,6	-1,2	-2,5	-2,8	-1,4
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	0,9	1,2	1,5	-4,2	-4,7	0,8
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-7,0	-8,4	-11,9	-11,0	-12,6	-11,6
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	1,7	-1,0	-5,5	-3,1	-4,5	-4,4
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	5,6	2,9	-1,3	2,4	0,2	-1,6
außerhalb von Verkaufsräumen ¹⁾	-4,5	25,6	2,4	0,3	24,7	0,4

Umsatz und Beschäftigte des Brandenburger Einzelhandels im April 2009

– Vorläufige Ergebnisse –

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen



aus Deutschland

Verarbeitendes Gewerbe

April 2009:
1,7 Prozent weniger
Beschäftigte

Ende April 2009 waren in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten in Deutschland 5,1 Mill. Personen tätig. Das waren rund 86 000 Personen oder 1,7 Prozent weniger als im April 2008. Damit setzte sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl fort.

Die Zahl der im April 2009 geleisteten Arbeitsstunden nahm im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 16,8 Prozent auf 612 Mill. ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Berichtsmonat 20 Arbeitstage gab und somit 2 weniger als im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Entgelte (Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme) lagen bei 17,1 Mrd. EUR; das waren 7,9 Prozent weniger als im April 2008.

Betrachtet man die Beschäftigtenzahl in den von der Größe her wichtigsten Wirtschaftszweigen, dann wiesen nur noch die Bereiche Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+1,9 Prozent) und der Maschinenbau (+0,1 Prozent) eine positive Entwicklung gegenüber April 2008 auf. Die Wirtschaftszweige Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (–1,1 Prozent), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–2,4 Prozent), Herstellung von Metallerzeugnissen (–2,5 Prozent) und Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (–3,0 Prozent) hatten jeweils einen Beschäftigtenrückgang zu verzeichnen.

Quelle: DESTATIS

Nr. ²	Wirtschaftszweig (WZ 2008)	Beschäftigte	Geleistete Arbeitsstunden	Entgelte	Beschäftigte	Geleistete Arbeitsstunden	Entgelte
		1 000	Mill. Stunden	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %		
C	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ...	5 103	612	17 081	– 1,7	– 16,8	– 7,9
28	Maschinenbau	889	106	3 138	0,1	– 17,0	– 6,2
29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	730	76	2 643	– 2,4	– 26,2	– 19,7
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	480	56	1 287	– 2,5	– 20,7	– 11,1
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	377	49	846	1,9	– 2,7	3,1
27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	368	43	1 220	– 1,1	– 17,8	– 4,5
22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	307	38	820	– 3,0	– 16,6	– 9,7

¹ Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen.

² Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

**Verarbeitendes Gewerbe¹
in Deutschland im April 2009**
– Vorläufige Ergebnisse –

Gesundheitswesen

Jahr 2007:
Mehr Krankheits- und
Todesfälle durch legale als
durch illegale Drogen

Im Hinblick auf den „Internationalen Tag gegen Drogenmissbrauch“ am 26. Juni 2009 ist interessant, dass im Jahr 2007 knapp 532 000 Patientinnen und Patienten infolge des Konsums von sogenannten legalen Drogen vollstationär behandelt wurden. Zu den legalen Drogen zählen Alkohol, Tabak sowie der Missbrauch pharmazeutischer und chemischer Produkte. Illegale Drogen wie Heroin, Kokain, Opium, Cannabis und andere waren hingegen in mehr als 80 000 Fällen für einen Krankenhausaufenthalt verantwortlich.

Aufgrund von alkoholbedingten Krankheiten und Krebserkrankungen, die mit dem Rauchen in Verbindung gebracht werden können, sind im Jahr 2007 insgesamt knapp 58 000 Personen verstorben. Die Zahl der durch illegalen Drogenkonsum Verstorbenen beläuft sich auf insgesamt 1 375 Personen.

Damit verursachen legale Drogen in Deutschland weit- aus mehr Krankheits- und Todesfälle als illegale Drogen.

Quelle: DESTATIS

Gastgewerbe

April 2009:
Umsatz real 7,0 Prozent
niedriger als im April 2008

Im April 2009 setzten die Unternehmen des Gastgewerbes in Deutschland nominal 4,7 Prozent und real 7,0 Prozent weniger um als im April 2008. Im Vergleich zum März 2009 war der Umsatz im Gastgewerbe im April 2009 nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,2 Prozent und real 1,3 Prozent niedriger.

Beide Bereiche des Gastgewerbes blieben im April 2009 nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats: das Beherbergungsgewerbe mit

nominal –11,4 Prozent und real –14,2 Prozent und das Gaststättengewerbe mit nominal –0,5 Prozent und real –2,6 Prozent. Innerhalb des Gaststättengewerbes verzeichneten die Caterer einen Umsatzrückgang von nominal –8,5 Prozent und real –10,6 Prozent. Von Januar bis April 2009 verringerte sich der Umsatz bei Gastgewerbeunternehmen in Deutschland um nominal 4,8 Prozent und real um 7,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Quelle: DESTATIS

Wirtschaftsbereich ²	April 2009 gegenüber April 2008		Januar bis April 2009 gegenüber Januar bis April 2008	
	nominal	real	nominal	real
Gastgewerbe insgesamt.....	– 4,7	– 7,0	– 4,8	– 7,0
davon				
Beherbergung.....	– 11,4	– 14,2	– 7,5	– 9,7
Gastronomie.....	– 0,5	– 2,6	– 3,3	– 5,4
darunter				
Caterer und sonstige				
Verpflegungsdienstleistungen	– 8,5	– 10,6	– 3,3	– 5,7

1 Berechnet aus den Ursprungswerten (ohne Kalender- und Saisonbereinigung)

2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

**Veränderung des
Gastgewerbeumsatzes¹
gegenüber dem
Vorjahreszeitraum
in Deutschland
im April 2009**

Außenhandel

1. Quartal 2009:
Ausfuhr – 21,2 Prozent
zum Vorjahresquartal

Im ersten Quartal 2009 sanken die deutschen Gesamtausfuhren um 21,2 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal 2008 auf 199,0 Mrd. EUR.

Exporte in Länder außerhalb der EU gingen mit –19,6 Prozent (auf 71,7 Mrd. EUR) etwas weniger stark zurück als die Gesamtausfuhren. Besonders die Ausfuhren nach China (–3,3 Prozent auf 7,6 Mrd. EUR), in die Schweiz (–7,3 Prozent auf 9,0 Mrd. EUR) und nach Indien (–8,0 Prozent auf 1,8 Mrd. EUR) waren in geringerem Maß von den allgemein zu beobachtenden Rückgängen betroffen. Überdurchschnittlich stark eingebrochen sind die Ausfuhren in die Türkei (–38,7 Prozent auf 2,5 Mrd. EUR) und nach Russland (–31,4 Prozent auf 5,2 Mrd. EUR). Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten fielen um 26,4 Prozent auf 13,8 Mrd. EUR und nach Japan um 22,4 Prozent auf 2,6 Mrd. EUR.

Die Versendungen in die EU-Mitgliedsländer verringerten sich um 22,0 Prozent auf 127,3 Mrd. EUR. In die nicht zur Eurozone zählenden Länder der EU gingen Waren für insgesamt 39,0 Mrd. EUR (–25,9 Prozent), in die Eurozone für 88,3 Mrd. EUR (–20,2 Prozent). Relativ geringe Rückgänge zeigten die Versendungen nach Österreich (–10,1 Prozent auf 12,1 Mrd. EUR) und Dänemark (–10,2 Prozent auf 3,6 Mrd. EUR). Spanien (–37,0 Prozent auf 7,7 Mrd. EUR) und Ungarn (–35,7 Prozent auf 2,9 Mrd. EUR) nahmen hingegen deutlich weniger deutsche Waren ab als im ersten Quartal 2008.

Die deutschen Gesamteinfuhren verringerten sich im ersten Quartal 2009 um 14,7 Prozent auf 172,2 Mrd. EUR. Die Einfuhren aus Ländern außerhalb der EU gingen weniger stark zurück (–11,2 Prozent auf 73,3 Mrd. EUR) als die gesamte Einfuhr. Neben den Einfuhren aus Indien (+5,5 Prozent auf 1,4 Mrd. EUR) und den USA (+4,7 Prozent auf 11,5 Mrd. EUR), trug hierzu die Entwicklung der Einfuhren aus China (–1,5 Prozent auf 13,7 Mrd. EUR), der Schweiz (–3,1 Prozent auf 7,4 Mrd. EUR) und Norwegen (–5,0 Prozent auf 5,3 Mrd. EUR) bei. Besonders stark verminderten sich dagegen die wertmäßigen Einfuhren aus Russland (–31,1 Prozent auf 5,8 Mrd. EUR).

Die Eingänge aus der EU-27 sanken etwas stärker (–17,1 Prozent auf 98,9 Mrd. EUR) als die Gesamteinfuhren. Die Warensendungen aus der Eurozone, zu der seit Anfang 2009 auch die Slowakei gehört, nahmen um 16,4 Prozent ab (auf 68,6 Mrd. EUR), die Importe aus der Gruppe der nicht zur Eurozone zählenden EU-Staaten sanken um 18,9 Prozent (auf 30,3 Mrd. EUR). Deutlich geringer waren dabei die Abnahmen der Eingänge aus Rumänien (–3,1 Prozent auf 1,1 Mrd. EUR). Dagegen sind die Eingänge aus Ungarn (–28,0 Prozent auf 3,4 Mrd. EUR) und Schweden (–27,6 auf 2,6 Mrd. EUR) überdurchschnittlich stark gesunken.

Quelle: DESTATIS

Preise
Mai 2009:
Verbraucherpreise
0,0 Prozent
zum Mai 2008

Im Mai 2009 war der Verbraucherpreisindex für Deutschland auf demselben Niveau wie im Mai 2008. Damit erreichte die Inflationsrate mit 0,0 Prozent den niedrigsten Stand seit 22 Jahren (zuletzt im Mai 1987: $\pm 0,0$ Prozent). Im April 2009 hatte sie bei 0,7 Prozent gelegen. Im Vergleich zum Vormonat April 2009 verringerte sich der Index um 0,1 Prozent.

Die niedrige Inflationsrate im Mai 2009 ist vor allem auf das hohe Preisniveau vor einem Jahr zurückzuführen. Im Vergleich dazu sind inzwischen insbesondere bei Energieprodukten aber auch bei vielen Nahrungsmitteln die Preise wieder gesunken. Daher zeigen sich bei diesen Gütern teilweise deutlich negative Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. Diese starken Preisrückgänge prägen derzeit die Entwicklung der Inflationsrate. Ohne Berücksichtigung der Energieprodukte und der Nahrungsmittel, die etwa 20 Prozent der Ausgaben privater Haushalte umfassen, hätte die Inflationsrate im Mai 2009 bei 1,4 Prozent gelegen.

Energie verbilligte sich im Mai 2009 insgesamt um 8,0 Prozent gegenüber Mai 2008: Erhebliche Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr wiesen weiterhin leichtes Heizöl ($-42,4$ Prozent) und Kraftstoffe ($-16,9$ Prozent; darunter Dieselloststoff: $-26,5$ Prozent) auf. Dagegen kostete Haushaltsenergie wie Gas ($+3,6$ Prozent), Strom ($+6,9$ Prozent) sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme ($+10,5$ Prozent) mehr als ein Jahr zuvor.

Die Preise für Nahrungsmittel lagen im Mai 2009 um 1,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres, bereits seit

August 2008 gingen die Teuerungsraten für Nahrungsmittel kontinuierlich zurück. Binnen Jahresfrist ergaben sich spürbare Preisrückgänge insbesondere bei Molkereiprodukten von 8,0 Prozent (darunter Quark: $-24,4$ Prozent; süße Sahne: $-18,9$ Prozent; frische Vollmilch: $-14,8$ Prozent) sowie bei Speisefetten und -ölen von 5,5 Prozent (darunter Butter: $-14,0$ Prozent; Olivenöl: $-5,2$ Prozent). Deutlich billiger als vor einem Jahr war auch Gemüse mit $-6,0$ Prozent (darunter Kopf- und Eisbergsalat: $-40,1$ Prozent; Paprika: $-34,9$ Prozent; Gurken: $-22,0$ Prozent). Teurer wurden gegenüber Mai 2008 dagegen Fleisch und Fleischwaren mit $+3,3$ Prozent (darunter Schweinekotelett oder Schweineschnitzel: $+5,6$ Prozent; Bratwurst: $+5,5$ Prozent) sowie Süßwaren mit $+2,3$ Prozent (darunter Bienenhonig: $+21,3$ Prozent; Schokoladenriegel: $+3,9$ Prozent).

Im Jahresvergleich günstiger blieb die Preisentwicklung für langlebige Gebrauchsgüter mit $-0,2$ Prozent (darunter Geräte der Informationsverarbeitung: $-11,4$ Prozent und der Unterhaltungselektronik: $-11,2$ Prozent).

Die Preise für Dienstleistungen lagen um 1,3 Prozent über den Stand des Vorjahres. Hier sind vor allem die Wohnungsmieten ohne Nebenkosten ausschlaggebend ($+1,1$ Prozent), die einen Anteil von gut 20 Prozent an den privaten Haushaltsausgaben ausmachen. Preisrückgänge waren dagegen im Bildungswesen ($-5,4$ Prozent) und bei der Nachrichtenübermittlung ($-2,5$ Prozent; darunter Mobiltelefon: $-7,8$ Prozent) zu beobachten.

Verbraucher-
preisindex
für Deutschland
im Mai 2009

Gesamtindex / Gütergruppen — Gesamtindex / Teilindex	Gewichtung	Index 2005 \pm 100	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- zeitraum	Vormonat
	%		%	
Gesamtindex im Mai 2009	1000,00	106,7	0,0	-0,1
Nahrungsmittel und alkohol freie Getränke	103,55	111,3	-1,2	-0,5
Nahrungsmittel	89,99	111,7	-1,2	-0,5
Molkereiprodukte und Eier	14,44	111,7	-6,6	-2,1
Speisefette und -öle	2,55	110,4	-5,5	-0,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	38,99	109,5	1,2	0,0
Bekleidung und Schuhe	48,88	103,1	1,7	-0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und so weiter	308,00	108,9	0,4	0,0
Nettokaltemiete	203,30	104,5	1,1	0,0
Haushaltsenergie	59,82	124,4	-2,8	-0,2
Strom	24,61	126,5	6,9	0,1
Gas	12,85	130,4	3,6	-0,5
Leichtes Heizöl	9,21	93,7	-42,4	0,3
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte und Ähnliches ...	55,87	104,1	1,9	0,0
Gesundheitspflege	40,27	104,2	1,4	0,1
Verkehr	131,90	108,1	-3,7	0,6
Kraftstoffe	35,37	103,9	-16,9	2,1
Superbenzin	19,29	104,7	-13,8	2,6
Dieselloststoff	8,15	99,4	-26,5	-0,3
Nachrichtenübermittlung	31,00	89,9	-2,5	-0,2
Freizeit, Unterhaltung und Ähnliches	115,68	100,2	1,9	-0,9
Bildungswesen	7,40	132,9	-5,4	0,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	43,99	107,8	2,7	0,8
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	107,3	1,3	0,2
Gesamtindex				
ohne Heizöl und Kraftstoffe	955,42	107,0	1,4	-0,1
ohne Haushaltsenergie	940,18	105,6	0,2	-0,1
ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)	904,81	105,7	1,1	-0,1
Waren insgesamt	493,00	107,7	-1,3	-0,1
Verbrauchsgüter	305,11	112,1	-2,4	0,0
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	95,24	103,2	1,8	-0,5
Langlebige Gebrauchsgüter	92,65	97,7	-0,2	-0,1
Dienstleistungen	507,00	105,8	1,3	-0,1

Quelle: DESTATIS



aus Europa

Preise
Mai 2009:
 jährliche Inflationsrate
 der Eurozone 0,0 Prozent,
 in der EU 0,7 Prozent

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone¹ lag im Mai 2009 bei 0,0 Prozent, gegenüber 0,6 Prozent im April. Ein Jahr zuvor hatte sie 3,7 Prozent betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im Mai 2009 0,1 Prozent. Die jährliche Inflationsrate der EU² lag im Mai 2009 bei 0,7 Prozent, gegenüber 1,3 Prozent im April. Ein Jahr zuvor hatte sie 4,0 Prozent betragen. Im Mai 2009 betrug die monatliche Inflationsrate 0,1 Prozent.

Im Mai 2009 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Irland (–1,7 Prozent), Portugal (–1,2 Prozent), Spanien und Luxemburg (je –0,9 Prozent) gemessen, und die höchsten in Rumänien (+5,9 Prozent), Litauen (+4,9 Prozent) und Lettland (+4,4 Prozent). Im Vergleich zu April 2009 ging die jährliche Inflationsrate in vierundzwanzig Mitgliedstaaten zurück, blieb in einem unverändert und stieg in einem an.

Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis einschließlich Mai 2009 verzeichneten Portugal (1,3 Prozent), Irland (1,5 Prozent) und Deutschland (1,8 Prozent), während die höchsten in Lettland (11,2 Prozent), Litauen (9,3 Prozent) und Bulgarien (8,3 Prozent) gemeldet wurden.

Die Hauptkomponenten mit den höchsten jährlichen Raten im Mai 2009 waren Alkohol und Tabak (+3,3 Prozent), Restaurants und Hotels sowie verschiedene Waren und Dienstleistungen (je +2,2 Prozent), die mit den niedrigsten jährlichen Raten waren Verkehr (–4,8 Prozent), Nachrichtenübermittlung (–1,0 Prozent) und Wohnung (–0,1 Prozent). Bei den Teilindizes hatten Restaurants und Cafés (+0,18 Prozentpunkte) und Elektrizität (+0,12 Prozentpunkte) die stärkste Steigerungswirkung auf die Gesamtinflation, während Kraftstoffe für Verkehrsmittel (–1,02 Prozentpunkte) und flüssige Brennstoffe (–0,44 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Die Hauptkomponenten mit den höchsten monatlichen Raten waren Verkehr (+0,5 Prozent) und Nachrichtenübermittlung (+0,3 Prozent). Diejenigen mit den niedrigsten Raten waren Freizeit und Kultur (–0,4 Prozent) sowie Gesundheitspflege (–0,2 Prozent). Insbesondere Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,08 Prozentpunkte) hatten die stärkste Steigerungswirkung, während Pauschalreisen (–0,04 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Quelle: Eurostat

- 1 Die Inflation der Eurozone wird anhand des VPI-EWU („Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion“ gemäß der Verordnung des Rates (EG) Nr. 2494/95 vom 23. Oktober 1995) gemessen, der das offizielle Aggregat der Eurozone darstellt. Er erfasst zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Seit Januar 2001 ist Griechenland in den Index eingebunden, im Januar 2007 kam Slowenien hinzu. Zypern und Malta gehören seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009 zur Eurozone. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den VPI-EWU integriert.
- 2 Die Inflation der EU wird anhand des EVPI („Europäischer Verbraucherpreisindex“ nach der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995) gemessen, der das offizielle Aggregat der EU darstellt. Er erfasst 15 Mitgliedstaaten bis April 2004, 25 Mitgliedstaaten von Mai 2004 bis Dezember 2006 und 27 Mitgliedstaaten seit Januar 2007. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den EVPI integriert.

Außenhandel
April 2009:
 Handelsbilanzüberschuss
 der Eurozone 2,7 Mrd. EUR

Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone¹ (EZ16) im April 2009 ein Überschuss von 2,7 Mrd. EUR im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber +2,2 Mrd. EUR im April 2008. Im März 2009 hatte der Saldo +1,8 Mrd. EUR und im März 2008 –2,3 Mrd.

EUR betragen. Im April 2009 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum März 2009 (saisonbereinigt) um 1,3 Prozent und die Einfuhren um 2,7 Prozent ab.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im April 2009 ein Handelsbilanzdefizit von 7,8 Mrd. EUR auf, gegenüber –14,9 Mrd. EUR im April 2008. Im März 2009 war ein Saldo von –9,3 Mrd. EUR und im März 2008 von –19,6 Mrd. EUR verbucht worden. Im April 2009 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum März 2009 (saisonbereinigt) um 1,5 Prozent und die Einfuhren um 2,8 Prozent ab.

Beim Handel mit Energie nahm das Defizit der EU27 ab (–58,0 Mrd. EUR von Januar bis März 2009 gegenüber –87,9 Mrd. EUR von Januar bis März 2008), während der Überschuss im Handel mit chemischen Erzeugnissen (+17,1 Mrd. EUR gegenüber +19,5 Mrd. EUR) und Maschinen und Fahrzeugen (+20,4 Mrd. EUR gegenüber +33,8 Mrd. EUR) fiel.

Abgesehen von den Einfuhren aus der Schweiz, welche im Zeitraum von Januar bis März 2009 gegenüber Januar

bis März 2008 stabil blieben, nahm der Handel der EU27 mit allen wichtigen Partnerländern ab. Zu den höchsten Rückgängen kam es bei den Ausfuhren in die Türkei (–37 Prozent), nach Russland (–35 Prozent), Südkorea (–25 Prozent) und Indien (–22 Prozent), und bei den Einfuhren aus Russland (–40 Prozent), der Türkei (–27 Prozent) sowie Japan und Brasilien (je –26 Prozent).

Der Handelsbilanzüberschuss der EU27 fiel gegenüber den USA (+5,7 Mrd. EUR von Januar bis März 2009 gegenüber +16,4 Mrd. EUR von Januar bis März 2008) und der Schweiz (+3,2 Mrd. EUR gegenüber +4,7 Mrd. EUR). Zu einem Rückgang des Handelsdefizits der EU27 kam es gegenüber China (–37,0 Mrd. EUR gegenüber –38,5 Mrd. EUR), Russland (–10,1 Mrd. EUR gegenüber –18,7 Mrd. EUR), Norwegen (–9,1 Mrd. EUR gegenüber –12,3 Mrd. EUR) und Japan (–5,7 Mrd. EUR gegenüber –8,8 Mrd. EUR).

Was den Handel der einzelnen Mitgliedstaaten angeht, so erzielte Deutschland den höchsten Überschuss (+24,7 Mrd. EUR im Januar – März 2009), gefolgt von den Niederlanden (+9,2 Mrd. EUR) und Irland (+8,9 Mrd. EUR). Das Vereinigte Königreich (–23,4 Mrd. EUR) verbuchte das größte Defizit, gefolgt von Frankreich (–15,9 Mrd. EUR), Spanien (–13,5 Mrd. EUR), Griechenland (–7,4 Mrd. EUR) und Italien (–4,4 Mrd. EUR).

Quelle: Eurostat

- 1 Der Eurozone (EZ16) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland an. Der EU27 gehören Belgien (BE), Bulgarien (BG), Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK) an.

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin Februar 2009

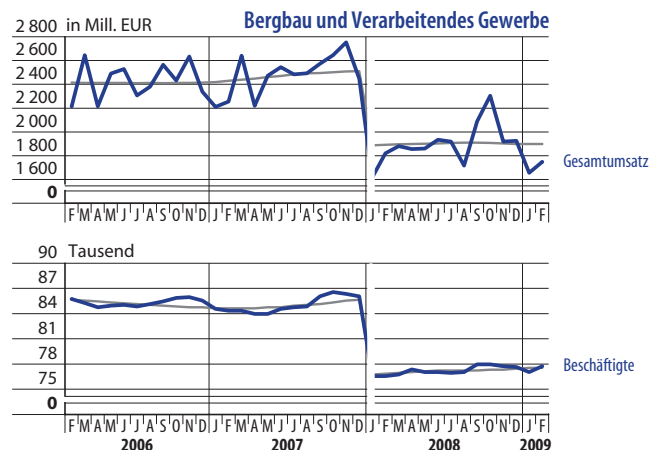
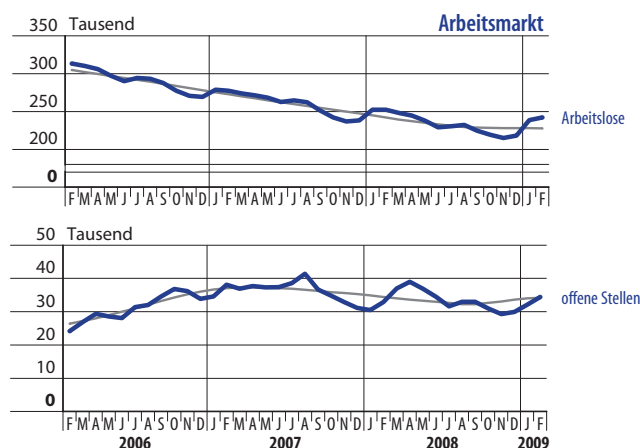
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom Februar 2008 bis zum Februar 2009 um 4,1 Prozent, das waren 10 238 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 16,8 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden bewegte sich der Gesamtumsatz im negativen und der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl im positiven Bereich. Wobei ein Vergleich der 12-Monats-Zeiträume aufgrund eines Methodenwechsels zurzeit nicht möglich ist. Für das Berliner Bauhauptgewerbe zeigte sich bei den Beschäftigten und beim Auftragseingang eine anhaltend positive Entwicklung. Der baugewerbliche Umsatz fiel jedoch in den letzten zwei Monaten um über 20 Prozent, im Ein-Jahresvergleich war er aber positiv. Beim Einzelhandel blieb der Trend der Messzahl der Beschäftigten leicht steigend, der des nominalen Um-

satzes fiel. Im Gastgewerbe verzeichneten die Beschäftigtenzahl und der nominale Umsatz eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente. Dieselbe Komponente des Außenhandels-Exportes war in letzter Zeit fallend, während die des Importes weiter steigt. Im Berlin-Tourismus deutet sich bei der Zahl der Gäste, ebenso wie bei der der Übernachtungen, eine leichte Trendverschlechterung an. Beim Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben war ein stärker schwankender – ab Mitte 2007 deutlich fallender Trend – erkennbar, der jedoch im letzten Halbjahr bei den Gewerbemeldungen wieder leicht ansteigend war. Die beantragten Insolvenzen und die Regelinsolvenzen der Unternehmen wiesen seit Mitte des Jahres 2007 eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente auf. Die Berliner Inflationsrate lag im aktuellen Monat bei +0,9 Prozent – Tendenz seit dem April des Jahres 2008 sehr stark fallend.

zivilen Erwerbspersonen betrug 16,8 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,4 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 0,5 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,3 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 1,0 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich der Berliner). Insgesamt konnte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl – die bisher linear-fallende Tendenz nicht weiter fortsetzen, sie bewegte sich seitwärts. Die gemeldeten offenen Stellen erhöhten sich seit dem Februar des vorigen Jahres um 1 504 oder 4,6 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen steigt seit dem Juli 2008 wieder an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den gemeldeten Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,0.

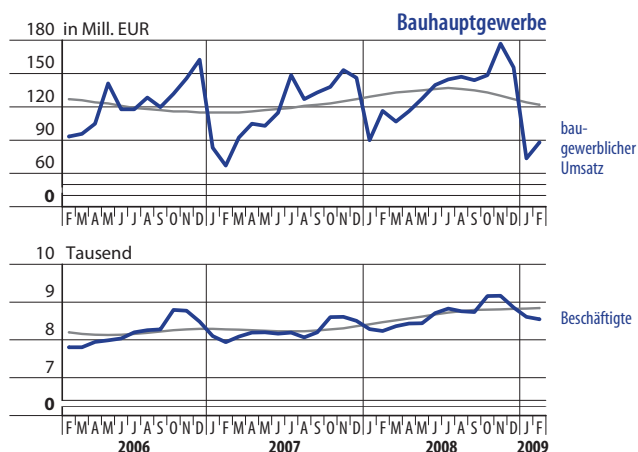
Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden kam es im Januar 2009 – wie auch in Brandenburg – zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Dabei wurden wesentliche Zuordnungen in den Unterteilungen der Klassifikation der einzelnen Wirtschaftszweige geändert. Die damit erforderlichen Rückrechnungen sind vorerst bis zum Januar 2008 erfolgt. Desweiteren wurde eine rechtliche Neuordnung von Betrieben, die überwiegend der umsatzstärksten Berliner Branche angehören, erforderlich. Aus diesem Grund ist ein Vergleich der 12-monatigen Zeiträume nicht möglich. Die im Monat Februar 2008 im Verarbeitenden

In Berlin wurden am Ende des Monats Februar 2009 mit 242 052 Arbeitslosen 3 400 Personen oder 1,4 Prozent mehr als im Vormonat, dem Januar 2009, registriert. Im Vergleich zum Februar 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,1 Prozent, das sind 10 238 Personen, ab. Diese Personenzahl entspricht etwa der Einwohnerzahl der brandenburgischen Gemeinde Schorffheide oder Zeuthen. Die Arbeitslosenquote Berlins auf der Basis der abhängig

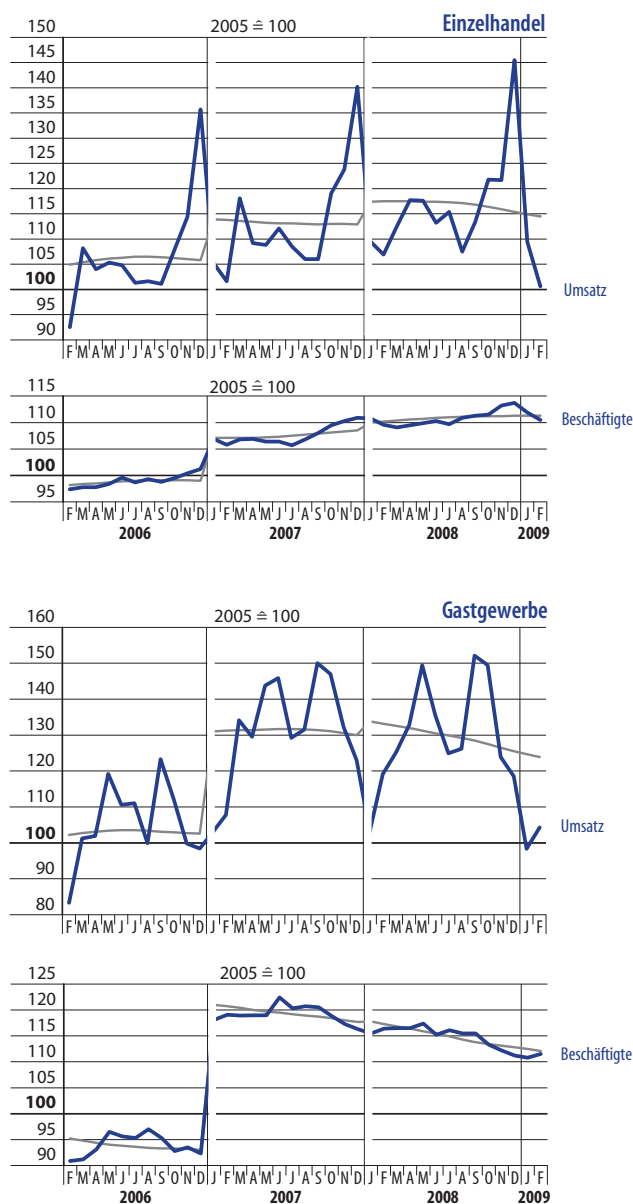


Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 325 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten im gleichen Monat einen Gesamtumsatz von 1 747,3 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vormonats wurde damit um 91,2 Millionen EUR überboten; es erhöhte sich um 5,5 Prozent. Im Einjahreszeitraum konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,8 Milliarden EUR absetzen. Im Februar 2009 wurden im Ausland durch diesen Wirtschaftszweig 837,2 Millionen EUR abgesetzt, das waren 47,9 Prozent des Gesamtumsatzes, aber auch +0,3 Prozent gegenüber dem Februar 2008. Im betrachteten Monat waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 77 895 Personen beschäftigt, 1,6 Prozent oder 1 214 Beschäftigte mehr als im Februar 2008. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes war seit der Mitte des Jahres 2006 steigend, während die der Beschäftigtenzahl erst seit 2007 wieder steigt. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) betrug 22 431,5 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat –5,5 Prozent. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme betrug im aktuellen Monat 3 903,0 EUR, sie wuchs im Vergleich zum Februar 2008 um 12,5 Prozent.

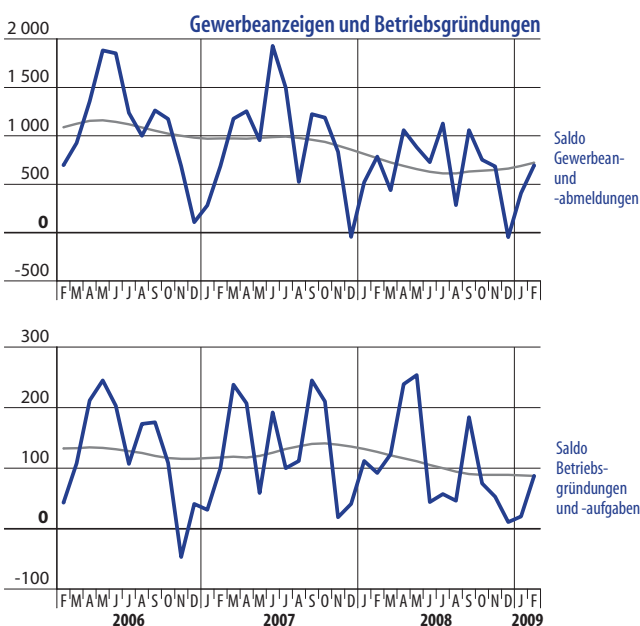
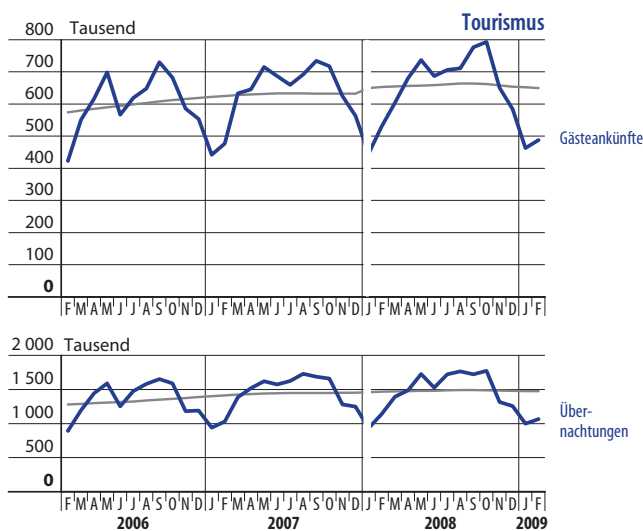
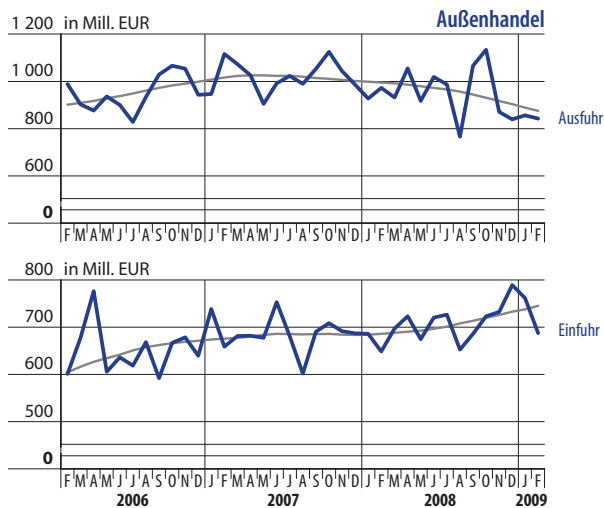
Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei allen drei Kennziffern – Auftragseingang, Beschäftigte und baugewerblicher Umsatz – langfristig eine positive Entwicklung. Die grafische Darstellung war weiterhin durch die fast synchron verlaufenden saisonalen Schwankungen im baugewerblichen Umsatz und bei den Beschäftigten gekennzeichnet. Allerdings fällt der Umsatz in letzter Zeit stärker ab. Der Auftragseingang von 91,6 Millionen EUR lag im Februar 2009 mit +84,3 Prozent über dem Vorjahresmonat, im Ein-Jahresvergleich waren es +13,6 Prozent. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8 545 Arbeitnehmer erzielten im Februar 2008 einen baugewerblichen Umsatz von 88,0 Millionen EUR. Dieser lag um 24,4 Prozent unter dem Wert vom Februar 2008. Im Vergleich der Zwölf-Monats-Zeiträume ist ein Zuwachs von 6,9 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich des Februar 2009 zum Februar 2008 um 3,8 Prozent, im zwölfmonatigen Zeitraum um +5,3 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Beschäftigten steigt seit Mitte des Jahres 2007, während die des Umsatzes seit Mitte 2008 wieder fällt.



Im Berliner **Einzelhandel** war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 und 2007 zu 2008 eine methodische Änderung bei der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe und eine andere Abgrenzung in der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ2008) vorgenommen worden. In der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente kann diese als Sprungstelle berücksichtigt werden. Die Messzahl des nominalen Umsatzes war im Zwei-Monats Vergleich mit -3,0 Prozent negativ während die Messzahl der Beschäftigten mit +0,9 Prozent eine positive Entwicklung zeigte. Die Veränderung des 12-monatigen Indizes des nominalen Einzelhandelsumsatzes und der Beschäftigten sind aufgrund der methodischen Veränderungen nicht darstellbar. Bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen des nominalen Umsatzes war die Trend-Konjunktur-Komponente langfristig fallend. Bei der Messzahl der Beschäftigten stieg sie leicht aber kontinuierlich.

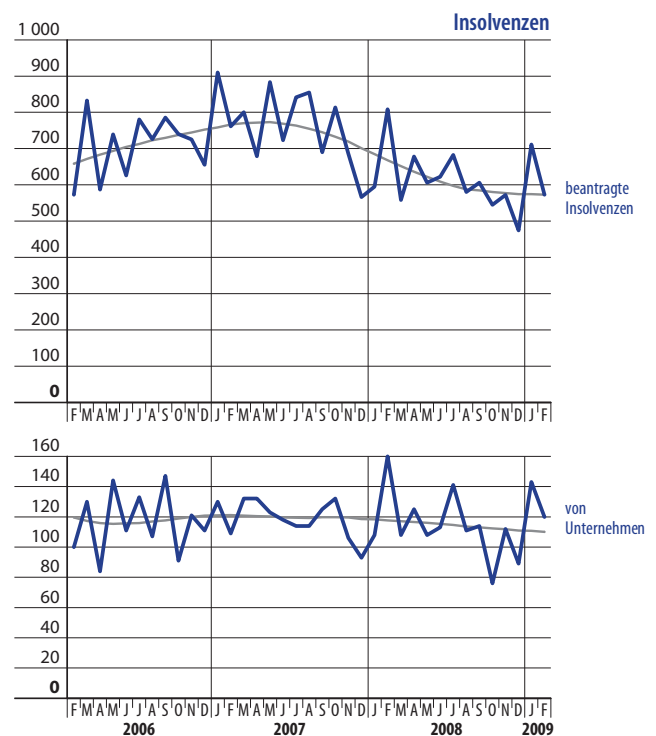


— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes.
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** wurde – wie beim Einzelhandel – die gleiche methodische Veränderung, die zu den gleichen Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung führte, vorgenommen. Beim nominalen Umsatz war eine bis zum Jahreswechsel 2007/2008 steigende, dann aber fallende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Bei den Beschäftigten fiel sie in den gesamten vergangenen drei Jahren. Die mittlere Messzahl des nominalen Umsatzes verschlechterte sich im Vergleich der letzten 2 Monate zum Vorjahreszeitraum um 3,0 Prozent. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum auch – um 3,7 Prozent.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im Februar 2009 ein Volumen von 687,5 Millionen EUR und lag damit um 6,0 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats – des Februar 2008. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +4,7 Prozent. Im aktuellen Monat erreichte das Exportvolumen 843,0 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug –13,3 Prozent, beim Ein-Jahres-Zeitraum dann –6,8 Prozent. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) bis zur Mitte des Jahres 2007 ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Seitdem fällt die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes ab, während die der Importe nach einer Beharrungsphase wieder ansteigt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.



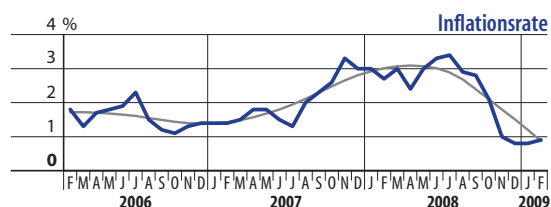
— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes.
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)

Im Februar 2009 betrug die Zahl der Übernachtungen in der Berliner **Tourismusbranche** 1 066,6 Tausend Personen; gegenüber dem Februar 2008 waren es –71 516 Übernachtungen oder 6,3 Prozent weniger. Die Zahl der Gäste zeigte ebenso wie die der Übernachtungen in der Vergangenheit eine gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente, die jedoch bei den Gästeankünften seit Mitte des Jahres 2008 leicht fällt. Im Februar 2009 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,2 Übernachtungen – Tendenz langfristig ebenfalls leicht fallend. Die Tourismusbranche wurde ebenfalls auf die WZ 2008 umgestellt, allerdings sind die Auswirkungen nicht so stark, wie im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Einzelhandel und im Gastgewerbe.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbemeldungen lag bei 694 Anmeldungen, er fiel gegenüber dem Februar 2008 um 11,6 Prozent; im Ein-Jahres-Vergleichszeitraum waren es dagegen –31,9 Prozent. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigte eine ähnliche Entwicklung. Im Februar gab es 87 Betriebsgründungen mehr als -aufgaben, das sind jedoch –5,4 Prozent zum Februar 2008; im längerfristigen Ein-Jahres-Vergleich waren es dann –26,7 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten beim Gewerbe- und beim Betriebs-Saldo zeigten im gesamten dargestellten Zeitraum von drei Jahren größere Schwankungen, ab dem Herbst des Jahres 2007 jedoch eine deutlich fallende Tendenz, die seit Mitte 2008 bei den Betrieben abflachte und beim Gewerbe wieder anstieg. Auffallend ist, dass immer zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkt Anmeldungen auftraten.

Die beantragten **Insolvenzen** werden nach wie vor stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Februar 2009 lagen die beantragten Insolvenzen bei 573 Fällen, oder –29,1 Prozent zum Februar 2008. Im gleichen Monat waren es bei den Unternehmensinsolvenzen insgesamt 120 Insolvenzfälle, oder –25,0 Prozent zum Februar 2008. Die gesamten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen hatten sich auch im Einjahres-Vergleich weiter verringert. Es ergab sich für die ganz-jährlichen Vergleichszeiträume bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen ein Minus von 6,7 Prozent; bei den beantragten Insolvenzen waren es –19,4 Prozent. Seit Mitte 2007 fallen die Trend-Konjunktur-Komponenten der beantragten Insolvenzen und der Regelinsolvenzen der Unternehmen.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Februar 2009 – bezogen auf das Jahr 2005 – bei 106,4. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat, ergab sich ein Wert von +0,9 Prozent. Bestimmend für die Preisentwicklung war einerseits die Senkung bei den Energiepreisen und einigen Nahrungsmitteln, andererseits die Verteuerung bei einigen anderen Nahrungsmitteln sowie bei den Verkehrs-, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate war seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 steigend. Sie lag im April 2008 bei Werten über 3,0 Prozent, seitdem fällt sie wieder sehr stark – aktuell auf Werte unter 1,0 Prozent.



Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Februar 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 30. Juni 2009)

Merkmal	Einheit	Februar 2009		Januar 2009 bis Februar 2009		März 2008 bis Februar 2009	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	242 052	-4,1	240 352	-4,7	231 745	-9,6
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 ± 100	...	x	...	x	...	x
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 747,3	-4,0	1 701,7	-1,0	1 900,2	x
Auslandsumsatz	Mill. EUR	837,2	0,3	816,6	8,4	847,7	x
Beschäftigte	1 000	77,9	1,6	77,6	1,1	77,5	x
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	91,6	84,3	72,9	5,0	123,8	13,6
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	88,0	-24,4	80,8	-21,7	130,7	6,9
Beschäftigte	1 000	8,5	3,8	8,6	3,9	8,7	5,3
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	2005 ± 100	100,6	-5,9	105,0	-3,0	116,4	x
Beschäftigte	2005 ± 100	110,5	0,8	111,2	0,9	111,0	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2005 ± 100	104,3	-12,4	101,3	-8,8	128,4	x
Beschäftigte.....	2005 ± 100	111,5	-4,2	111,2	-4,1	114,3	x
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	843,0	-13,3	849,4	-10,5	940,4	-6,8
Einfuhr	Mill. EUR	687,5	6,0	724,5	8,6	714,5	4,7
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	487,5	-8,0	475,2	-2,5	656,6	x
Gästeübernachtungen	1 000	1 066,6	-6,3	1 033,3	-0,2	1 480,3	x
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen darunter	Anzahl	694	-11,6	551,5	-15,6	671,9	-31,9
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	87	-5,4	53,5	-47,5	99,4	-26,7
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	573	-29,1	642,0	-8,5	600,6	-19,4
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen	Anzahl	120	-25,0	131,5	-1,9	113,3	-6,7
Verbraucherpreisindex	2005 ± 100	106,4	0,9	106,2	0,9	106,4	2,2

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen
mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten

4 vorläufig



Brandenburg Februar 2009

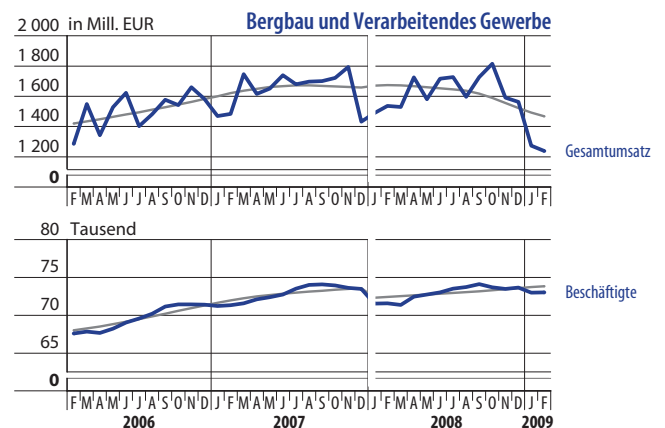
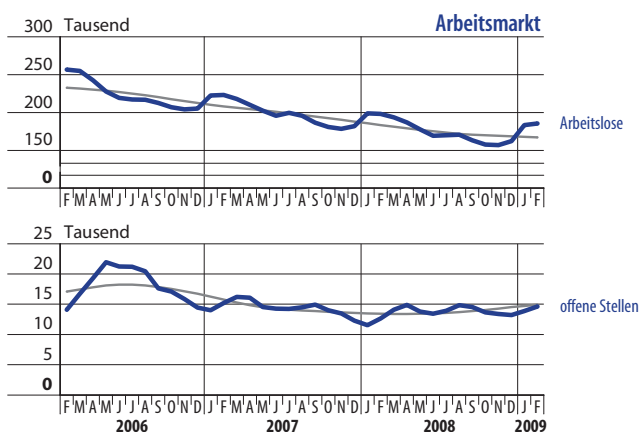
Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Februar 2009 zum Vorjahresmonat um 6,4 Prozent, das sind –12 731 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,8 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz und der Auslandsumsatz eine stark fallende Tendenz, die Beschäftigtenzahl verzeichnete hingegen einen Anstieg. Für das Bauhauptgewerbe war eine durchgängig negative Entwicklung vorhanden, besonders der baugewerbliche Umsatz brach mit –30 Prozent stark ein. Alle anderen Entwicklungskennziffern lagen im einstelligen Minusbereich. Bei den Trend-Konjunktur-Komponenten im Brandenburger Einzelhandel stieg die nominale Umsatz-Messzahl leicht und die Messzahl der Beschäftigten fiel, wobei sich der Negativ-Trend abschwächte. Im Gastgewerbe fiel der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl seit dem

Oktober 2008 wieder, während der Trend der Beschäftigten-Messzahl seit Juli 2008 leicht stieg. Die gesamten Brandenburger Aus- und Einfuhren signalisierten eine Trendwende. Seit Mitte 2008 sanken die Einfuhren stark, die Ausfuhren ebenfalls – nur leichter. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen gab der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich steigende Trend ganz leicht nach. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen ist seit Mitte 2008 – nach einem Zwischenhoch – wieder fallend. Bei den Betrieben ist diese Komponente seit einem Jahr fast gleichbleibend. Beide Kennziffern sind jedoch stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen fielen. Langfristig sind beide Trends – der beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen – deutlich fallend, die Unternehmensinsolvenzen sinken dabei deutlich stärker. Im Februar 2008 betrug die Inflationsrate +0,8 Prozent – Tendenz sehr stark fallend.

Peleberg am Ende des Jahres 2007. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,3 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,8 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,0 Prozentpunkte beziehungsweise 0,9 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,8 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,3 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,5 beziehungsweise 0,3 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Allerdings schwächt sich die fallende Tendenz seit dem Juni 2008 deutlich ab. Die gemeldeten 14 640 offenen Stellen hatten seit dem Februar des vorigen Jahres um 1 998 Stellen oder um 15,8 Prozent zugenommen. Von Juli 2006 bis zum Oktober 2007 war die Trend-Konjunktur-Komponente fallend, sie steigt seit dem zweiten Quartal des Jahres 2008 wieder an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,7 – Tendenz: etwa gleichbleibend. Im Februar dieses Jahres waren 7 065 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Februar 2008 ergab das ein Minus von 240 Personen oder –3,3 Prozent.

Im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden kam es im Januar 2009 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008)

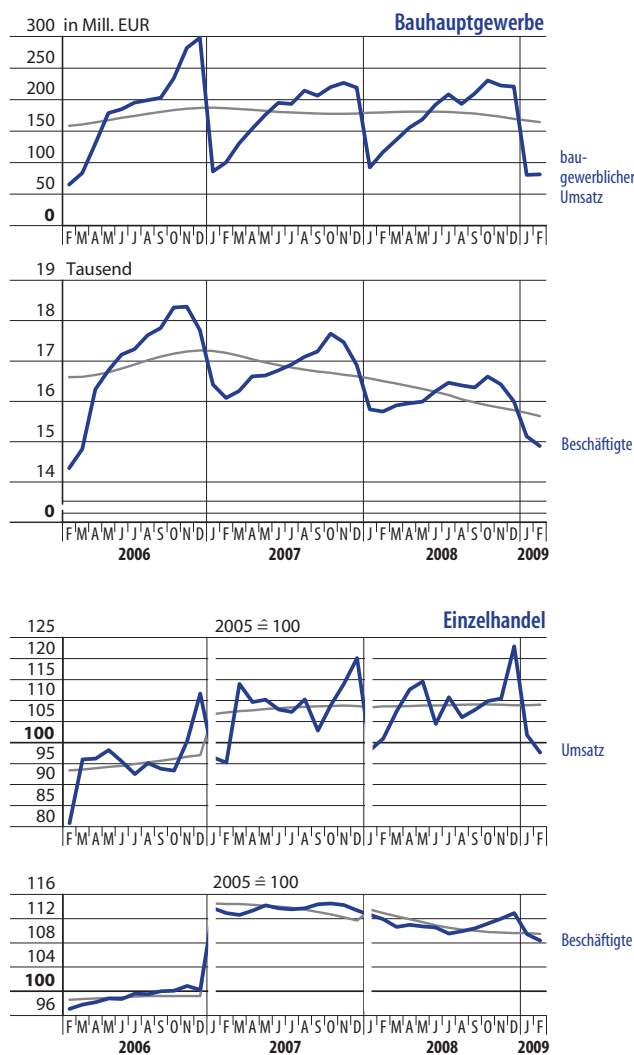
Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurden Ende Februar des Jahres 2009 mit 185 566 Arbeitslosen 1,3 Prozent mehr als im Januar 2009 registriert, das sind +2 305 Personen. Im Vergleich zum Februar des Jahres 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,4 Prozent ab, das sind –12 731 Personen. Dieser Wert entspricht fast genau der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt



umgestellt. Dabei wurden wesentliche Zuordnungen in den Unterteilungen der Klassifikation der einzelnen Wirtschaftszweige geändert. Die damit erforderlichen Rückrechnungen sind vorest bis zum Januar 2008 erfolgt. Aus diesem Grund ist ein Vergleich der 12-monatigen Zeiträume nicht möglich. Bei der grafischen Darstellung des Trends wurde mit einer Sprungstelle zum Januar 2008 gerechnet. Daraus können die Veränderungen durch diesen methodischen Wechsel sichtbar gemacht werden. Die Veränderungen im Vergleich zu den monatlichen oder zweimonatlichen Vorjahreszeiträumen des Gesamtumsatzes und des Auslandsumsatzes dieses Wirtschaftsabschnittes lagen durchweg im zweistellig-negativen Bereich, der Auslandsumsatz sogar unter –30 Prozent. Die im Monat Februar dieses Jahres 408 berichtspflichtigen Betriebe – das sind 10 Betriebe mehr als im Februar 2008 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 238 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 297,5 Millionen EUR oder 19,4 Prozent unterboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2008 bis Februar 2008 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 2,5

Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes von 17,0 Prozent. Der langfristige Trend dieser wichtigen Kennziffer des Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte, so auch einem „Einbruch“ jeweils im Dezember 2007 und 2008 – in letzter Zeit sehr stark fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar ein Niveau von 267,3 Millionen EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 21,6 Prozent. Insgesamt sind in den letzten zwei Monaten für 558,4 Millionen EUR Waren dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die immer noch anhält, während die des Umsatzes bereits seit dem Januar 2003 anstieg und seit dem März 2008 stark fällt. Im Februar des Jahres 2008 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 73 044 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem Januar 2009 – ist das eine Steigerung um 37 Personen. Zum Februar 2008 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 2,1 Prozent oder 1 475 Personen. Im Februar 2008 betrug die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 16 953 EUR, das waren –21,0 Prozent gegenüber dem Februar 2008. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg, sie lag im gleichen Zeitraum um 0,4 Prozent oder 9 EUR höher.

In der konjunkturellen Entwicklung des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** setzt sich der seit fast zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend fort. Alle drei in der Tabelle betrachteten Kennziffern lagen in allen dargestellten Zeiträumen im Negativen. Die Entwicklung des Auftrageingangindex zeigte im Februar 2009 mit –2,3 Prozent zum Februar 2008 eine gegenüber den zweimonatigen und 12-monatigen Vergleichszeiträumen weniger negative Entwicklung als bei den längerfristigen Vergleichen. Bei der Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes ist eine schwankende, in letzter Zeit jedoch fallende, Tendenz erkennbar. Bei der Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes wurde seit Januar 2007 eine ebenfalls leicht aber eindeutig fallende Tendenz sichtbar. Die im Februar 2008 berichtspflichtigen 313 Betriebe – das waren 20 weniger gegenüber dem Februar 2008 – erreichten mit 14 897 Beschäftigten einen baugewerblichen Umsatz von 81,3 Millionen EUR (Gesamtumsatz: 83,9 Millionen EUR); der baugewerbliche Umsatz lag damit um 30,1 Prozent unter dem Wert vom Februar 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume (März 2008 bis Februar 2009 zu März 2007 bis Februar 2008) ergibt sich ein Wert von –3,9 Prozent. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 124,5 Millionen EUR. Es lag damit um 2,3 Prozent unter den Angaben des Februar 2008. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei –3,9 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im Brandenburger Bauhauptgewerbe fiel in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum um 4,4 Prozent, bei dem Vergleich des Februar 2008 zum Februar 2009 ergaben sich –848 Beschäftigte oder –5,4 Prozent.



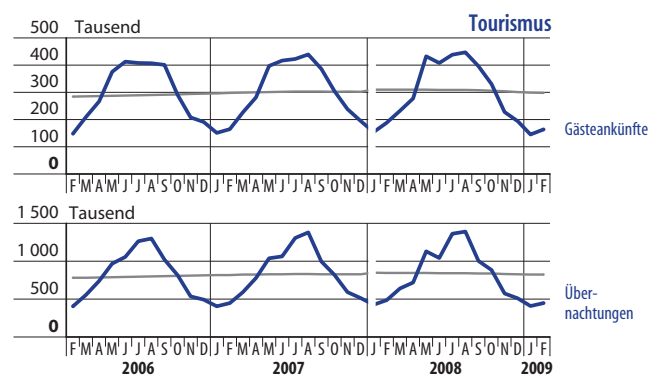
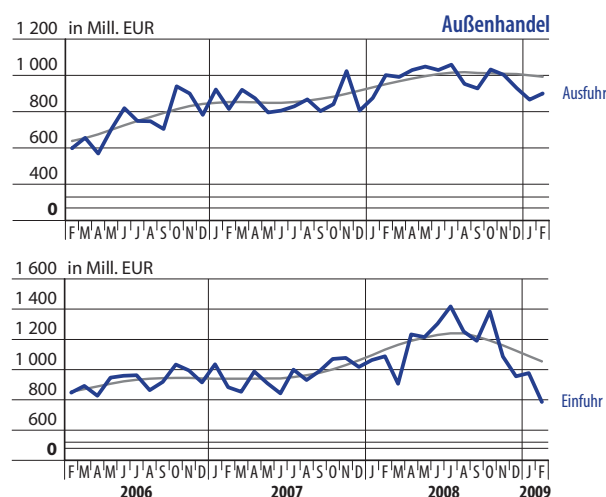
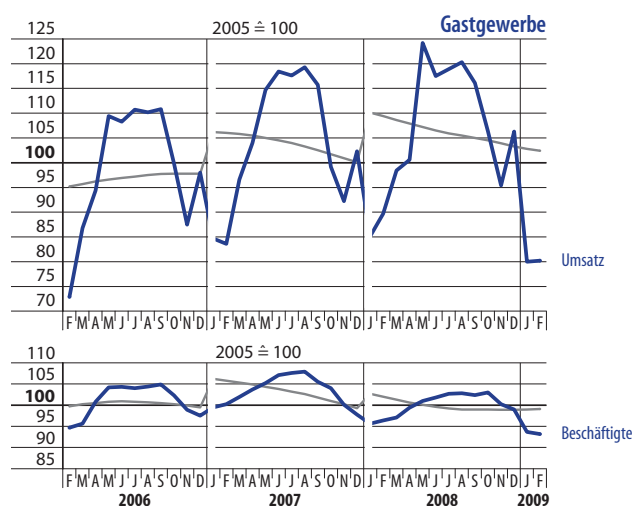
— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes.
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)

Im Brandenburger Einzelhandel wurde mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 und 2007 zu 2008 eine methodische Änderung bei der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe und eine andere Abgrenzung in der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) vorgenommen worden. Dies wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des Zwei-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis Februar 2009 zum Januar 2008 bis Februar 2008) ergab ein Plus von 0,1 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 3,0 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes stieg innerhalb der letzten drei Jahre langsam aber kontinuierlich, die der Beschäftigten fiel seit zwei Jahren – dieser Negativ-Trend verlangsamte sich jedoch in letzter Zeit etwas.

Im Gastgewerbe wurde, wie beim Einzelhandel, eine methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten-Messzahlen einheitliche Entwicklungen auf. Im Vergleich der Zwei-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 8,3 Prozent ab, die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 2,7 Prozent. Beide Trend-Konjunkturkomponenten sind fallend, wobei die der Beschäftigten-Messzahl seit Herbst 2008 fast waagrecht verläuft.

Im Brandenburger Außenhandel wurde in den letzten Monaten eine durchgängig negative Entwicklung erreicht; auf den längerfristigen Vergleichs-Zeitraum eines Jahres hatte diese Entwicklung allerdings noch nicht durchschlagen können. Die Veränderungen zu den beiden kurzfristigen Vorjahreszeiträumen (monatlich und laufendes Jahr) sind fast alle im Bereich von zweistelligen negativen Werten. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Februar dieses Jahres 900,3 Millionen EUR und lag damit um 10,1 Prozent unter dem Ergebnis des Februar 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus in fast der gleichen Höhe – von 12,7 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von März 2008 bis Februar 2009 – Waren im Wert von 11,8 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 786,4 Millionen EUR, bei einem Minus von 27,8 Prozent gegenüber dem Wert des Februar 2008. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 13,7 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert, das sind gegenüber dem Vorjahr 15,8 Prozent mehr. In der Grafik war sowohl beim Import als auch beim Export in der Mitte des Jahres 2008 eine Trendwende erkennbar. Seitdem fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Imports stark, während die des Exports wesentlich geringer nachgab. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Beim Tourismus betrug im Februar 2009 die Zahl der Gästeankünfte 164,5 Tausend; gegenüber dem Februar 2008 waren es –23 900 Personen oder 12,7 Prozent weniger. Die Zahl der Übernachtungen fiel im Monatsvergleich (Februar 2009 zu Februar 2008) ebenfalls, aber etwas geringer – um 8,2 Prozent. Im Durchschnitt entfielen im Februar 2009 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)

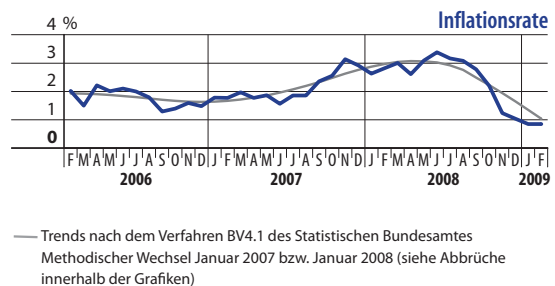
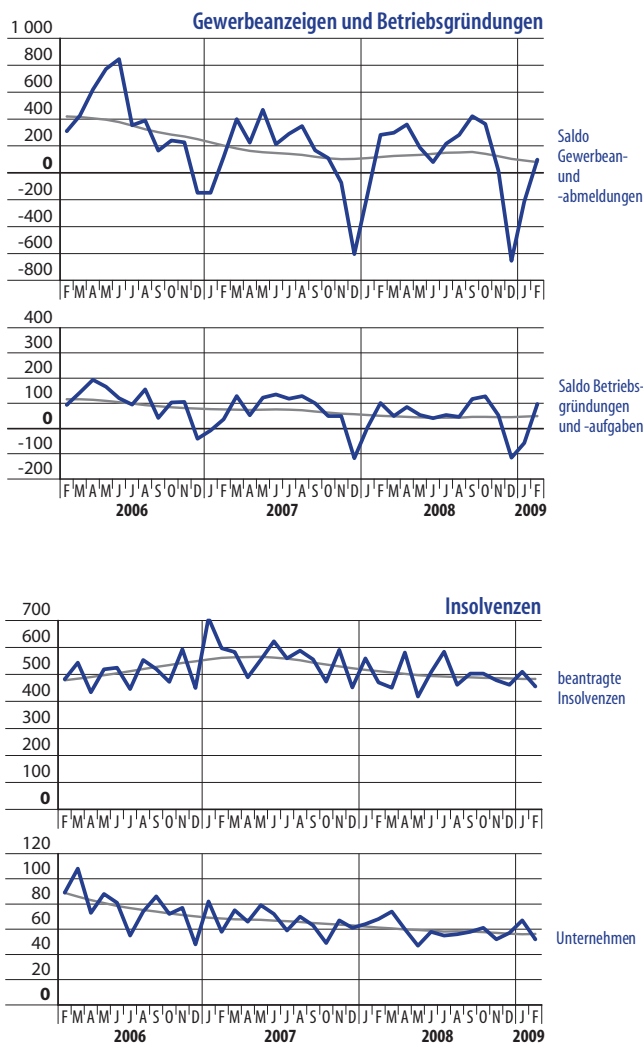
bei den Gästeankünften und -übernachtungen eine kontinuierlich steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die allerdings in den letzten Monaten leicht abfällt. Die Tourismusbranche wurde ebenfalls auf die WZ 2008 umgestellt, allerdings sind die Auswirkungen nicht so stark wie im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Einzelhandel und im Gastgewerbe.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Februar 2009 wurden 97 Gewerbe mehr an- als abgemeldet, gegenüber dem Februar 2008 waren das –65,7 Prozent, im Ein-Jahres-Vergleichs-Zeitraum dann aber „nur“ –12,6 Prozent. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben lag der Februar 2009 mit ebenfalls +97 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit bei einem Minus von 4,0 Prozent zum Februar 2008. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark fallende Trend mit –36,7 Prozent erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte bei dem Saldo der Gewerbeanzeigen eine seit dem Jahresbeginn 2008

steigende Tendenz, die etwa ab Mitte des Jahres wieder fiel. Bei dem Saldo der Betriebe steigt diese Komponente ebenfalls – aber erst seit Mitte des Jahres 2008 und auch sehr gering. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass sich jeweils im Dezember die Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben häufen.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen seit Mitte des Jahres 2007 konstant-fallende Tendenzen. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei knapp unter 60 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von mehr als acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten, die allerdings ab Mitte des Jahres 2007 wieder fällt und seit Mitte 2008 bei unter 500 Verfahren (außer Januar 2009: 510 Verfahren) verharrt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Im Monat Februar 2009 fielen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,2 Prozent auf 456 Fälle. Im gleichen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 52 Fälle, das entspricht –23,5 Prozent zum Februar 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 12,1 Prozent weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es –9,0 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Februar 2008 bei 106,9. Der Index wurde rückwirkend auf das neue Preisbasisjahr 2005=100 umgestellt, dabei auch der Warenkorb und das Wägungsschema verändert. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2009 und dem Februar 2008, ergab sich damit ein Wert von +0,8 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt seit dem Mai des Jahres 2008 stärker ab, als sie seit dem Jahresbeginn 2007 angestiegen war.



Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Februar 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 10. Juni 2009)

Merkmal	Einheit	Februar 2009		Januar 2009 bis Februar 2009		März 2008 bis Februar 2009	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	185 566	-6,4	184 414	-7,2	173 081	-11,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 Δ 100
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 238,3	-19,4	1 255,6	-17,0	1 590,4	x
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	267,3	-34,2	279,2	-29,8	403,8	x
Beschäftigte.....	1 000	73,0	2,1	73,0	2,1	73,2	x
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	124,5	-2,3	115,0	-16,1	154,5	-3,9
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	81,3	-30,1	80,9	-22,5	174,8	-2,1
Beschäftigte.....	1 000	14,9	-5,4	15,0	-4,8	16,0	-4,4
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2005 Δ 100	99,1	-1,8	101,0	1,4	109,1	x
Beschäftigte.....	2005 Δ 100	108,8	-2,8	109,3	-2,6	110,6	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2005 Δ 100	81,2	-9,4	81,2	-7,0	105,5	x
Beschäftigte.....	2005 Δ 100	94,7	-1,7	94,4	-1,7	99,9	x
Außenhandel							
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	900,3	-10,1	883,1	-5,9	980,6	12,7
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	786,4	-27,8	881,8	-18,1	1 142,5	15,8
Tourismus							
Gästekünfte.....	1 000	164,5	-12,7	155,2	-9,6	307,9	x
Gästeübernachtungen.....	1 000	446,7	-8,2	427,5	-6,3	842,9	x
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen..	Anzahl	97	-65,7	-58,5	-198,3	121,3	-12,6
darunter							
Saldo Betriebsgründungen							
und -aufgaben.....	Anzahl	97	-4,0	20,0	-61,9	46,1	-36,7
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	456	-3,2	483,0	-6,2	493,0	-9,0
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen..	Anzahl	52	-23,5	59,5	-9,8	58,1	-12,1
Verbraucherpreisindex.....	2005 Δ 100	106,9	0,8	106,6	0,9	106,8	2,3

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr
Beschäftigten

4 vorläufig

Jürgen Paffhausen

Bevölkerungsentwicklung in Berlin 2007



Erneuter Bevölkerungszuwachs

Während die Bevölkerungszahl Deutschlands im Jahr 2007 von rund 82,3 Millionen um knapp 100 Tausend bzw. 0,1 Prozent auf 82,2 Millionen Einwohner zurückgegangen ist, konnte in Berlin hingegen wiederholt ein Zuwachs registriert werden. Für die Bundeshauptstadt wurde zum Ende des Jahres 2007 eine Zahl von knapp 3 416 300 Einwohnern ermittelt. Das waren gut 12 200 Personen bzw. 0,4 Prozent mehr als am Jahresanfang.

Damit setzte sich das hier seit 2005 zu beobachtende Bevölkerungswachstum weiter fort (Abbildung 1). Von den übrigen Bundesländern hatte nur die Freie und Hansestadt Hamburg einen höheren Bevölkerungszuwachs als Berlin, dort wurden 0,9 Prozent mehr Einwohner gezählt als im Jahr 2006. An dritter Stelle lag Bayern mit einem Plus von 0,2 Prozent.

Die Bevölkerungszahl Berlins nahm im Verlauf des Jahres 2007 um rund 12 200 Personen zu und setzt damit den seit 2005 anhaltenden Bevölkerungsgewinn fort. Seit langem war wieder einmal ein nennenswerter Geburtenanstieg zu verzeichnen, denn es kamen über 1 500 Kinder mehr als im Vorjahr zur Welt. Dies führte, auch wegen geringerer Sterbefallzahlen, erstmals zu einem kleinen Geburtenüberschuss. Hauptursache für den Zuwachs bis auf rund 3 416 300 Einwohner am Ende des Jahres 2007 war jedoch ein Wanderungsgewinn durch Zuzüge über die Landesgrenze. Über 82 500 Personen verlagerten ihren Wohnsitz aus anderen Bundesländern nach Berlin; 44 400 Personen kamen aus dem Ausland. Im Gegenzug verließen weniger als 115 000 Menschen die Stadt, so dass per Saldo rund 12 000 Einwohner mehr gezählt werden konnten. Allerdings gab es einen Bevölkerungsverlust an den brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraumes Berlin/Brandenburg von 7 400 Personen. Unter den Berliner Bezirken konnte Pankow mit einem Plus von knapp 5 400 Einwohnern bzw. 1,5 Prozent den höchsten Bevölkerungsgewinn erzielen.

Erstmals Geburtenüberschuss

Die Geburtenzahl ist seit langem erstmals wieder nennenswert gestiegen. Im Jahr 2007 kamen in Berlin 31 170 Kinder zur Welt, das waren 1 550 bzw. knapp 5 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Tabelle 1). Dieses war der höchste Anstieg in Berlin seit der Vereinigung Deutschlands. Auch für das gesamte Bundesgebiet gab es einen Anstieg der Geburtenzahl, der mit 1,8 Prozent aber – relativ gesehen – geringer ausfiel. In Berlin hatte es eine vergleichbar hohe Steigerung zuletzt im Jahr 1996 gegeben, als mit 29 900 Neugeborenen gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 1 260 Geburten bzw. 4,4 Prozent erreicht wurde (Abbildung 2).

Die Geburtenrate lag 2007 bei durchschnittlich 1,28 Kindern je Frau, für das Jahr 2006 wurde eine Rate von 1,21 errechnet. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die deutschen Frauen zurückzuführen, bei ihnen stieg die Rate von 1,16 auf 1,24. Bei den Ausländerinnen blieb sie mit 1,47 nahezu konstant (Vorjahr: 1,46). Gleichwohl ist die aktuelle Geburtenrate nach wie vor weit von dem Wert „2,1“ entfernt, der für die Reproduktion einer Bevölkerung erforderlich wäre.

Abb. 1 Bevölkerung in Berlin 1990 bis 2007

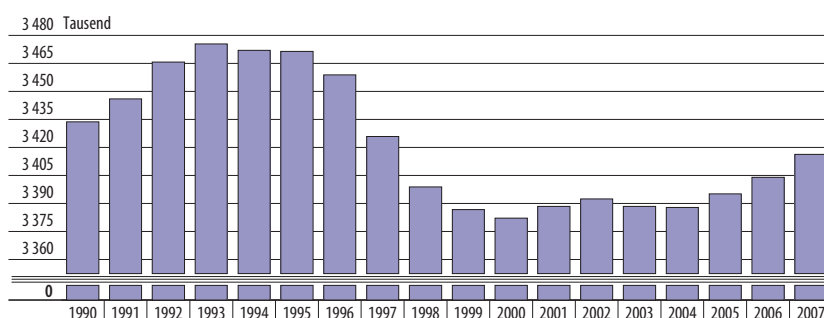


Abb. 2 Geburten und Sterbefälle in Berlin 1991 bis 2007

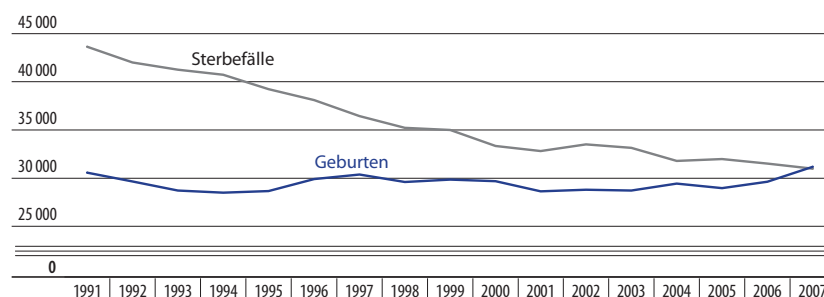
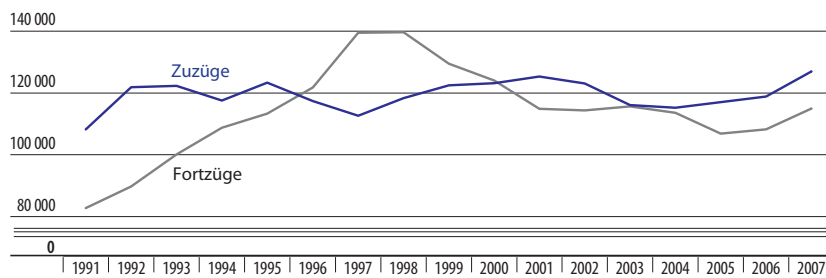
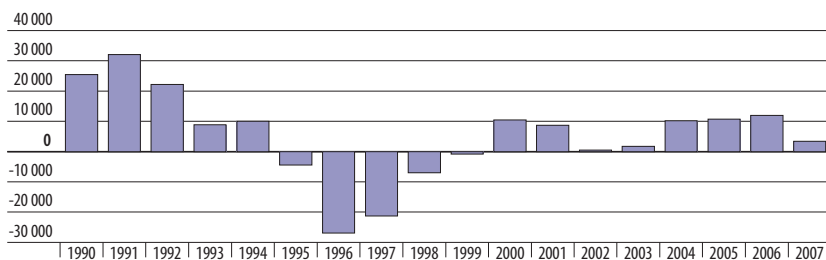


Abb. 3 Zuzüge und Fortzüge in Berlin 1991 bis 2007



Saldo aus Zu- und Fortzügen 1991 bis 2007



Im Jahr 2007 sind in Berlin 30 980 Menschen gestorben, das sind rund 540 bzw. 1,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Bundesgebiet insgesamt sind hingegen 1 Prozent mehr Personen verstorben als im Jahr 2006.

Da in Berlin im Jahr 2007 die Zahl der Geburten größer als die der Gestorbenen war, gab es hier einen Geburtenüberschuss von etwas mehr als 190 Personen. So etwas hat es in den statistischen Aufzeichnungen nach dem Krieg nur Mitte der 60iger und in den 80iger Jahren im ehemaligen Ostteil der Stadt gegeben. Für die gesamte Stadt wurden nach 1945 jährlich immer nur Sterbeüberschüsse registriert. Somit führt im Berichtsjahr die natürliche Bevölkerungsbewegung erstmals zu einem kleinen Einwohnerzuwachs.

Wanderungsgewinn durch Zuzug junger Menschen

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 126 950 Zuzüge von außerhalb Berlins registriert, das waren 8 050 Zugezogene bzw. 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit war für Berlin das dritte Jahr in Folge eine Steigerung der Zuzüge zu registrieren (Abbildung 3). Die aktuelle Zahl ist zugleich die höchste seit der Wiedervereinigung. Demgegenüber wurden 114 950 Fortzüge erfasst, knapp 6 740 bzw. 6,2 Prozent mehr als 2006. Aus der Differenz zwischen Zu- und Fortzügen ergab sich ein Zuzugsüberschuss von knapp 12 000 Personen. Dies war zugleich der höchste Zuzugsgewinn der letzten sieben Jahre.

Zusammen mit dem Geburtenüberschuss führte der Zuzugsüberschuss zu dem genannten Bevölkerungszuwachs von 12 200 Einwohnern.

Der neuerliche Zuzugsüberschuss ergab sich zum einen aus einem Plus von 6 000 Personen gegenüber den alten und 8 700 gegenüber den neuen Bundesländern (ohne das Berliner Umland). Bei den alten Bundesländern kamen die Neuberliner hauptsäch-

lich aus Nordrhein-Westfalen (2 300 Personen; Tabelle 2), bei den neuen Bundesländern nahezu gleichermaßen aus Sachsen (1 860 Personen), Sachsen-Anhalt (1 550 Personen) und Mecklenburg-Vorpommern (1 520 Personen); durch aus dem Ausland kommende Menschen wurde ein Einwohnergewinn von 4 600 Personen erzielt. Gegenüber seinem Umland hatte Berlin zwar wiederum einen Verlust zu verzeichnen, der mit 7 400 Personen zu Buche schlug, die Einbuße war damit aber schwächer als im Jahr 2006 (-9 200 Personen) und deutlich geringer als 2005 (-11 570 Personen; Abbildung 4).

Die Wanderungsgewinne wurden auch in den vergangenen drei Jahren ausschließlich durch den Zustrom jüngerer Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren (Abbildung 5) erzielt.

Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 14 Prozent

Von den im Jahr 2007 insgesamt 3 416 300 Einwohnern hatten rund 477 000 Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit, dies entspricht einem Anteil von 14,0 Prozent. Die Ausländerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um rund 4 300 Personen gestiegen, ihr Anteil hatte 2006 13,9 Prozent betragen.

Wanderungsgewinne und -verluste in Berlin nach Herkunfts- und Zielgebieten

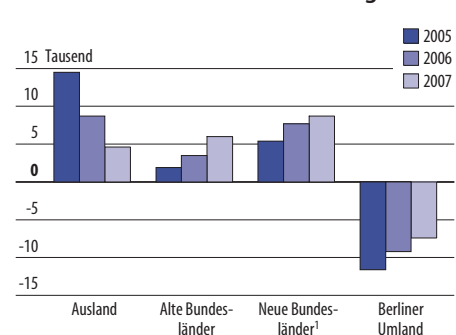


Abb. 4

¹ ohne Berliner Umland

Wanderungsgewinne und -verluste in Berlin nach dem Alter

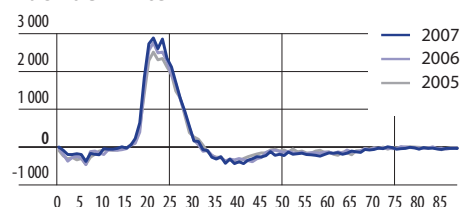


Abb. 5

Zur Differenzierung der in Berlin lebenden Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit kann nicht die amtliche Bevölkerungsstatistik herangezogen werden, da hier nur nach Deutschen und Ausländern unterschieden wird. Als Datenquelle dient ein Statistikabzug des Einwohnerregisters, den das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in regelmäßigen Abständen vom Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (früheres Landeseinwohneramt) erhält und der den Nachweis von Einwohnern nach der Staatsangehörigkeit ermöglicht. In Berlin leben Menschen aus nahezu allen Ländern der Welt. Ende des Jahres 2007 waren knapp 142 400 Bürger aus anderen EU-Staaten in Berlin gemeldet, das waren 30,3 Prozent aller in Berlin gemeldeten Ausländer. Unter ihnen bilden Polen mit 44 400 Personen die zweitgrößte Gruppe. Die größte Ausländergruppe bildeten mit knapp 113 800 Personen nach wie vor die Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit. In der Abbildung 6 sind die melderechtlich registrierten Ausländer in Berlin am 31. Dezember 2007 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Gebieten) ausgewiesen.

Tab. 1 Bevölkerungsbewegung in Berlin 2005 bis 2007

Merkmal	2005	2006	2007
Bevölkerung am Jahresanfang	3 387 828	3 395 189	3 404 037
Geburten	28 976	29 627	31 174
Sterbefälle	31 985	31 523	30 980
Geburtendefizit	-3 009	-1 896	194
Zuzüge über Landesgrenze	117 082	118 893	126 947
Fortzüge über Landesgrenze	106 881	108 214	114 951
Wanderungsgewinn	10 201	10 679	11 996
Veränderung insgesamt ¹	7 361	8 848	12 218
Bevölkerung am Jahresende	3 395 189	3 404 037	3 416 255

¹ Die Veränderung insgesamt kann aufgrund von sonstigen Bestandsveränderungen (z. B. Korrekturen aus Vorjahren) von der Summe der ausgewiesenen Salden abweichen.

Bevölkerungszuwachs in sieben Bezirken

In sieben der zwölf Berliner Bezirke wurden am Ende des Jahres 2007 mehr Einwohner registriert als am Jahresanfang (Tabelle 3 und 3. Umschlagseite). Den höchsten Bevölkerungszuwachs hatte es in Pankow gegeben, dem ohnehin schon größten Bezirk der Einwohnerzahl nach. Die Bevölkerungszahl stieg hier um 5 400 Personen bzw. 1,5 Prozent und erreichte einen Stand von 363 600 Personen. Grund für den Zuwachs war sowohl ein Geburtenüberschuss von 1 350 Personen als auch ein Zuzugsgewinn von mehr als 4 000 Personen, darunter auch ein Gewinn von knapp 1 200 Einwohnern aus anderen Berliner Bezirken. An zweiter Stelle folgte Friedrichshain-Kreuzberg mit einem Plus von knapp 2 100 Personen bzw. 0,8 Prozent. Hier war die Ursache hauptsächlich ein Geburtenüberschuss von 1 440 Personen, der Wanderungsgewinn belief sich auf 620 Personen. Dabei kamen zwar etwas mehr als 4 000 neue Bürger von außerhalb der Stadtgrenze in diesen Bezirk, knapp 3 400 zogen aber im Verlauf des Jahres 2007 in andere Berliner Bezirke um. Von den fünf Bezirken mit Bevölkerungsverlusten hatten Spandau (-650 Personen bzw. -0,3 Prozent) und Reinickendorf (-710 Personen bzw. ebenfalls -0,3 Prozent) die höchsten Einbußen. Beide Bezirke hatten Einbußen nicht durch Wanderungen, sondern ausschließlich Geburtendefizite von jeweils rund 760 Personen.

Tab. 2 Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze Berlins im Jahr 2007 nach Bundesländern

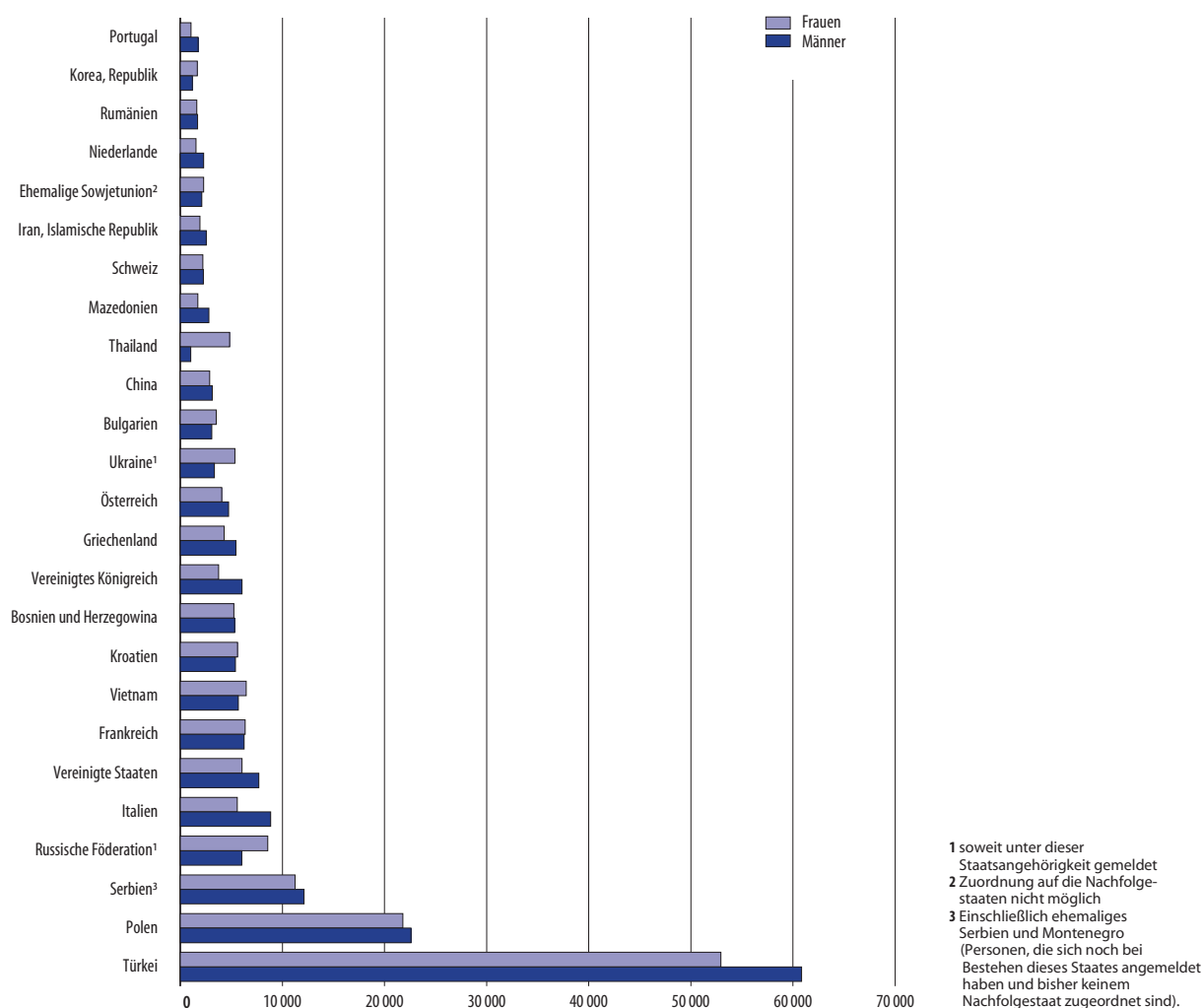
Bundesland	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	Personen		
Deutschland zusammen	82 525	75 148	7 377
Alte Bundesländer	44 008	37 983	6 025
Bayern	6 441	5 944	497
Baden-Württemberg	7 391	7 124	267
Bremen	834	677	157
Hamburg	2 870	2 904	- 34
Hessen	4 446	3 741	705
Niedersachsen	6 637	5 129	1 508
Nordrhein-Westfalen	10 541	8 237	2 304
Rheinland-Pfalz	1 950	1 495	455
Saarland	430	288	142
Schleswig-Holstein	2 468	2 444	24
Neue Bundesländer	38 517	37 165	1 352
Brandenburg	24 073	28 582	- 4 509
nachrichtlich			
darunter engerer			
Verflechtungsraum			
Berlin/Brandenburg	15 968	23 360	- 7 392
Mecklenburg-Vorpommern	4 338	2 822	1 516
Sachsen	4 771	2 914	1 857
Sachsen-Anhalt	3 330	1 777	1 553
Thüringen	2 005	1 070	935
Ausland	44 422	39 803	4 619
Insgesamt	126 947	114 951	11 996

Tab. 3 Bevölkerungsentwicklung in Berlin 2007 nach Bezirken

Bezirk	Bevölkerung am Jahres- anfang	Lebend- geborene	Gestor- bene	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Bevölkerung am Jahres- ende	Veränderung insgesamt ¹	
									absolut	%
Mitte	326 422	3 723	2 470	1 253	38 267	37 516	751	328 428	2 006	0,6
Friedrichshain-Kreuzberg	265 857	3 183	1 742	1 441	30 696	30 079	617	267 919	2 062	0,8
Pankow	358 210	4 144	2 797	1 347	30 430	26 390	4 040	363 601	5 391	1,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	315 557	2 446	3 041	- 595	26 652	24 733	1 919	316 887	1 330	0,4
Spandau	224 304	1 813	2 568	- 755	12 817	12 715	102	223 652	- 652	- 0,3
Steglitz-Zehlendorf	288 575	1 987	3 088	- 1 101	20 996	18 165	2 831	290 305	1 730	0,6
Tempelhof-Schöneberg	332 066	2 724	3 126	- 402	25 124	24 999	125	331 790	- 276	- 0,1
Neukölln	305 458	3 014	2 960	54	24 375	23 177	1 198	306 713	1 255	0,4
Treptow-Köpenick	236 524	1 922	2 276	- 354	14 854	13 250	1 604	237 777	1 253	0,5
Marzahn-Hellersdorf	249 881	2 132	1 975	157	12 817	13 505	- 688	249 351	- 530	- 0,2
Lichtenberg	258 738	2 255	2 349	- 94	19 408	19 957	- 549	258 098	- 640	- 0,2
Reinickendorf	242 445	1 831	2 588	- 757	14 370	14 324	46	241 734	- 711	- 0,3
Berlin insgesamt	3 404 037	31 174	30 980	194	126 947	114 951	11 996	3 416 255	12 218	0,4

¹ einschließlich sonstiger Veränderungen

Abb. 6 Melderechtlich registrierte ausländische Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin am 31. Dezember 2007 nach ausgewählten Ländern der Staatsangehörigkeit und Geschlecht



Jürgen Paffhausen

Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2007

Weiterer Bevölkerungsrückgang

Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag am Ende des Jahres 2007 bei gut 2 535 700 Personen und war dadurch um 12 000 Personen bzw. 0,5 Prozent niedriger als am Jahresanfang. Somit musste das

Land Brandenburg das siebente Jahr in Folge einen Einwohnerrückgang hinnehmen (Abbildung 1). Dieser Verlust fiel aber im Vergleich zu den übrigen neuen Bundesländern noch relativ gering aus (Abbildung 2). Sachsen-Anhalt hatte mit einem Minus von 1,2 Prozent die höchste Verlustrate. Jedoch auch das zu den alten Bundesländern zählende Saarland (–0,6 Prozent) verlor prozentual mehr Einwohner als das Land Brandenburg.

Im Verlauf des Jahres 2007 wurden 18 590 Kinder geboren. Damit ist die Geburtenzahl gegenüber dem Vorjahr um gut 700 Kinder gestiegen. Einen so hohen Geburtenzuwachs hat es seit dem Jahr 1999 im Land Brandenburg nicht mehr gegeben. Die Geburtenzahl des Jahres 2007 war zugleich auch die höchste seit der Wiedervereinigung (Abbildung 3). Indes sind im selben Jahr 26 670 Menschen verstorben. Das waren 320 Personen mehr als im Vorjahr. Trotz des Geburtenanstiegs konnten wieder nur rund zwei Drittel der Sterbefälle durch Geburten ersetzt

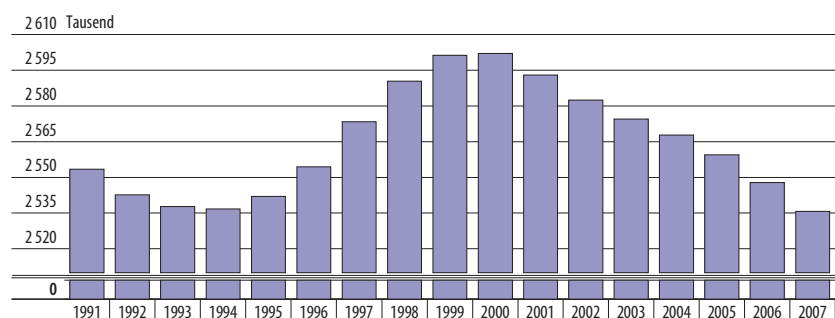
Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg nahm im Verlauf des Jahres 2007 um rund 12 000 Personen ab und setzt damit den seit 2001 anhaltenden Bevölkerungsverlust fort. Zwar war seit langem wieder einmal ein nennenswerter Geburtenanstieg zu verzeichnen, denn es kamen 700 Kinder mehr als im Vorjahr zur Welt. Trotzdem gab es wegen der deutlich höheren Sterbefallzahlen nach wie vor ein Geburtendefizit, das 8 080 Personen umfasste. Weitere Ursache für den Rückgang bis auf rund 2 535 700 Einwohner am Ende des Jahres 2007 war ein Wanderungsverlust durch Fortzüge über die Landesgrenze. Rund 56 500 Personen verlagerten ihren Wohnsitz vom Land Brandenburg in die anderen Bundesländer; 8 400 Personen verzogen in das Ausland. Insgesamt konnte der Bevölkerungsverlust durch Zugewinn infolge von etwa 60 900 Zuzügen in das Land nicht kompensiert werden, brachte aber zumindest im brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraumes Berlin/Brandenburg – in den an Berlin grenzenden Regionen – einen Bevölkerungszuwachs von gut 8 300 Personen. Dagegen verringerte sich die Bevölkerungszahl in den Berlin fernen Teilen des Landes Brandenburg – dem äußeren Entwicklungsraum – um knapp 20 400 Personen.

werden. Der gesamte Bevölkerungsverlust im Jahr 2007 ist auch hauptsächlich auf das Geburtendefizit von 8 080 Personen zurückzuführen (Tabelle 1).

Hinzu kam noch ein Wanderungsverlust von insgesamt knapp 3 970 Personen. Zugewinne aus der Bundeshauptstadt Berlin sorgten noch dafür, dass das Minus der Wanderungen über die Landesgrenzen für Brandenburg nicht noch größer ausfiel (Tabelle 2). Aus Berlin zogen rund 28 580 Personen zu und 24 070 Personen dorthin fort, per Saldo ergibt sich gegenüber Berlin ein Gewinn von 4 510 Personen. Allerdings wird dieser Zuwachs von Jahr zu Jahr geringer. Im Jahr 2006 hatte der Zuwachs aus Berlin 6 730 Personen und 2005 noch 9 660 Personen betragen (Abbildung 4). An die alten Bundesländer verlor Brandenburg per Saldo 7 480 Einwohner. Die größten Verluste sind gegenüber Baden-Württemberg (–1 680 Personen) und Bayern (–1 650 Personen) registriert worden. Gut 1 050 Einwohner gingen an die neuen Bundesländer verloren, insbesondere an Sachsen (–830 Personen).

Aus dem Ausland zogen rund 8 420 Personen in das Land Brandenburg, 8 370 Personen sind dorthin weggezogen; per Saldo ergab sich gegenüber dem Ausland damit ein kleiner Wanderungsgewinn von 50 Personen. Die größte Bewegung vollzog sich zwischen dem Land Brandenburg und Polen. 2 130 Personen sind im Jahr 2007 aus dem Nachbarland nach Brandenburg gezogen, 1 770 Personen verließen Brandenburg dorthin; per Saldo ergab sich hierdurch ein Einwohnergewinn von 360 Personen. Ein nennenswertes Wanderungsvolumen hat es auch noch beim Austausch mit Vietnam gegeben. Gut 590 Personen zogen von dorthin zu, rund 770 Personen sind nach Vietnam abgewandert. Dies ergab einen negativen Saldo von 180 Personen.

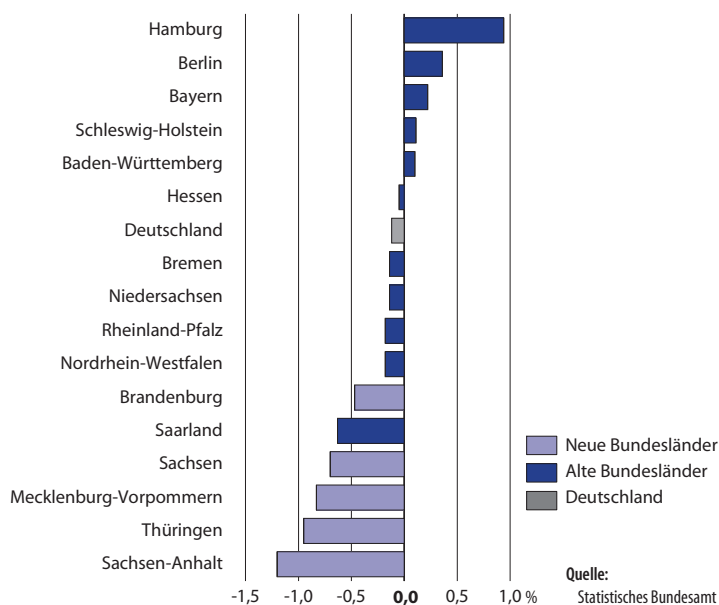
Abb. 1 Bevölkerung in Brandenburg 1991 bis 2007



Tab. 1 **Bevölkerungsbewegung
im Land Brandenburg 2006**

Merkmal	2006
Bevölkerung am Jahresanfang	2 547 772
Geburten	18 589
Sterbefälle	26 666
Geburtendefizit	- 8 077
Zuzüge	88 169
Fortzüge	92 137
Wanderungsverlust	- 3 968
Veränderung insgesamt ¹	- 12 035
Bevölkerung am Jahresende	2 535 737

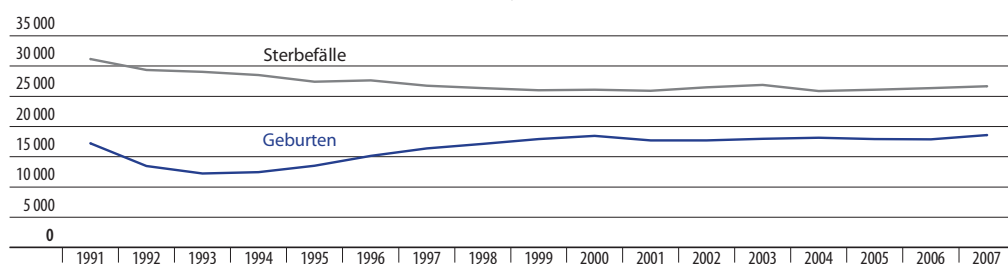
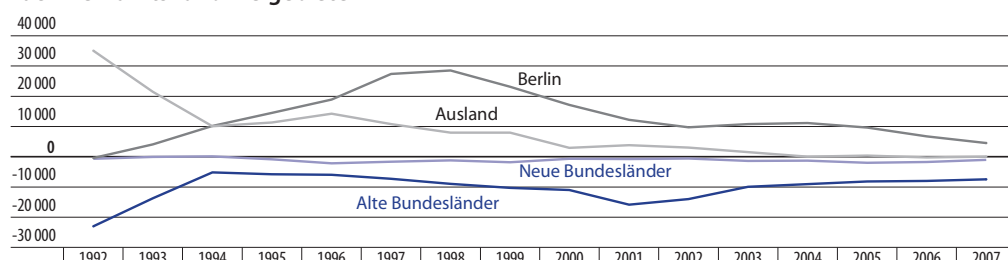
¹ Die Veränderung insgesamt kann aufgrund von sonstigen Bestandsveränderungen (z. B. Korrekturen aus Vorjahren) von der Summe der ausgewiesenen Salden abweichen.

Abb. 2 **Bevölkerungsveränderung
im Verlauf des Jahres 2007 in Deutschland
nach Bundesländern**

Drei Landkreise und die Landeshauptstadt mit leichten Bevölkerungsgewinnen

Von den 14 Landkreisen Brandenburgs konnten lediglich drei Landkreise im Verlauf des Jahres 2007 Bevölkerung hinzu gewinnen (Tabelle 3 und 4. Umschlagseite). 2006 konnten noch fünf Landkreise einen Einwohnerzuwachs verzeichnen. Im Jahr 2007 hatte der Landkreis Oberhavel mit einem Plus von 660 Personen bzw. 0,3 Prozent den höchsten Bevölkerungszuwachs, es folgten die Landkreise Potsdam-Mittelmark (500 Personen bzw. 0,2 Prozent) und Barnim (190 Personen bzw. 0,1 Prozent). Diese an Berlin grenzenden Landkreise haben alle ihren Bevölkerungszuwachs überwiegend aus Wanderungsgewinnen gegenüber der Bundeshauptstadt bezogen. Innerhalb dieser Landkreise waren es zudem fast ausschließlich die nahe Berlin gelegenen Gemeinden, die Bevölkerungsgewinne aufwiesen (vgl. Titelseite). Die übrigen elf Landkreise haben Bevölkerung verloren. Zwar konnten die Landkreise Dahme-Spreewald, Havelland, Märkisch-Oderland und Teltow-Fläming auch noch Wanderungsgewinne erzielen, diese reichten aber nicht aus, um das jeweilige Geburtendefizit auszugleichen. Den höchsten Bevölkerungsverlust musste im Jahr 2007 der Landkreis Elbe-Elster hinnehmen, er verlor 2 250 Personen bzw. 1,9 Prozent.

Von den vier brandenburgischen kreisfreien Städten konnte nur die Landeshauptstadt Potsdam im Jahresverlauf 2007 einen Bevölkerungszuwachs verbuchen. Die Einwohnerzahl stieg von 148 810 auf 150 830 Personen und damit um 2 020 Personen bzw. 1,4 Prozent. Dazu führten sowohl ein Zuzugsgewinn von gut 1 620 Personen als auch ein Geburtenüberschuss von über 390 Kindern. Der Zuzugsgewinn Potsdams resultierte hauptsächlich aus dem Wanderaustausch mit den anderen Regionen Brandenburgs (680 Personen) sowie den neuen Bundesländern (470 Personen). Die übrigen kreisfreien Städte verloren dagegen Einwohner: Brandenburg an der Havel -0,7 Prozent, Cottbus -1,0 Prozent sowie Frankfurt an der Oder ebenfalls -1,0 Prozent.

Abb. 3 **Geburten¹ und Sterbefälle im Land Brandenburg 1991 bis 2007**Abb. 4 **Wanderungsgewinne und -verluste im Land Brandenburg 1992 bis 2007
nach Herkunfts- und Zielgebieten**

Tab. 2 **Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze Brandenburgs im Jahr 2007 nach Bundesländern**

Bundesland	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	Personen		
Deutschland zusammen.....	52 478	56 499	– 4 021
Berlin.....	28 582	24 073	4 509
Alte Bundesländer.....	13 928	21 404	– 7 476
Bayern.....	2 079	3 726	– 1 647
Baden-Württemberg.....	2 248	3 929	– 1 681
Bremen.....	154	306	– 152
Hamburg.....	668	1 539	– 871
Hessen.....	1 109	1 781	– 672
Niedersachsen.....	2 594	3 472	– 878
Nordrhein-Westfalen.....	3 228	3 967	– 739
Rheinland-Pfalz.....	655	870	– 215
Saarland.....	120	146	– 26
Schleswig-Holstein.....	1 073	1 668	– 595
Neue Bundesländer.....	9 968	11 022	– 1 054
Mecklenburg-Vorpommern.....	2 786	3 209	– 423
Sachsen.....	3 784	4 610	– 826
Sachsen-Anhalt.....	2 425	2 225	200
Thüringen.....	973	978	– 5
Ausland.....	8 425	8 372	53
Insgesamt	60 903	64 871	– 3 968

Drei Viertel der Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten

Von den 416 Gemeinden des Landes Brandenburg konnten 105 Gemeinden ihre Bevölkerungszahl vergrößern oder zumindest halten (Abbildung 6; Tabelle 6). Die Bevölkerung in diesen Gemeinden umfasste zusammen genommen knapp 714 130 Personen und machte damit an der gesamten Bevölkerung Brandenburgs einen Anteil von 28,2 Prozent aus. Der Einwohnerzuwachs während des Jahres 2007 betrug in diesen Gemeinden 8 110 Personen bzw. 1,1 Prozent. Der weitaus größte Teil der Bevölkerungsgewinne, nämlich 7 360 Personen bzw. 91 Prozent, wurde in den Gemeinden erzielt, die zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin gerechnet werden. Der höchste prozentuale Bevölkerungszuwachs wurde jedoch mit 22,7 Prozent in der Gemeinde Garzau-Garzin im Landkreis Märkisch-Oderland erzielt. Diese Gemeinde ist zum einen mit knapp 670 Einwohnern relativ klein, zum anderen ist dieser Gewinn in erster Linie auf den Umzug eines Asylbewerberheimes von der ebenfalls kleinen Gemeinde

Tab. 3 **Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2007 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am Jahres- anfang	Lebend- geborene	Gestor- bene	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Bevölkerung am Jahres- ende	Veränderung insgesamt¹	
									absolut	%
Kreisfreie Städte										
Brandenburg an der Havel	73 475	565	804	– 239	2 539	2 820	– 281	72 954	– 521	– 0,7
Cottbus	103 837	709	1 076	– 367	4 212	4 871	– 659	102 811	– 1 026	– 1,0
Frankfurt (Oder)	62 594	497	658	– 161	2 615	3 087	– 472	61 969	– 625	– 1,0
Potsdam	148 813	1 612	1 218	394	9 310	7 688	1 622	150 833	2 020	1,4
Landkreise										
Barnim	177 396	1 270	1 772	– 502	6 808	6 118	690	177 589	193	0,1
Dahme-Spreewald	161 756	1 207	1 586	– 379	6 333	6 006	327	161 699	– 57	– 0,0
Elbe-Elster	119 773	766	1 430	– 664	1 967	3 554	– 1 587	117 522	– 2 251	– 1,9
Havelland	155 408	1 110	1 494	– 384	5 427	5 100	327	155 359	– 49	– 0,0
Märkisch-Oderland	191 998	1 337	1 955	– 618	7 217	6 944	273	191 640	– 358	– 0,2
Oberhavel	201 289	1 571	2 128	– 557	7 960	6 748	1 212	201 945	656	0,3
Oberspreewald-Lausitz	129 581	817	1 568	– 751	2 290	3 850	– 1 560	127 278	– 2 303	– 1,8
Oder-Spree	189 185	1 332	1 919	– 587	6 155	6 712	– 557	188 035	– 1 150	– 0,6
Ostprignitz-Ruppin	106 830	749	1 160	– 411	2 670	3 278	– 608	105 812	– 1 018	– 1,0
Potsdam-Mittelmark	204 007	1 494	2 018	– 524	8 950	7 923	1 027	204 510	503	0,2
Prignitz	87 221	544	1 100	– 556	1 968	2 925	– 957	85 705	– 1 516	– 1,7
Spree-Neiße	135 017	843	1 536	– 693	3 129	4 654	– 1 525	132 798	– 2 219	– 1,6
Teltow-Fläming	162 383	1 236	1 661	– 425	6 025	5 665	360	162 320	– 63	– 0,0
Uckermark	137 209	930	1 583	– 653	2 594	4 194	– 1 600	134 958	– 2 251	– 1,6
Land Brandenburg	2 547 772	18 589	26 666	– 8 077	88 169	92 137	– 3 968	2 535 737	– 12 035	– 0,5

¹ Die Veränderung insgesamt kann auf Grund von sonstigen Bestandsveränderungen (z. B. Korrekturen aus Vorjahren) von der Summe der ausgewiesenen Salden abweichen

Waldsiedersdorf (930 Einwohner) des gleichen Landkreises zurückzuführen. Für Waldsiedersdorf ergab sich dadurch ein Einwohnerverlust von 21,7 Prozent, der damit der höchste unter den Gemeinden des Landes war. Tabelle 4 enthält die Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern, die die höchsten prozentualen Bevölkerungsgewinne hatten. Diese Gemeinden gehören durchweg zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin.

Die Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern, die die höchsten prozentualen Verluste aufweisen, sind in Tabelle 5 dargestellt. Die Bevölkerungsentwicklung während des Jahres 2007 in allen Gemeinden des Landes Brandenburg ist in Tabelle 6 abgebildet.

Im gesamten Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes Brandenburg/Berlin stieg die Bevölkerungszahl von 1 013 500 auf 1 021 800 Einwohner und damit um 8 300 Personen bzw. 0,8 Prozent. Im übrigen Teil Brandenburgs, dem äußeren Entwicklungsraum, schrumpfte die Bevölkerung dagegen von 1 534 300 auf 1 513 900 Einwohner, und damit um 20 400 Personen bzw. 1,3 Prozent.

Tab. 4 **Bevölkerungszuwachs in ausgewählten Gemeinden¹ im Land Brandenburg 2007**

Gemeinde	Landkreis	Bevölkerung am		Veränderung	
		Jahresanfang	Jahresende	absolut	%
Hoppegarten	Märkisch-Oderland	15 176	15 934	758	5,0
Gliencke/Nordbahn	Oberhavel	9 879	10 270	391	4,0
Mühlenbecker Land	Oberhavel	13 213	13 608	395	3,0
Rangsdorf	Teltow-Fläming	9 745	10 002	257	2,6
Stahnsdorf	Potsdam-Mittelmark	13 488	13 817	329	2,4
Dallgow-Döberitz	Havelland	8 086	8 277	191	2,4
Kleinmachnow	Potsdam-Mittelmark	18 778	19 193	415	2,2
Wildau	Dahme-Spreewald	9 642	9 819	177	1,8
Woltersdorf	Oder-Spree	7 642	7 781	139	1,8
Schönwalde-Glien	Havelland	8 654	8 810	156	1,8

¹ Gemeinden über 5 000 Einwohner

Tab. 5 **Bevölkerungsverlust in ausgewählten Gemeinden¹ des Landes Brandenburg 2007**

Gemeinde	Landkreis	Bevölkerung am		Veränderung	
		Jahresanfang	Jahresende	absolut	%
Perleberg	Prignitz	13 029	12 689	- 340	- 2,6
Herzberg(Elster)	Elbe-Elster	10 792	10 524	- 268	- 2,5
Großräschen	Oberspreewald-Lausitz....	11 148	10 873	- 275	- 2,5
Eisenhüttenstadt	Oder-Spree	33 914	33 091	- 823	- 2,4
Doberlug-Kirchhain	Elbe-Elster	9 764	9 530	- 234	- 2,4
Guben	Spree-Neiße	20 885	20 415	- 470	- 2,3
Schwedt/Oder	Uckermark	36 677	35 881	- 796	- 2,2
Lauchhammer	Oberspreewald-Lausitz....	18 396	18 021	- 375	- 2,0
Gransee	Oberhavel	6 391	6 261	- 130	- 2,0
Wriezen	Märkisch-Oderland	8 105	7 944	- 161	- 2,0
Forst (Lausitz)	Spree-Neiße	22 112	21 674	- 438	- 2,0
Senftenberg	Oberspreewald-Lausitz....	28 071	27 515	- 556	- 2,0

¹ Gemeinden über 5 000 Einwohner

Tab. 6 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2007

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Barnim.....	177 396	177 589	193	0,1
Ahrensfelde ¹	13 040	13 006	- 34	-0,3
Althüttendorf.....	738	719	- 19	-2,6
Bernau bei Berlin, Stadt ¹	35 546	35 859	313	0,9
Biesenthal, Stadt.....	5 621	5 637	16	0,3
Breydin	852	861	9	1,1
Britz.....	2 269	2 250	- 19	-0,8
Chorin.....	2 530	2 510	- 20	-0,8
Eberswalde, Stadt.....	41 787	41 396	- 391	-0,9
Friedrichswalde	940	902	- 38	-4,0
Hohenfinow.....	524	513	- 11	-2,1
Hohensaaten.....	784	768	- 16	-2,0
Joachimsthal, Stadt.....	3 368	3 357	- 11	-0,3
Liepe	766	772	6	0,8
Lunow-Stolzenhagen.....	1 209	1 234	25	2,1
Marienwerder	1 768	1 771	3	0,2
Melchow.....	898	901	3	0,3
Niederfinow.....	654	638	- 16	-2,4
Oderberg, Stadt.....	2 410	2 348	- 62	-2,6
Panketal ¹	19 022	19 172	150	0,8
Parsteinsee.....	557	542	- 15	-2,7
Rüdnitz	1 790	1 767	- 23	-1,3
Schorfheide	10 342	10 331	- 11	-0,1
Sydower Fließ	889	889	0	0,0
Wandlitz ¹	20 760	21 065	305	1,5
Werneuchen, Stadt ¹	7 847	7 902	55	0,7
Ziethen	485	479	- 6	-1,2
Dahme-Spreewald.....	161 756	161 699	- 57	-0,0
Alt Zauche-Wußwerk.....	590	589	- 1	-0,2
Bersteland	937	923	- 14	-1,5
Bestensee ¹	6 601	6 666	65	1,0
Byhleguhre-Byhlen	845	840	- 5	-0,6
Drahnsdorf.....	648	641	- 7	-1,1
Eichwalde ¹	6 078	6 073	- 5	-0,1
Golßen, Stadt.....	2 746	2 730	- 16	-0,6
Groß Köris.....	2 247	2 271	24	1,1
Halbe	2 219	2 194	- 25	-1,1
Heideblick.....	7 078	7 082	4	0,1
Heidese ¹	4 222	4 172	- 50	-1,2
Jamlitz	611	615	4	0,7
Kasel-Golzig.....	772	779	7	0,9
Königs Wusterhausen, Stadt ¹	33 201	33 370	169	0,5
Krausnick-Groß Wasserburg.....	636	632	- 4	-0,6
Lieberose, Stadt.....	1 573	1 534	- 39	-2,5
Lübben (Spreewald), Stadt	14 557	14 346	- 211	-1,4
Luckau, Stadt	10 477	10 452	- 25	-0,2
Märkisch Buchholz, Stadt..	810	818	8	1,0
Märkische Heide.....	4 684	4 585	- 99	-2,1
Mittenwalde, Stadt ¹	8 684	8 663	- 21	-0,2
Münchehofe.....	528	528	0	0,0
Neu Zauche.....	1 244	1 233	- 11	-0,9
Rietzneuendorf-Staakow...	670	669	- 1	-0,1
Schleipzig.....	652	637	- 15	-2,3
Schönefeld ¹	12 354	12 462	108	0,9
Schönwald	1 238	1 234	- 4	-0,3
Schulzendorf ¹	7 549	7 564	15	0,2
Schwerin.....	629	602	- 27	-4,3
Schwielochsee.....	1 668	1 666	- 2	-0,1
Spreewaldheide	568	567	- 1	-0,2
Steinreich	602	607	5	0,8
Straupitz	1 042	1 031	- 11	-1,1

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Teupitz, Stadt.....	1 920	1 890	- 30	-1,6
Unterspreewald	857	871	14	1,6
Wildau ¹	9 642	9 819	177	1,8
Zeuthen ¹	10 377	10 344	- 33	-0,3
Elbe-Elster.....	119 773	117 522	- 2 251	-1,9
Bad Liebenwerda, Stadt....	10 573	10 391	- 182	-1,7
Crinitz	1 407	1 373	- 34	-2,4
Doberlug-Kirchhain, Stadt	9 764	9 530	- 234	-2,4
Elsterwerda, Stadt	9 249	9 096	- 153	-1,7
Falkenberg/Elster, Stadt....	7 627	7 497	- 130	-1,7
Fichtwald	716	709	- 7	-1,0
Finsterwalde, Stadt	18 516	18 162	- 354	-1,9
Gorden-Staupitz.....	1 128	1 101	- 27	-2,4
Gröden	1 613	1 596	- 17	-1,1
Großthiemig	1 198	1 190	- 8	-0,7
Heideland.....	593	593	0	0,0
Herzberg (Elster), Stadt....	10 792	10 524	- 268	-2,5
Hirschfeld	1 435	1 433	- 2	-0,1
Hohenbucko	712	709	- 3	-0,4
Hohenleipisch.....	2 383	2 304	- 79	-3,3
Kremitzau.....	976	962	- 14	-1,4
Lebusa	893	875	- 18	-2,0
Lichterfeld-Schacksdorf....	1 193	1 151	- 42	-3,5
Massen-Niederlausitz	2 236	2 214	- 22	-1,0
Merzdorf.....	952	947	- 5	-0,5
Mühlberg/Elbe, Stadt.....	4 581	4 485	- 96	-2,1
Plessa	3 153	3 051	- 102	-3,2
Röderland	4 633	4 551	- 82	-1,8
Rückersdorf.....	1 694	1 678	- 16	-0,9
Sallgast	1 734	1 727	- 7	-0,4
Schilda.....	530	527	- 3	-0,6
Schlieben, Stadt.....	2 807	2 775	- 32	-1,1
Schönborn	1 820	1 791	- 29	-1,6
Schönewalde, Stadt	3 634	3 505	- 129	-3,5
Schraden	584	577	- 7	-1,2
Sonnenwalde, Stadt	3 600	3 567	- 33	-0,9
Tröbitz.....	788	786	- 2	-0,3
Uebigau-Wahrenbrück, Stadt.....	6 259	6 145	- 114	-1,8
Havelland.....	155 408	155 359	- 49	-0,0
Brieselang ¹	10 598	10 667	69	0,7
Dallgow-Döberitz ¹	8 086	8 277	191	2,4
Falkensee, Stadt ¹	39 008	39 366	358	0,9
Friesack, Stadt.....	2 781	2 725	- 56	-2,0
Gollern	453	447	- 6	-1,3
Großderschau	548	519	- 29	-5,3
Havelaue	999	998	- 1	-0,1
Ketzin, Stadt ¹	800	787	- 13	-1,6
Kleßen-Görne	6 483	6 488	5	0,1
Kotzen.....	412	409	- 3	-0,7
Märkisch Luch.....	643	629	- 14	-2,2
Milower Land.....	1 382	1 370	- 12	-0,9
Mühlenberge	4 839	4 756	- 83	-1,7
Nauen, Stadt ¹	790	797	7	0,9
Nennhausen	16 674	16 675	1	0,0
Paulinenaue	2 018	1 989	- 29	-1,4
Pessin.....	1 310	1 287	- 23	-1,8
Premnitz, Stadt	651	668	17	2,6
Rathenow, Stadt	9 655	9 490	- 165	-1,7
Retzow.....	26 640	26 265	- 375	-1,4
Rhinow, Stadt.....	580	573	- 7	-1,2
Schönwalde-Glien ¹	1 874	1 821	- 53	-2,8

Noch

Tab. 6

Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2007

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Seeblick	8 654	8 810	156	1,8
Stechow-Ferchesar	972	959	- 13	-1,3
Wiesenaue	928	935	7	0,8
Wustermark ¹	7 630	7 652	22	0,3
Märkisch-Oderland	191 998	191 640	- 358	-0,2
Alt Tucheband	973	936	- 37	-3,8
Altlandsberg, Stadt ¹	8 737	8 739	2	0,0
Bad Freienwalde (Oder), Stadt	12 754	12 547	- 207	-1,6
Beiersdorf-Freudenberg	621	604	- 17	-2,7
Bleyen-Genschmar	560	536	- 24	-4,3
Bliesdorf	992	999	7	0,7
Buckow (Märkische Schweiz), Stadt	1 659	1 642	- 17	-1,0
Falkenberg	2 436	2 425	- 11	-0,5
Falkenhagen (Mark)	794	788	- 6	-0,8
Fichtenhöhe	578	572	- 6	-1,0
Fredersdorf-Vogelsdorf ¹ ..	12 549	12 604	55	0,4
Garzau-Garzin	511	627	116	22,7
Golzow	905	938	33	3,6
Gusow-Platkow	1 384	1 387	3	0,2
Heckelberg-Brunow	852	821	- 31	-3,6
Höhenland	1 075	1 077	2	0,2
Hoppegarten ¹	15 176	15 934	758	5,0
Küstriner Vorland	2 977	2 905	- 72	-2,4
Lebus, Stadt	3 346	3 306	- 40	-1,2
Letschin	4 710	4 605	- 105	-2,2
Lietzen	733	725	- 8	-1,1
Lindendorf	1 539	1 517	- 22	-1,4
Märkische Höhe	666	646	- 20	-3,0
Müncheberg, Stadt	7 418	7 314	- 104	-1,4
Neuenhagen bei Berlin ¹	16 494	16 612	118	0,7
Neuhardenberg	2 888	2 840	- 48	-1,7
Neulewin	1 053	1 039	- 14	-1,3
Neutrebbin	1 570	1 546	- 24	-1,5
Oberbarnim	1 521	1 500	- 21	-1,4
Oderaue	1 811	1 799	- 12	-0,7
Petershagen/Eggersdorf ¹ ..	13 356	13 589	233	1,7
Podelzig	999	1 016	17	1,7
Prötzel	1 196	1 175	- 21	-1,8
Rehfelde	4 587	4 551	- 36	-0,8
Reichenow-Möglin	619	626	7	1,1
Reitwein	530	505	- 25	-4,7
Rüdersdorf bei Berlin ¹	15 782	15 582	- 200	-1,3
Seelow, Stadt	5 736	5 688	- 48	-0,8
Strausberg, Stadt ¹	26 402	26 347	- 55	-0,2
Treplin	425	427	2	0,5
Vierlinden	1 614	1 591	- 23	-1,4
Waldsiedersdorf	1 179	929	- 250	-21,2
Wriezen, Stadt	8 105	7 944	- 161	-2,0
Zechin	776	738	- 38	-4,9
Zeschdorf	1 410	1 402	- 8	-0,6
Oberhavel	201 289	201 945	656	0,3
Birkenwerder ¹	7 360	7 492	132	1,8
Fürstenberg/Havel, Stadt ..	6 623	6 517	- 106	-1,6
Gliencke/Nordbahn ¹	9 879	10 270	391	4,0
Gransee, Stadt	6 391	6 261	- 130	-2,0
Großwoltersdorf	932	937	5	0,5
Hennigsdorf, Stadt ¹	26 007	25 891	- 116	-0,4
Hohen Neuendorf, Stadt ¹ ..	23 337	23 549	212	0,9
Kremmen, Stadt ¹	7 342	7 303	- 39	-0,5
Leegebruch ¹	6 695	6 680	- 15	-0,2

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Liebenwalde, Stadt	4 548	4 497	- 51	-1,1
Löwenberger Land	8 305	8 230	- 75	-0,9
Mühlenbecker Land ¹	13 213	13 608	395	3,0
Oberkrämer ¹	10 812	10 787	- 25	-0,2
Oranienburg, Stadt ¹	41 267	41 488	221	0,5
Schönermark	481	459	- 22	-4,6
Sonnenberg	904	911	7	0,8
Stechlin	1 296	1 271	- 25	-1,9
Velten, Stadt ¹	11 419	11 502	83	0,7
Zehdenick, Stadt	14 478	14 292	- 186	-1,3
Oberspreewald-Lausitz	129 581	127 278	- 2 303	-1,8
Altdöbern	2 923	2 854	- 69	-2,4
Bronkow	680	658	- 22	-3,2
Calau, Stadt	9 072	8 939	- 133	-1,5
Fraundorf	804	783	- 21	-2,6
Großmehlen	1 267	1 255	- 12	-0,9
Großräschen, Stadt	11 148	10 873	- 275	-2,5
Grünewald	625	608	- 17	-2,7
Guteborn	601	598	- 3	-0,5
Hermisdorf	908	893	- 15	-1,7
Hohenbocka	1 161	1 146	- 15	-1,3
Kroppen	753	759	6	0,8
Lauchhammer, Stadt	18 396	18 021	- 375	-2,0
Lindenau	757	757	0	0,0
Lübbenau/Spreewald, Stadt	17 560	17 290	- 270	-1,5
Luckaitztal	958	936	- 22	-2,3
Neupetershain	817	801	- 16	-2,0
Neu-Seeland	1 553	1 515	- 38	-2,4
Ortrand, Stadt	2 430	2 370	- 60	-2,5
Ruhland, Stadt	4 043	3 982	- 61	-1,5
Schipkau	7 535	7 466	- 69	-0,9
Schwarzbach	768	759	- 9	-1,2
Schwarzheide, Stadt	6 510	6 451	- 59	-0,9
Senftenberg, Stadt	28 071	27 515	- 556	-2,0
Tettau	857	841	- 16	-1,9
Vetschau/Spreewald, Stadt	9 384	9 208	- 176	-1,9
Oder-Spree	189 185	188 035	- 1 150	-0,6
Bad Saarow	4 758	4 842	84	1,8
Beeskow, Stadt	8 365	8 314	- 51	-0,6
Berkenbrück	1 002	1 014	12	1,2
Briesen (Mark)	2 303	2 301	- 2	-0,1
Brieskow-Finkenheerd	2 570	2 539	- 31	-1,2
Diensdorf-Radlow	548	555	7	1,3
Eisenhüttenstadt, Stadt	33 914	33 091	- 823	-2,4
Erkner, Stadt ¹	11 697	11 656	- 41	-0,4
Friedland, Stadt	3 350	3 270	- 80	-2,4
Fürstenwalde/Spree, Stadt ¹	33 121	33 104	- 17	-0,1
Gosen-Neu Zittau ¹	2 764	2 797	33	1,2
Groß Lindow	1 857	1 844	- 13	-0,7
Grünheide (Mark) ¹	7 822	7 770	- 52	-0,7
Grunow-Dammendorf	587	588	1	0,2
Jacobsdorf	1 953	1 924	- 29	-1,5
Langewahl	856	846	- 10	-1,2
Lawitz	670	662	- 8	-1,2
Madlitz-Wilmersdorf	752	737	- 15	-2,0
Mixdorf	1 009	993	- 16	-1,6
Müllrose, Stadt	4 503	4 530	27	0,6
Neißemünde	1 868	1 840	- 28	-1,5
Neuzelle	4 592	4 582	- 10	-0,2

Noch

Tab. 6 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2007

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Ragow-Merz.....	510	502	-8	-1,6
Rauen ¹	1 929	1 913	-16	-0,8
Reichenwalde.....	1 095	1 106	11	1,0
Rietz-Neuendorf.....	4 409	4 364	-45	-1,0
Schlaubetal.....	1 988	1 977	-11	-0,6
Schöneiche bei Berlin ¹	12 047	12 112	65	0,5
Siehdichum.....	1 765	1 744	-21	-1,2
Spreehagen ¹	3 534	3 526	-8	-0,2
Steinhöfel.....	4 664	4 626	-38	-0,8
Storkow (Mark), Stadt.....	9 427	9 320	-107	-1,1
Tauche.....	3 985	3 957	-28	-0,7
Vogelsang.....	805	799	-6	-0,7
Wendisch Rietz.....	1 428	1 421	-7	-0,5
Wiesenu.....	1 411	1 416	5	0,4
Woltersdorf ¹	7 642	7 781	139	1,8
Ziltendorf.....	1 685	1 672	-13	-0,8
Ostprignitz-Ruppin.....	106 830	105 812	-1 018	-1,0
Breddin.....	1 042	1 018	-24	-2,3
Dabergotz.....	616	614	-2	-0,3
Dreetz.....	1 240	1 226	-14	-1,1
Fehrbellin.....	9 152	9 028	-124	-1,4
Heiligengrabe.....	5 046	4 968	-78	-1,5
Herzberg (Mark).....	667	671	4	0,6
Kyritz, Stadt.....	10 018	9 901	-117	-1,2
Lindow (Mark), Stadt.....	3 243	3 194	-49	-1,5
Märkisch Linden.....	1 235	1 237	2	0,2
Neuruppin, Stadt.....	31 939	31 821	-118	-0,4
Neustadt (Dosse), Stadt.....	3 718	3 691	-27	-0,7
Rheinsberg, Stadt.....	8 889	8 814	-75	-0,8
Rüthnick.....	491	486	-5	-1,0
Sieversdorf-Hohenofen.....	843	856	13	1,5
Storbeck-Frankendorf.....	541	536	-5	-0,9
Stüdenitz-Schönermark.....	680	655	-25	-3,7
Temnitzquell.....	831	821	-10	-1,2
Temnitztal.....	1 655	1 657	2	0,1
Vielitzsee.....	540	545	5	0,9
Walsleben.....	828	817	-11	-1,3
Wittstock/Dosse, Stadt.....	16 108	15 892	-216	-1,3
Wusterhausen/Dosse.....	6 532	6 411	-121	-1,9
Zernitz-Lohm.....	976	953	-23	-2,4
Potsdam-Mittelmark.....	204 007	204 510	503	0,2
Beelitz, Stadt ¹	12 265	12 148	-117	-1,0
Beetzsee.....	2 769	2 794	25	0,9
Beetzseeheide.....	721	703	-18	-2,5
Belzig, Stadt.....	11 675	11 450	-225	-1,9
Bensdorf.....	1 352	1 333	-19	-1,4
Borkheide.....	1 865	1 875	10	0,5
Borkwalde.....	1 544	1 548	4	0,3
Brück, Stadt.....	3 769	3 713	-56	-1,5
Buckautal.....	512	516	4	0,8
Golzow.....	1 390	1 369	-21	-1,5
Görzke.....	1 460	1 421	-39	-2,7
Gräben.....	623	602	-21	-3,4
Groß Kreutz (Havel) ¹	8 435	8 387	-48	-0,6
Havelsee, Stadt.....	3 273	3 244	-29	-0,9
Kleinmachnow ¹	18 778	19 193	415	2,2
Kloster Lehnin.....	11 566	11 398	-168	-1,5
Linthe.....	960	961	1	0,1
Michendorf ¹	11 350	11 530	180	1,6
Mühlenfließ.....	980	962	-18	-1,8
Niemegk, Stadt.....	2 207	2 208	1	0,0
Nuthetal ¹	8 868	8 904	36	0,4
Päwesin.....	569	575	6	1,1
Planebruch.....	1 146	1 136	-10	-0,9
Planetal.....	1 059	1 045	-14	-1,3
Rabenstein/Fläming.....	902	913	11	1,2
Rosenau.....	985	998	13	1,3
Roskow.....	1 298	1 274	-24	-1,8
Schwielowsee ¹	9 840	9 912	72	0,7
Seddiner See ¹	4 275	4 251	-24	-0,6
Stahnsdorf ¹	13 488	13 817	329	2,4
Teltow, Stadt ¹	20 315	20 658	343	1,7
Treuenbrietzen, Stadt.....	8 207	8 108	-99	-1,2
Wenzlow.....	591	591	0	0,0
Werder (Havel), Stadt ¹	23 015	23 145	130	0,6
Wiesenburg/Mark.....	5 086	5 050	-36	-0,7
Wollin.....	934	922	-12	-1,3
Wusterwitz.....	3 172	3 140	-32	-1,0
Ziesar, Stadt.....	2 763	2 716	-47	-1,7
Prignitz.....	87 221	85 705	-1 516	-1,7
Bad Wilsnack, Stadt.....	2 803	2 740	-63	-2,2
Berge.....	871	856	-15	-1,7
Breese.....	1 624	1 622	-2	-0,1
Cumlosen.....	886	866	-20	-2,3
Gerdshagen.....	589	584	-5	-0,8
Groß Pankow (Prignitz).....	4 471	4 345	-126	-2,8
Gülitz-Reetz.....	539	523	-16	-3,0
Gumtow.....	3 920	3 890	-30	-0,8
Halenbeck-Rohlsdorf.....	661	659	-2	-0,3
Karstädt.....	6 872	6 750	-122	-1,8
Kümmernitztal.....	398	394	-4	-1,0
Lanz.....	864	855	-9	-1,0
Legde/Quitze.....	706	697	-9	-1,3
Lenzen (Elbe), Stadt.....	2 554	2 519	-35	-1,4
Lenzerwische.....	534	523	-11	-2,1
Marienfließ.....	853	815	-38	-4,5
Meyenburg, Stadt.....	2 497	2 475	-22	-0,9
Perleberg, Stadt.....	13 029	12 689	-340	-2,6
Pirow.....	519	496	-23	-4,4
Plattenburg.....	3 954	3 867	-87	-2,2
Pritzwalk, Stadt.....	13 252	13 072	-180	-1,4
Putlitz, Stadt.....	3 009	2 973	-36	-1,2
Rühstädt.....	564	553	-11	-2,0
Triglitz.....	578	561	-17	-2,9
Weisen.....	1 108	1 084	-24	-2,2
Wittenberge, Stadt.....	19 566	19 297	-269	-1,4
Spree-Neiße.....	135 017	132 798	-2 219	-1,6
Briesen.....	824	821	-3	-0,4
Burg (Spreewald).....	4 582	4 536	-46	-1,0
Dissen-Striesow.....	1 073	1 052	-21	-2,0
Döbern, Stadt.....	3 851	3 786	-65	-1,7
Drachhausen.....	856	848	-8	-0,9
Drebkau, Stadt.....	6 241	6 223	-18	-0,3
Drehnow.....	616	606	-10	-1,6
Felixsee.....	2 336	2 301	-35	-1,5
Forst (Lausitz), Stadt.....	22 112	21 674	-438	-2,0
Groß Schacksdorf- Simmersdorf.....	1 278	1 331	53	4,1
Guben, Stadt.....	20 885	20 415	-470	-2,3
Guhrow.....	585	583	-2	-0,3
Heinersbrück.....	683	668	-15	-2,2
Hornow-Wadelsdorf.....	645	637	-8	-1,2

Noch

Tab. 6 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Landes Brandenburg 2007

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Jämlitz-Klein Döben	501	502	1	0,2
Jänschwalde	1 963	1 884	- 79	-4,0
Kolkwitz	9 965	9 885	- 80	-0,8
Neiße-Malxetal	1 856	1 836	- 20	-1,1
Neuhausen/Spree	5 599	5 491	- 108	-1,9
Peitz, Stadt	4 971	4 866	- 105	-2,1
Schenkendöbern	4 198	4 142	- 56	-1,3
Schmogrow-Fehrow	959	921	- 38	-4,0
Spremburg, Stadt	25 952	25 484	- 468	-1,8
Tauer	804	792	- 12	-1,5
Teichland	1 242	1 233	- 9	-0,7
Tschernitz	1 577	1 535	- 42	-2,7
Turnow-Preilack	1 269	1 235	- 34	-2,7
Welzow, Stadt	4 116	4 059	- 57	-1,4
Werben	1 842	1 843	1	0,1
Wiesengrund	1 636	1 609	- 27	-1,7
Teltow-Fläming	162 383	162 320	- 63	-0,0
Am Mellensee	6 648	6 661	13	0,2
Baruth/Mark, Stadt	4 388	4 360	- 28	-0,6
Blankenfelde-Mahlow ¹	24 907	25 290	383	1,5
Dahme/Mark, Stadt	5 678	5 583	- 95	-1,7
Dahmetal	528	519	- 9	-1,7
Großbeeren ¹	7 146	7 213	67	0,9
Ihlow	802	811	9	1,1
Jüterbog, Stadt	13 075	12 942	- 133	-1,0
Luckenwalde, Stadt	21 176	20 902	- 274	-1,3
Ludwigsfelde, Stadt ¹	24 371	24 177	- 194	-0,8
Niederer Fläming	6 730	6 655	- 75	-1,1
Niedergörsdorf	3 507	3 439	- 68	-1,9
Nuthe-Urstromtal	7 096	7 034	- 62	-0,9
Rangsdorf ¹	9 745	10 002	257	2,6
Trebbin, Stadt ¹	9 265	9 291	26	0,3
Zossen, Stadt ¹	17 321	17 441	120	0,7
Uckermark	137 209	134 958	- 2 251	-1,6
Angermünde, Stadt	15 036	14 801	- 235	-1,6
Berkholz-Meyenburg	1 245	1 266	21	1,7
Boitzenburger Land	4 032	3 939	- 93	-2,3
Brüssow, Stadt	2 262	2 230	- 32	-1,4
Carmzow-Wallmow	713	702	- 11	-1,5
Casekow	2 260	2 225	- 35	-1,5
Flieth-Stegelitz	697	685	- 12	-1,7
Gartz (Oder), Stadt	2 521	2 505	- 16	-0,6
Gerswalde	1 763	1 723	- 40	-2,3
Göritz	836	844	8	1,0
Gramzow	2 048	2 081	33	1,6
Grünow	982	977	- 5	-0,5
Hohenselchow-Groß Pinnow	882	870	- 12	-1,4
Lychen, Stadt	3 805	3 729	- 76	-2,0
Mark Landin	1 147	1 143	- 4	-0,3
Mescherin	778	783	5	0,6
Milmersdorf	1 791	1 766	- 25	-1,4
Mittenwalde	462	430	- 32	-6,9
Nordwestuckermark	5 063	5 035	- 28	-0,6
Oberuckersee	1 905	1 868	- 37	-1,9
Passow	946	944	- 2	-0,2
Pinnow	20 735	20 461	- 274	-1,3
Prenzlau, Stadt	1 082	1 062	- 20	-1,8
Randowtal	636	639	3	0,5
Schenkenberg	878	860	- 18	-2,1
Schöneberg	705	674	- 31	-4,4

Landkreis — Gemeinde	Bevölkerung am		Veränderung	
	Jahres- anfang	Jahres- ende	absolut	%
Schönfeld	36 677	35 881	- 796	-2,2
Schwedt/Oder, Stadt	744	742	- 2	-0,3
Tantow	707	690	- 17	-2,4
Temmen-Ringenwalde	17 127	16 844	- 283	-1,7
Templin, Stadt	1 087	1 061	- 26	-2,4
Uckerfelde	3 341	3 254	- 87	-2,6
Uckerland	1 672	1 619	- 53	-3,2
Zichow	644	625	- 19	-3,0
Land Brandenburg	2 547 772	2 535 737	- 12 035	-0,5

Nachrichtlich:

Engerer Verflechtungsraum	1 013 492	1 021 810	8 318	0,8
Äußerer Entwicklungsraum	1 534 280	1 513 927	- 20 353	-1,3

1 Zum brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraumes gehörend: die zum engeren Verflechtungsraum Berlin/Brandenburg gehörenden Verwaltungsbezirke (Ämter, amtsfreie Gemeinden und die kreisfreie Stadt Potsdam) wurden zuletzt in der Bekanntmachung der Neufassung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm – LEPro – GVBl I/04, Nr.1, S.11) festgelegt. Bei seither eingetretenen Gebietsveränderungen wurde die Zuordnung für rein statistische Zwecke eigenständig durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vorgenommen.

Cornelia Tuchscherer

Bedeutung des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011

– Arbeiten zum Aufbau auf der Grundlage des Zensusvorbereitungsgesetzes begonnen –



Gesetzliche Grundlagen

Im Juli 2008 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen erlassen [1], nach der jeder Mitgliedsstaat für die von der Kommission festgelegten Bezugsjahre zur Lieferung vorgegebener

Ziele eines Zensus sind die Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Bereitstellung von Strukturdaten der Bevölkerung, der Haushalte, der Wohnungen und der Gebäude. Wie bei bisherigen Volkszählungen muss für jede als wohnhaft festgestellte Person ein Datensatz erzeugt werden, der die Person einem Haushalt, einer Wohnung und einem Gebäude zuordnet und der kombinierte Auswertungen aus allen Zählungsteilen auch kleinräumig ermöglicht.

Da der EU-weit angeordnete Zensus in Deutschland erstmalig auf der Basis von vorhandenen Registern und Datenbeständen durchgeführt werden soll, sind weitreichende organisatorische Vorarbeiten erforderlich. Zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus muss insbesondere ein Register aller Anschriften und Gebäude mit Wohnraum aufgebaut werden, um eine Basis für die Organisation aller Erhebungsteile zu schaffen. Im vorliegenden Beitrag werden die im Vorfeld des Zensus erforderlichen Arbeitsprozesse dargestellt. Um die Bedeutung des Anschriften- und Gebäuderegisters (AGR) für den Zensus zu verdeutlichen, wird das Konzept des Zensus erläutert.

Daten verpflichtet ist. Das erste Bezugsjahr ist 2011. Jedem Mitgliedstaat ist es freigestellt, ob er für die Datenermittlung eine herkömmliche Zählung, eine registergestützte Zählung oder eine Kombination beider Methoden – auch ergänzt um Stichprobenerhebungen – durchführt. In Deutschland ist entschieden worden, den Zensus 2011 registergestützt in Kombination mit einer Stichprobenerhebung durchzuführen.¹ Damit unterscheidet sich der Zensus 2011 in Deutschland methodisch grundlegend von allen bisher durchgeführten Volkszählungen. Die gesetzliche Grundlage hierfür wurde vom Bundestag am 24. April 2009 mit der Verabschiedung des Zensusgesetzes 2011 geschaffen; der Bundesrat hat am 15. Mai ebenfalls seine Zustimmung erteilt, die Verkündung im Bundesgesetzblatt stand bei Redaktionsschluss allerdings noch aus [3].

Im Dezember 2007 hat der Deutsche Bundestag bereits das Zensusvorbereitungsgesetz (Zens-VorbG 2011) [4] verabschiedet. Damit wurde die rechtliche Grundlage für die konkreten Vorbereitungsarbeiten des Zensus 2011 geschaffen.

Zensus in Deutschland erstmalig unter Nutzung von Verwaltungsregistern

Das Konzept des Zensus 2011 ist sehr komplex (Abbildung 1). Neben der Nutzung mehrerer Verwaltungsregister, insbesondere der Mel-

deregister, finden ergänzende primärstatistische Erhebungen statt. Außerdem unterscheiden sich die Erhebungsverfahren in Gemeinden über und unter 10 000 Einwohnern.

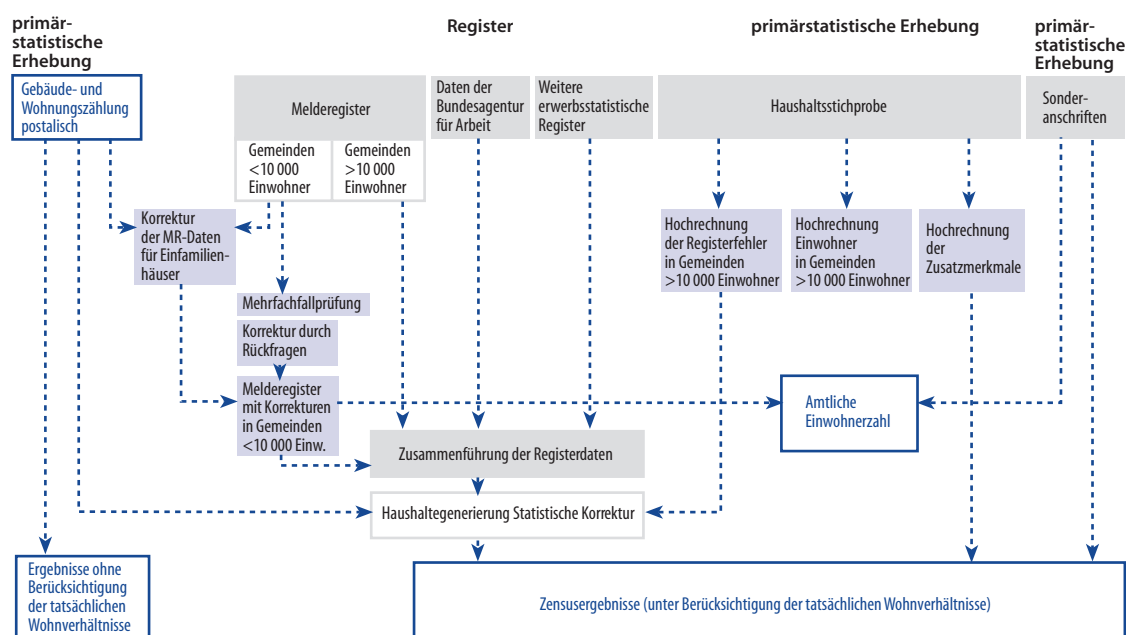
Gebäude- und Wohnungsangaben werden im Rahmen einer Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) ermittelt, weil es in Deutschland keine flächendeckend vorhandenen Register hierzu gibt. Die Erhebung erfolgt postalisch bei den Gebäudeeigentümern beziehungsweise -verwaltern, die neben Auskünften zu Gebäuden auch Angaben zu Wohnungen machen müssen. Die Erhebung von Wohnungsangaben beim Gebäudeeigentümer ist bisher nur bei der GWZ 1995 im Beitrittsgebiet erfolgt. Bei allen früheren Zählungen wurden die Wohnungsangaben beim Wohnungsnutzer – Eigentümer oder Mieter – im Rahmen der Befragung vor Ort erhoben. Neben den Gebäude- und Wohnungsdaten werden vom Gebäudeeigentümer erstmalig auch für jede Wohnung die Zahl der darin lebenden Personen und die Namen von bis zu zwei Wohnungsnutzern erfragt. Dies ist erforderlich, um die an der Anschrift gemeldeten und vorhandenen Personen den richtigen Wohnungen zuordnen zu können.

Personenangaben werden grundsätzlich aus Registern und Dateien ermittelt. Die demografischen Daten werden den Melderegistern entnommen. Die erwerbsstatistischen Daten für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, für Arbeitslose und für Personen in Weiterbildung werden aus den Dateien der Bundesagentur für Arbeit, die für Beamte, Richter, Soldaten und Wehrpflichtige aus weiteren Verwaltungsregistern generiert.

Haushaltsdaten werden im Rahmen einer sogenannten Haushaltegenerierung ermittelt. Bei diesem Verfahren werden die in den Melderegisterangaben enthaltenen Hinweise für das Zusammenleben von Personen in Haushalten genutzt, wie zum Beispiel sogenannte Verzeigerungen zwischen Ehegatten oder Eltern mit ihren Kindern, die Angabe „wohnhaft bei ...“, Namensübereinstimmungen bei Familien-, Geburts- und früheren Familiennamen oder Übereinstimmungen bei der früheren Wohnadresse. Die Zuordnung der so gebildeten Haushalte zu Wohnungen erfolgt über die Angabe der Wohnungsnutzer in der GWZ. Damit ist die bisher übliche Definition eines

¹ Eine zusammenfassende Darstellung der Historie dieser Entscheidung findet sich unter anderem in [2].

Abb. 1 Gesamtkonzept des Zensus 2011



Haushalts – nämlich das gemeinsame Wohnen und Wirtschaften – abgelöst durch die ausschließliche Feststellung des gemeinsamen Wohnens. Ermittelt werden also nur noch sogenannte Wohnhaushalte.

Nach Zusammenführung aller Angaben aus Verwaltungsregistern und aus der GWZ ergibt sich für jede Person der zensustypische Datensatz, das heißt, jede Person ist einem Haushalt, einer Wohnung und einem Gebäude zugeordnet.

Statistische Korrektur der Melderegisterdaten erforderlich²

Um festzustellen, ob die Qualität der Register für Zwecke eines Zensus ausreicht und um die vorgesehenen Verfahren zu ihrer Korrektur, zu ihrer Zusammenführung und zur Generierung von Haushalten zu überprüfen, wurde 2001 ein umfangreicher Test auf der Basis des Zensusvorbereitungsgesetzes [4] vorgenommen. Dieser Zensustest ergab, dass die vorgesehenen Verfahren durchführbar sind, dass aber die Qualität der Melderegister für Zwecke eines Zensus nicht ausreicht [2]. Über- und Untererfassungen der Melderegister konnten auch durch statistische Verfahren – wie die Korrektur umzugsbedingter Fehler und die Überprüfung und Korrektur von mehrfach in alleiniger oder Hauptwohnung gemeldeten Personen – nicht soweit bereinigt werden, dass ein dem Anspruch früherer Zählungen entsprechendes Ergebnis erzielt wurde. Bei der Zählung 1987 betrugen Über- und Untererfassungen je 0,6 Prozent. Beim Zensustest lag die „Karteileichenrate“ der Melderegister nach statistischer Korrektur im Bundesdurchschnitt bei 2,3 Prozent, die „Fehlbestandsrate“ bei 1,7 Prozent. Dabei war mit zunehmender Gemeindegröße ein erheblicher Anstieg

der Fehlerraten festzustellen. Während im Land Brandenburg die Karteileichenrate mit 1,9 Prozent und die Fehlbestandsrate mit 1,0 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt lagen, wies das Berliner Melderegister eine Übererfassung von 5,8 Prozent und eine Untererfassung von 1,9 Prozent aus [2].

Um bei einem registergestützten Zensus valide amtliche Einwohnerzahlen auch für große Gemeinden ermitteln zu können, ist es daher erforderlich, in Gemeinden über 10 000 Einwohner zur Feststellung der Karteileichen und Fehlbestände eine Stichprobenerhebung durchzuführen, anhand derer die Karteileichen- und Fehlbestandsrate auf Gemeindeebene ermittelt und mithilfe derer eine Korrektur des Gesamtbestands vorgenommen werden kann. Diese zur Feststellung der Über- und Untererfassungen der Melderegister erforderliche Stichprobe kann zusätzlich dazu genutzt werden, auch die Merkmale zu erheben, die von der EU gefordert sind, die aber nicht aus Registern generiert werden können, wie zum Beispiel Angaben zum Bildungsstand. Damit werden mit der Stichprobe zwei Ziele verfolgt: Ziel 1 ist die Ermittlung der Über- und Untererfassung, Ziel 2 die Feststellung von Zusatzmerkmalen.

Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl in Gemeinden über 10 000 Einwohner auf der Basis einer Stichprobe

In Gemeinden über 10 000 Einwohner werden die Personendaten nicht 1:1 aus dem Melderegister übernommen, sondern die Ergebnisse der Haushaltsstichprobe werden zur statistischen Korrektur der Registerdaten genutzt. Aus der Haushaltsstichprobe werden die Registerfehler hochgerechnet und im Rahmen der statistischen Korrektur auf den Gesamtbestand übernommen, das heißt, es werden im Gesamtmaterial Personen nach festgelegten Kriterien gelöscht beziehungsweise hinzugefügt. Für die räumlichen

² Unter der „statistischen Korrektur“ der Melderegister ist ausschließlich die Bereinigung des im Rahmen

des Zensus genutzten Datenmaterials zu verstehen.

Einheiten, für die die Stichprobe gezogen wird, stehen außerdem Zusatzmerkmale für Personen zur Verfügung. Die Hochrechnung der Zusatzmerkmale geht direkt in die Zensusergebnisse ein.

Die amtliche Einwohnerzahl ergibt sich damit für die Personen an „normalen“ Anschriften (ausgenommen sind sogenannte Sonderanschriften wie zum Beispiel Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte) aus der Zahl der melderechtlich registrierten Personen am Ort der Hauptwohnung abzüglich der aus der Haushaltsstichprobe hochgerechneten Karteileichen zuzüglich der hochgerechneten Fehlbestände. Im Rahmen der statistischen Bereinigung der Melderegisterdaten werden auch die Strukturen der Karteileichen und Fehlbestände aus der hochgerechneten Stichprobe berücksichtigt.

Korrekturen in Gemeinden unter 10 000 Einwohner durch direkte Befragung von Personen mit unplausiblen Angaben

Auch in Gemeinden unter 10 000 Einwohner findet eine Haushaltsstichprobe statt, jedoch ausschließlich zur Feststellung der Zusatzmerkmale. Die Stichprobe wird auf Kreisebene gezogen, so dass Ergebnisse der Zusatzmerkmale für die „kleinen“ Gemeinden nur als Aggregate auf Kreisebene zur Verfügung stehen werden.

Korrekturen der Melderegisterdaten sind aber auch für diese Gemeinden vorgesehen: Zum einen werden hier alle Personen direkt befragt, die in Deutschland mehrfach in alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung gemeldet sind, und festgestellt, ob sie in der Gemeinde in Haupt- oder in Nebenwohnung gemeldet sein müssten. Natürlich gibt es auch diese sogenannten Mehrfachfälle in großen Gemeinden. Dort erfolgt die Korrektur aber im Rahmen der Stichprobe mit anschließender Registerkorrektur. Außerdem hat der Zensustest gezeigt, dass insbesondere in Einfamilienhäusern die Zahl der gemeldeten Personen häufig nicht mehr mit der vom Gebäudeeigentümer angegebenen Personenzahl übereinstimmt. In diesen Fällen wird eine Befragung der Personen durchgeführt. Beide Aktionen führen gegebenenfalls zu Korrekturen der Melderegisterangaben.

Für Gemeinden unter 10 000 Einwohner ergibt sich damit die amtliche Einwohnerzahl aus dem durch die Mehrfachfallprüfung und die Überprüfung der Gebäude mit nur einer Wohnung korrigierten Melderegister.

Abweichendes Verfahren zur Erhebung von Sonderanschriften

An sogenannten Sonderanschriften, zu denen insbesondere Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte und Wohnheime zählen, sind die vorgesehenen Verfahren aus rechtlichen, verfahrenstechnischen oder methodischen Gründen nicht durchführbar.

Aus der Stichprobenziehung sind Anschriften auszuschließen:

- unter denen sich sogenannte sensible Bereiche (zum Beispiel Justizvollzugsanstalten, psychiatrische Einrichtungen, Behindertenheime) befinden, für deren Bewohner nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 die Gefahr einer sozialen Abstempelung besteht [6];

- wenn davon auszugehen ist, dass sich bei der Ermittlung der Karteileichen- und Fehlbestandsraten der Stichprobenfehler so erheblich erhöht, dass die Hochrechnung und statistische Korrektur nicht mehr angemessen durchgeführt werden können, was beispielsweise für Studentenwohnheime gilt in denen – wie der Zensustest gezeigt hat – eine hohe Fluktuation zu extremen Fehlerraten führt;
- unter denen Personen gemeldet sind, die dort faktisch nicht wohnen (zum Beispiel Seeleute);
- unter denen ausschließlich Angehörige ausländischer Streitkräfte und Diplomaten leben, die zudem nicht der Meldepflicht unterliegen.

In der GWZ sind Anschriften nicht zu erfassen:

- unter denen sich Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte befinden, in denen alle Personen gemeinschaftlich untergebracht sind, da es hier definitivgemäß keine Wohnungen und keine Gebäude mit Wohnraum gibt – sofern nur ein Teil der Personen gemeinschaftlich untergebracht sind, sind nur für Personen mit eigener Haushaltsführung Gebäude- und Wohnungsangaben zu erheben;
- die sich im Eigentum von ausländischen Missionen befinden.

Die Feststellung der Einwohnerzahl an diesen Anschriften allein durch Nutzung der Melderegisterdaten führt nicht zu richtigen Ergebnissen, da aufgrund hoher Fluktuation zum Beispiel bei Studentenwohnheimen oder aufgrund gesetzlich festgelegter Ausnahmen von der Meldepflicht in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften viele Personen nicht oder nicht mit dem richtigen Wohnstatus an der Sonderanschrift gemeldet sind. Der jetzige Entwurf des Zensusgesetzes sieht deshalb vor, alle Personen an Sonderanschriften primärstatistisch zu erheben. Dabei sollen die Personenangaben im Falle sensibler Bereiche beim Einrichtungsleiter ermittelt werden, im Falle der nicht sensiblen Bereiche durch Befragung jeder einzelnen Person. Zu klären ist noch, ob in bestimmten Einrichtungen – zum Beispiel in Studentenwohnheimen – auch Zusatzmerkmale erhoben werden müssen, um Erwerbs- und Bildungsstrukturen der Gesamtbevölkerung richtig abzubilden.

Zusammenführungen der Register und primärstatistische Erhebungen erfordern ein einheitliches Erfassungssystem auf Anschriftenbasis

Die Ergebnisse des Zensus müssen höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Dieses Ziel kann nur bei einer vollzähligen Erfassung aller Erhebungseinheiten – der Gebäude, Wohnungen, Haushalte und Personen – erreicht werden. Zentrales Instrument für alle Registerauszählungen und primärstatistischen Erhebungen ist das Anschriften- und Gebäuderegister (AGR). In diesem müssen in einem ersten Schritt alle Anschriften gespeichert werden, unter denen sich Gebäude mit Wohnraum oder bewohnte Unterkünfte befinden. Das AGR dient als Grundlage für die Gebäude- und Wohnungszählung, für die Stichprobenziehung und -erhebung, für die Erhebung an Sonderanschriften und als Basis für die Zusammenführung der Daten aus allen genutzten Registern. Im Rahmen der Erhebungen stellt das AGR das Ins-

trument zur Kontrolle der Vollzähligkeit dar, bei der Auswertung dient es als Grundlage für die Bereitstellung kleinräumiger Ergebnisse.

Aufbau und Pflege des AGR sind – wie im Folgenden dargestellt wird – äußerst aufwändig und stellen eine Daueraufgabe für mehrere Jahre dar, die sich sogar noch über den Zensusstichtag hinaus erstrecken wird, weil auch im Zuge der Erhebungen noch Aktualisierungen erforderlich werden können, zum Beispiel aufgrund von Neubautätigkeit oder der Feststellungen der Erhebungsbeauftragten. Spätestens bis Juli 2010 muss eine möglichst umfassende und inhaltlich richtige Datengrundlage geschaffen sein, da die Stichprobenziehung nach jetziger Zeitplanung dann im Spätsommer erfolgen muss.

Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters erfordert die Nutzung mehrerer Datenquellen

Zur Feststellung potenzieller Anschriften mit Wohnraum werden gemäß Zensusvorbereitungsgesetz mehrere Datenquellen genutzt. Die Nutzung unterschiedlicher Dateien ist erforderlich, um eine wechselseitige Prüfung der in ihnen enthaltenen Anschriften der Erhebungseinheiten zu ermöglichen und über die Zusammenfassung der Dateien flächendeckend die Vollzähligkeit des Anschriften- und Gebäuderegisters zu erreichen. Darüber hinaus ist sie notwendig, um zusätzliche in den jeweiligen Dateien enthaltene spezifische Informationen nutzen zu können.

1. Die Meldebehörden stellen den Statistischen Landesämtern Datensätze für alle gemeldeten Einwohner je Anschrift zur Verfügung (§5 ZensVorbG 2011) [4]. Auf Bundesebene sind ca. 88 Millionen Datensätze zu verarbeiten. Die erste Datenlieferung erfolgte zum Stand 1. April 2008. Fristgerecht wurden im Laufe des Aprils die Melderegisterauszüge für Berlin durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten sowie für alle 420 Gemeinden von Brandenburg von den die Melderegister führenden Stellen bereitgestellt. Eine weitere Lieferung ist zum 1. April 2010 vorgesehen. Für alle im Melderegister enthaltenen Anschriften werden folgende für die Stichprobenziehung erforderlichen Strukturmerkmale ermittelt und im AGR gespeichert: Personenzahl Hauptwohnung, Personenzahl Nebenwohnung, Zahl der Deutschen, Zahl der Ausländer, Zahl verschiedener Familiennamen und Fluktuationsrate (Anteil der Zu- und Wegzüge an den Personen insgesamt).

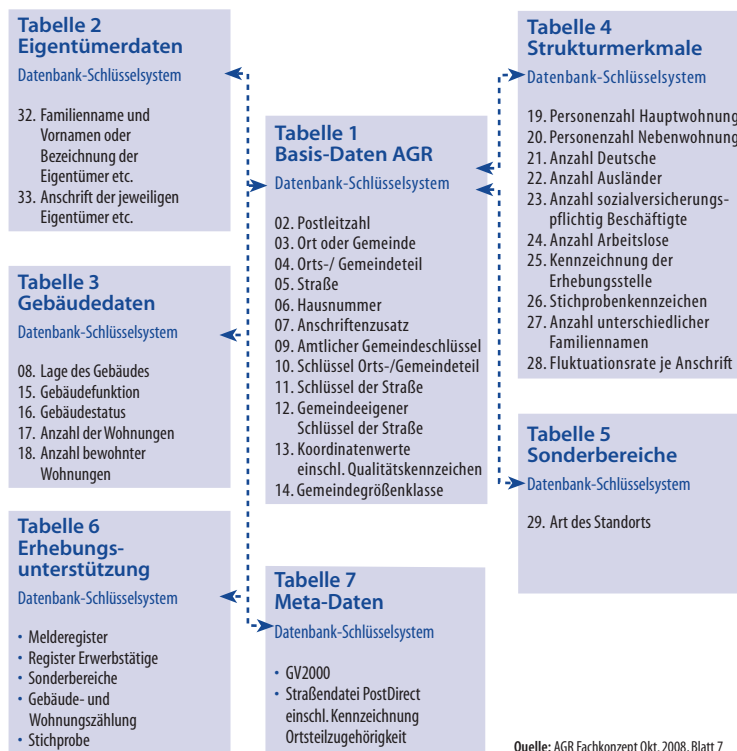
Aus dieser Quelle werden Angaben für weitere Zwecke genutzt:

- Stichprobenorganisationsdatei
Da mit der Stichprobe zwei Ziele verfolgt werden – die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl und die Ermittlung der Struktur der Einwohner einerseits sowie die Erhebung von Zusatzmerkmalen andererseits –, ist ein sehr komplexes Stichprobendesign zur Optimierung der Stichprobenauswahl erforderlich. Das Stichprobenkonzept wird zurzeit im Rahmen eines Forschungsprojekts erarbeitet. In einer getrennt vorzuhaltenden Stichprobenorganisationsdatei werden aus dem

Melderegister Einzeldatensätze ohne Namen gespeichert, die im Forschungsprojekt der Festlegung des Stichprobendesigns dienen sollen.

- Aufbau eines Ortsverzeichnisses (§3 ZensVorbG 2011) [4];
In einem getrennt vorzuhaltenden Ortsverzeichnis werden alle in den Melderegistern enthaltenen Geburtsorte und Geburtsstaaten gespeichert. Da in vielen Fällen der Geburtsstaat von den Meldebehörden nicht geliefert werden kann – dies gilt vor allem für deutsche Geburtsorte und allgemein bekannte ausländische Städte –, sind aus den Angaben zu Geburtsorten die Staaten zu generieren. Die Merkmale „Geburtsort“ und „Geburtsstaat“ werden benötigt, um die Lieferverpflichtungen gegenüber der EU erfüllen zu können. Da die EU Auswertungen des Geburtsorts nicht nur in den Staatsgrenzen zum Zeitpunkt der Geburt der Einwohner, sondern auch den heutigen Staatsgrenzen vornehmen will, ist für Geburtsorte mit veränderter Staatszugehörigkeit auch der heutige Staat zu ermitteln. Die Arbeiten zur Standardisierung der Geburtsorte und ihre Zuordnung zu unterschiedlichen Gebietsständen sowohl für die derzeitigen und ehemals deutschen Orte als auch für ausländische Geburtsorte sind äußerst aufwändig.
- 2. Die Bundesagentur für Arbeit hat dem Statistischen Bundesamt Datensätze der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosen je Wohnanschrift zum 15. April 2008 zur Verfügung gestellt (§6 ZensVorbG 2011) [4]. Auf Bundesebene sind ca. 35,6 Millionen Datensätze zu verarbeiten. Neben den Anschriften werden für Zwecke der Stichprobenziehung die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Zahl der Arbeitslosen im AGR gespeichert.
- 3. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie stellt dem Statistischen Bundesamt eine Datei aller Anschriften (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer) auf der Basis der Angaben der Landesvermessungsbehörden zur Verfügung (§4 ZensVorbG 2011) [4]. Diese Datei enthält neben Anschriften mit Wohnraum – also bewohnten oder leer stehenden Gebäuden und Unterkünften – auch Anschriften von Freiflächen, gewerblich genutzten Gebäuden etc., die für den Zensus irrelevant sind und im Zuge der Vorbereitung im AGR gelöscht werden müssen. Die Datei umfasst auf Bundesebene ca. 20,5 Millionen Datensätze, wurde erstmalig am 1. April 2008 mit den Daten vom 1. April 2007 zur Verfügung gestellt und wird mithilfe dreier Lieferungen jeweils zum 31. Juli 2008 bis 2010 fortlaufend aktualisiert.
- 4. Zur Standardisierung der Straßennamen, die in den einzelnen Quellen zum Teil unterschiedlich geschrieben sind, wird die Straßendatei der Post-Direkt von der Deutschen Post AG genutzt, die alle Anschriften und ein Gemeindeteil-/Stadtteil-Verzeichnis enthält. Für Berlin wird stattdessen die Straßendatei des Regionalen Bezugssystems (RBS) verwandt, da diese von allen Berliner Verwaltungen, also auch von der Meldebehörde und dem Landesvermessungsamt, genutzt wird und damit eine weitgehende Übereinstimmung der Straßennamen gegeben ist.

Abb.2 Anschriften- und Gebäuderegister



Erweiterung des Anschriften- und Gebäuderegisters um eine Vielzahl von Daten für Zwecke der Registerdatennutzung und der primärstatistischen Erhebungen erforderlich

Für die Bearbeitung der verschiedenen Bausteine des Zensus werden weitere Daten benötigt (Abbildung 2).

Für die Erhebungsorganisation der Gebäude- und Wohnungszählung ist die Feststellung und Speicherung der Eigentümerdaten, das heißt der Namen und Anschriften der Gebäudeeigentümer, -verwalter oder Nutzungsberechtigten erforderlich. Die für die Eigentümerdatei benötigten Angaben können von den Statistischen Landesämtern bei der für die Grundsteuer, für die Führung der Grundbücher, für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständigen Stellen sowie bei Ver- und Entsorgungsunternehmen erhoben werden (§10 ZensVorbG 2011) [4]. Die ausgewählten Quellen liefern die Daten erstmalig zum 1. April 2009. Die Erfahrungen in Berlin und Brandenburg bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1995 und beim Zensustest 2001 haben gezeigt, dass keine der genannten Quellen über ein für Zwecke des Zensus ideales Datenmaterial verfügt, sodass die Nutzung mehrerer Quellen unvermeidlich ist. Durch Gespräche mit den infrage kommenden Stellen sollte festgestellt werden, bei welchen Stellen die benötigten Daten in der besten Qualität vorliegen. In Berlin werden die Daten der Berliner Stadtreinigung, der Berliner Wasserbetriebe und des Liegenschaftskatasters genutzt, in Brandenburg werden vorrangig die Angaben der Grundsteuerstellen verwendet. Für Berlin sind die Daten von ca. 300 000, für Brandenburg von ca. 600 000 Gebäudeeigentümern zu erfassen.

Für die Erhebungsorganisation der postalisch durchzuführenden GWZ ist es außerdem erforderlich, Angaben über die Erhebungseinheiten – die Zahl der Gebäude mit Wohnraum unter jeder Anschrift, die Zahl der Wohnungen je Gebäude – und zum Beispiel über den gewünschten Berichtsweg zu erhalten. Diese Gebäudedaten können sechs Monate vor Stichtag im Rahmen einer Gebäudevorerhebung festgestellt werden, bei der gleichzeitig die Zuständigkeit der ermittelten Gebäudeeigentümer überprüft wird. Ob und für welche Regionen beziehungsweise Gebäudetypen eine Gebäudevorerhebung durchzuführen ist, muss von den einzelnen Statistischen Landesämtern entschieden werden. Für Berlin ist diese, nach den Erfahrungen früherer Erhebungen, unerlässlich, weil nur so festgestellt werden kann, ob unter einer Anschrift zum Beispiel ein Gebäude mit 50 Wohnungen oder 5 Gebäude mit 10 Wohnungen vorhanden ist/sind. Außerdem können bereits im Vorfeld der eigentlichen Erhebung bei

unzustellbar zurückkommenden Schreiben weitere Recherchen nach dem richtigen Eigentümer durchgeführt werden.

Wenn sich bei der Gebäudevorerhebung herausstellt, dass Hausverwalter von Gebäuden mit Wohnungseigentum nicht in der Lage sind, die notwendigen Angaben zu den Wohnungen zu machen, zum Beispiel zur Ausstattung oder zu den Namen von Mietern, sind zusätzlich Wohnungseigentümerdaten zu erfassen, um diese bei der eigentlichen Erhebung anschreiben zu können.

Für die Stichprobenziehung sind Strukturmerkmale für jede Anschrift zu speichern. Hierzu zählen unter anderem die Zahl der Personen in Hauptwohnung, die Zahl der Ausländer und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Stichprobenziehung erfolgt auf der Basis der so typisierten Anschriften. Bundesweit sollen ca. 8 Prozent der Bevölkerung im Rahmen der Haushaltstichprobe befragt werden. Über den Umfang der Stichproben in Berlin und Brandenburg ist noch nichts bekannt.

Das Erhebungskonzept des Zensus sieht für Anschriften, unter denen sich Sonderbereiche befinden, ein abweichendes Erhebungsverfahren vor (§ 9 ZensVorbG 2011) [4]. Zur Organisation der Erhebung sind die Anschriften mit Sonderbereichen zu speichern. Ermittelt werden Angaben zur Art der Einrichtung, Namen und Anschriften von Trägern, Einrichtungsleitern und Ansprechpartnern sowie Angaben, die über das Erhebungsverfahren entscheiden. Die Sonderanschriften sind im AGR zu kennzeichnen. Über eine Typisierung der Art der Standorte der Einrichtungen (Anschriften) wird festgelegt, ob sie von der Stichprobenerhebung und/oder der GWZ auszuschließen

sind. Die Recherchen, die Erfassung der notwendigen Angaben und die Vorerhebung zur Festlegung des Erhebungsverfahrens sind mit großem Aufwand verbunden. Bereits seit Ende 2007 haben die Statistischen Landesämter begonnen, Sonderanschriften zu ermitteln und die für die gesonderte Erhebung erforderlichen Angaben festzustellen. In Berlin und Brandenburg sind bisher jeweils über 1 600 Einrichtungen ermittelt und erfasst worden.

Abbildung 2 veranschaulicht, dass alle Erhebungsteile des Zensus über das AGR miteinander verbunden sind. Daraus folgt, dass in einem Erhebungsteil anfallende Erkenntnisse nicht nur zu einem Update des AGR führen, sondern auch unmittelbar auf ihre Relevanz für andere Erhebungsteile geprüft und gegebenenfalls übernommen werden müssen.

Zusammenfassung

Die Umstellung von einer traditionellen Volkszählung auf einen registergestützten Zensus bedeutet einen Paradigmenwechsel, der große Anforderungen an die amtliche Statistik stellt. Bei früheren Volkszählungen wurde die Vollzähligkeit der Erhebung dadurch sichergestellt, dass das Erhebungsgebiet in eindeutig abgegrenzte Zählbezirke eingeteilt wurde und jeder Zähler bei der Begehung seines Zählbezirks alle Gebäude, Wohnungen und Personen ermittelte. Beim registergestützten Zensus muss die vollzählige Feststellung der Erhebungseinheiten durch die Zusammenführung aller nutzbaren Informationen zentral in den Statistischen Landesämtern erfolgen.

menführung aller nutzbaren Informationen zentral in den Statistischen Landesämtern erfolgen.

Kernstück und zentrales Steuerungsinstrument des komplexen Modells des Zensus 2011 ist das Anschriften- und Gebäuderegister. Es leistet wichtige Hilfsfunktionen für die Prüfung und Speicherung der Daten aller genutzten Register, für die Durchführung und die Ablaufkontrolle aller primärstatistischen Erhebungen und deren Koordination, für die Stichprobenplanung, für die Stichprobenziehung, für die Zusammenführung aller Verfahrensteile sowie für die Auswertung aller Erhebungsteile. Die Vollständigkeit des AGR ist die wichtigste Voraussetzung für die vollzählige Erfassung aller Personen, Haushalte, Wohnungen und Gebäude im Zensus. Daher sind Aufbau und Pflege des AGR die zentralen Aufgaben zur Vorbereitung des registergestützten Zensus.

Im AGR sind alle Anschriften zu speichern, unter denen sich Gebäude mit Wohnraum befinden. Für diese sind alle erforderlichen Daten zu ermitteln: Namen und Anschriften der Gebäudeeigentümer, erhebungsorganisatorisch wichtige Angaben zu Gebäuden, Strukturmerkmale für die Stichprobenziehung und Angaben zu Sonderanschriften. Zur Ermittlung der benötigten Daten muss eine Vielzahl von Quellen genutzt werden. Um eine Übermittlung durch diese Stellen zu ermöglichen, war eine gesetzliche Grundlage erforderlich, die durch das Zensusvorbereitungsgesetz geschaffen wurde.

Quellennachweis

- | | |
|--|---|
| <p>[1] Verordnung (EG) Nr.763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (ABl. L 218 vom 13. 8. 2008, S.14).</p> <p>[2] Heinzel, A.: Volkszählung 2011: Deutschland bereitet sich auf einen registergestützten Zensus vor, „Berliner Statistik“- Monatschrift 2006 Heft 7, S. 321 ff.</p> <p>[3] Zum aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens siehe dip21.bundestag.de/dip21.web/bt</p> | <p>[4] Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011-ZensVorbG 2011) vom 8. Dezember 2007 (BGBl.I S. 2808).</p> <p>[5] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Ergebnisse des Zensus-tests; in „Wirtschaft und Statistik“ 8/2004, S. 813 ff.</p> <p>[6] Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung 1983 vom 15. Dezember 1983; BVerfG 65, 1, S. 29.</p> |
|--|---|

Peter Kuchta

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse im Land Brandenburg von 1998 bis 2006



Vorbemerkungen

Der Mikrozensus erfragt in vierjährigen Abständen im Rahmen der Stichprobenerhebung über die Be-

1998 waren von den 1 164,5 Tausend in Brandenburg vorhandenen Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum 88,8 Prozent bewohnt. Dieser Anteil hat sich bis 2006 nur unwesentlich erhöht (+0,3 Prozent), wenngleich die absolute Anzahl der Wohneinheiten um 108,1 Tausend zugenommen hat. Besonders zugenommen hat in diesem Zeitraum die Zahl der nur von einer Person (+39,5 Prozent) und von zwei Personen (+18,9 Prozent) belegten Wohneinheiten. Entsprechend dem gegenwärtigen Trend der sinkenden Haushaltsgrößen ist die Zahl der mit vier Personen (-33,7 Prozent) bzw. fünf und mehr Personen (-41,7 Prozent) belegten Wohneinheiten im gleichen Zeitraum außerordentlich stark zurückgegangen.

völkerung und den Arbeitsmarkt auch die Wohnsituation der Haushalte und Familien. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation, dem Erwerbsstatus und haushaltsrelevanten Gegebenheiten liefern diese zusätzlichen Fragekomplexe wichtige und aufschlussreiche soziale Informationen.

Neben allgemeinen Angaben zum bewohnten Gebäude sind Eigentums- bzw. Mietverhältnisse sowie die Sanitär- und Heizungsausstattung Bestandteil der Erhebung. Da dieser Fragekomplex Bestandteil des Pflichtprogramms ist, beträgt auch hier der Stichprobenumfang 1,0 Prozent der Haushalte und ist demzufolge mit allen anderen Haushaltsmerkmalen des Mikrozensus eins zu eins kombinierbar, ohne dabei methodische und systematische Fehler verschiedener Hochrechnungsfaktoren berücksichtigen zu müssen.

Wohneigentum

Wohneigentum ist nach wie vor für viele Bürger ein erstrebenswertes Lebensziel. 1998 waren 35,5 Prozent der Wohngebäude in privatem Eigentum. Im Jahr 2006 betrug dieser Anteil 39,6 Prozent.

Das klassische Einfamilienhaus war dabei sowohl 2006 mit einem Anteil von 80,6 Prozent als auch 1998 (75,9 Prozent) klar die dominierende Eigentumsform. Wachsende Lebensqualität oder -bedürfnisse spiegeln sich auch in der Wohnungsgröße wider. Gegenüber 1998 ist die durchschnittliche Wohnungsgröße bei Wohneigentum von 104,3 m² auf 109,8 m² im Jahr 2006 gestiegen (+5,3 Prozent). Während bei Einfamilienhäusern ein Zuwachs an Wohnfläche um 4,7 Prozent zu verzeichnen war, stieg die Wohnfläche von sogenannten Doppelhaushälften um 3,3 Prozent, die der Eigentumswohnungen lagen zwischen +1,7 Prozent (7 – 12 Wohneinheiten im Gebäude) und +8,8 Prozent (3 – 6 Wohneinheiten) im betrachteten Zeitraum.

Auffällig ist, dass gleichzeitig die durchschnittliche Zahl der Personen je Wohneinheit von 2,7 im Jahr 1998 auf 2,5 im Jahr 2006 gesunken ist. Das bedeutet mehr Lebensqualität im Austausch mit weniger Haushalts- bzw. Familienmitgliedern.

Betrachtet man die Haushaltsstrukturen nach der jeweiligen Nutzungsart der Wohnungen, so zeigt sich, dass deutliche Veränderungen innerhalb des betrachteten Zeitraumes von 1998 bis 2006 stattgefunden haben. Der Anstieg von Wohneigentum ist vor allem bei Ein- und Zweipersonenhaushalten beachtlich. So stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte mit Wohneigentum von 49,0 Tausend auf 78,1 Tausend (+59,4 Prozent) an. Bei Zweipersonenhaushalten waren es +37,3 Prozent. Dem gegenüber stehen erhebliche Verringerungen von vier- und mehr Personenhaushalten mit Wohneigentum, was aber generell die Entwicklung von sinkenden Haushaltszahlen dieser Größen widerspiegelt (Tabelle 1).

Kinder sind bei der Entscheidung zum und dem Besitz von Wohneigentum nach den vorliegenden Daten nicht die entscheidende Motivation. 1998 betrug der Anteil der Wohneigentümerhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren am Wohneigentum 34,5 Prozent. 92,3 Prozent dieser Haushalte besaßen nicht mehr als zwei Kinder. 2006 sank der Anteil Wohneigentümer mit Kindern sogar auf 24,3 Prozent. In lediglich 6,2 Prozent der Haushalte lebten mehr als zwei Kinder.

Wohneigentum ist in Brandenburg, so nicht vererbt oder schon zu DDR-Zeiten erworben, erheblich von zwei Faktoren abhängig: der Höhe des Einkommens bzw. Vermögens und der Erwerbstätigkeit.

Tab. 1 Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum im Land Brandenburg 1998 und 2006 nach Haushaltsstruktur und Nutzungsart der Wohneinheit

Haushaltsgröße	Eigentümer		Hauptmieter	
	1998	2006	1998	2006
1 000				
1 Person	49,0	78,1	239,6	316,7
2 Personen	134,6	184,8	223,5	239,9
3 Personen	86,5	106,4	104,1	82,1
4 Personen	75,5	63,4	71,7	34,0
5 und mehr Personen	21,6	14,5	16,3	7,7

1998 hatten 82,7 Prozent der Haushalte mit über 1 100 EUR Haushaltsnettoeinkommen Wohneigentum, im Jahr 2006 hatte sich die Zahl derer auf 86,7 Prozent erhöht. 90,2 Prozent der Eigentümer waren 1998 entweder erwerbstätig (59,1 Prozent) oder Rentner (31,1 Prozent). Im Jahr 2006 hatte sich die Zahl auf 63,6 Prozent bzw. 31,8 Prozent erhöht.

Nach der Altersstruktur sind es vor allem die zwischen 30- und 60-Jährigen und die Altersrentner, die Wohneigentum besitzen bzw. geschaffen haben (Tabelle 2).

Der Trend zu immer größeren Wohnungen spiegelt sich auch im Vergleich der Jahre 1998 zu 2006 wider (Tabelle 3).

Hatten 1998 noch 6 Prozent der Eigentümer eine Wohnfläche von bis zu 60 m², so reduzierte sich in 2006 der Wert auf 4 Prozent, wogegen im gleichen Zeitraum die Zahl der Haushalte mit einer Wohnfläche von mehr als 120 m² sich von 31 Prozent auf 38 Prozent erhöhte. Ab einer Größenordnung von mehr als 80 m² Wohnfläche sind Eigentumswohneinheiten deutlich gegenüber Mietwohnraum in der Überzahl – immerhin sind 78 Prozent dieser Wohneinheiten in Privatbesitz.

Gemieteter Wohnraum

Bei den Mietwohneinheiten zeichnet sich ebenfalls ein Wandel zu größeren Wohnungen ab. Die durchschnittliche Wohnungsgröße stieg von 1998 bis 2006 um 2,6 Prozent. Der Trend weg von großen Mietwohneinheiten (sogenannte Mietskasernen) ist deutlich. Gab es 1998 noch 121,0 Tausend bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden mit mehr als 13 Wohnungen, waren es 2006 nur noch 107,2 Tausend (-12,9 Prozent).

Im Jahr 1998 gab es in Brandenburg 598,6 Tausend Hauptmieterhaushalte, von denen 35,3 Prozent Einpersonenhaushalte waren. Im Jahr 2006 hatte sich die Zahl der Hauptmieterhaushalte um 83,9 Tausend verringert (-14 Prozent), während sich gleichzeitig die Zahl der Einpersonenhaushalte um 11,7 Prozent erhöhte und insgesamt einen Anteil von 45,9 Prozent ausmachte. Ebenso ist das Bedürfnis nach größerem Wohnraum je Haushalt gestiegen, besonders im Bereich von 80 m² bis 120 m². Insgesamt ist die Wohnfläche je Wohneinheit von 1998 zu 2006 von 77,0 auf 81,8 m² angestiegen (Tabelle 4).

Die Haushaltstrukturen haben sich auch in den vergangenen acht Jahren weiterhin deutlich zugunsten der Ein- und Zweipersonenhaushalte verschoben. Das wird auch bei der beanspruchten Wohnraumgröße deutlich. So hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte mit mehr als 100 m² Wohnfläche mehr als verdoppelt. Bei Zweipersonenhaushalten ist es immerhin noch eine Steigerung auf 156,8 Prozent (100 – 120 m²) bzw. auf 196,2 Prozent ab 120 m² Wohnfläche (Tabelle 5).

Neben dem gestiegenen Lebensanspruch an eine Wohnung sind natürlich die aufzuwendenden Kosten, die man dafür zu zahlen bereit ist, entscheidende Kriterien.

Der Mikrozensus erhebt neben den allgemeinen Angaben zur Wohnsituation auch Angaben zur Höhe der Bruttokaltmiete. Das eröffnet die Möglichkeit, die aufgewendeten Mietkosten in Korrelation zu anderen

Im Land Brandenburg 1998 und 2006 ...

Tab. 2

... Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum nach dem Alter der Bezugsperson¹ und der Nutzungsart der Wohneinheit

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Eigentümer		Hauptmieter	
	1998	2006	1998	2006
	1 000			
unter 25.....	2,5	4,1	34,9	45,6
25 – 30.....	6,9	6,8	52,8	57,4
30 – 40.....	69,7	63,6	139,2	100,7
40 – 50.....	91,2	119,6	112,1	129,8
50 – 60.....	83,4	96,3	98,3	95,9
60 – 65.....	41,3	40,2	60,5	42,2
65 und mehr.....	74,4	116,6	157,2	208,8

¹ ab 2005
Haupteinkommens-
bezieher

Tab. 3

... bewohnte Eigentümerwohneinheiten nach der Wohnfläche und der Nutzungsart

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Eigentümerwohneinheiten			
	1998		2006	
	1 000	%	1 000	%
unter 60.....	21,9	6,0	17,7	4,0
60 – 80.....	58,5	16,0	53,2	11,9
80 – 100.....	81,7	22,4	94,0	21,0
100 – 120.....	89,7	24,6	12,0	25,1
120 und mehr.....	113,4	31,0	169,6	38,0
Insgesamt	365,2	100	446,5	100

Tab. 4

... bewohnte Mietwohneinheiten in Wohngebäuden nach der Wohnfläche

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Wohnungen gesamt		Anteil Mietwohnungen	
	1998	2006	1998	2006
	1 000		%	
unter 40.....	58,2	58,6	97,6	97,1
40 – 60.....	276,7	264,7	93,1	94,3
60 – 80.....	235,4	231,9	80,1	81,3
80 – 100.....	57,3	75,1	41,2	44,4
100 – 120.....	23,5	31,3	20,8	21,8
120 und mehr.....	11,8	18,3	9,4	9,7

Tab. 5

... Haushalte nach der Wohnfläche und der Haushaltsgröße

Wohneinheiten Haushalte mit einer Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Haushalte				
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	ab 5 Personen
	1 000				
	1998				
unter 40.....	53,0	3,9	/	/	/
40 – 60.....	145,2	110,0	28,6	10,4	/
60 – 80.....	55,0	120,1	66,7	44,0	6,0
80 – 100.....	19,7	54,6	31,3	25,7	7,5
100 – 120.....	8,8	38,0	29,8	27,3	9,2
120 und mehr.....	6,9	31,5	33,1	39,5	14,1
	2006				
unter 40.....	57,4	2,6	/	/	–
40 – 60.....	179,9	83,7	14,4	/	/
60 – 80.....	84,0	140,4	43,0	14,9	(2,8)
80 – 100.....	36,7	76,7	37,5	16,4	/
100 – 120.....	18,3	59,6	39,3	21,1	5,1
120 und mehr.....	18,4	61,8	54,0	42,1	11,7

Tab. 6 **Bruttokaltmiete im Land Brandenburg 1998 und 2006 nach der Haushaltsgröße**

Haushaltsgröße	Durchschnittliche Bruttokaltmiete je Wohneinheit in EUR		
	1998	2006	Veränderung in %
1 Person	221	282	27,6
2 Personen	239	358	49,8
3 Personen	318	414	30,2
4 Personen	345	474	37,4
5 und mehr Personen ...	384	503	31,0
Insgesamt	280	337	20,4

Tab. 7 **Hauptmieterhaushalte mit einer Mietbelastung von mehr als 35 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens im Land Brandenburg 1998 und 2006 nach ausgewählten Einkommensklassen**

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR	Mietbelastung			
	35 bis unter 40 Prozent		40 und mehr Prozent	
	1998	2006	1998	2006
	%			
500 – 700	13,3	17,2	33,1	52,8
700 – 900	11,0	18,8	13,7	25,8
900 – 1 100	6,7	12,4	5,9	9,2
1 100 – 1 300	3,2	6,9	2,2	6,8

Merkmale zu setzen und so einen interessanten Einblick in die Lebenssituation der Haushalte zu erhalten.

1998 betrug die Bruttokaltmiete im Durchschnitt aller Haushalte beispielsweise umgerechnet 280 EUR, acht Jahre später waren es 337 EUR. Eine Wertung dieses Anstiegs gestaltet sich jedoch schwierig, da neben reinen Mieterhöhungen auch solche Faktoren wie Sanierung und Wohnraumzuwachs eine Rolle spielen (Tabelle 6).

Betrachtet man jedoch die verschiedenen Einkommensklassen der Haushalte, so sind bestimmte Tendenzen erkennbar. 1998 hatten von den 82,5 Tausend Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis zu 700 EUR 55,2 Prozent eine Bruttokaltmiete von bis 200 EUR zu zahlen, 31,9 Prozent zahlten von 200 bis 300 EUR Bruttokaltmiete. 2006 waren von den 71,7 Tausend Haushalten mit bis zu 700 EUR Haushaltsnettoeinkommen bereits 51,9 Prozent mit einer Bruttokaltmiete von 200 bis 300 EUR konfrontiert und lediglich 32,2 Prozent im Bereich von weniger als 200 EUR Bruttokaltmiete.

1998 waren in der Einkommensklasse 700 bis 1 100 EUR 137,4 Tausend Haushalte vorhanden. 39,8 Prozent dieser Haushalte zahlten bis zu 200 EUR Bruttokaltmiete monatlich und immerhin 20,7 Prozent zahlten schon mehr als 300 EUR Bruttokaltmiete. 2006 waren in dieser Einkommensklasse lediglich 17,2 Prozent vertreten, die weniger als 200 EUR Bruttokaltmiete monatlich bezahlten, aber schon 38,0 Prozent zahlten mehr als 300 EUR Bruttokaltmiete.

Ab 400 EUR monatlicher Bruttokaltmiete sind lediglich die Einkommen von 1 500 bis 3 200 EUR ausagefähig. Hatten 1998 erst 19,9 Prozent der betreffenden 220,1 Tausend Haushalte eine solche Miete, waren es im Jahr 2006 bereits 38,6 Prozent von 174,6

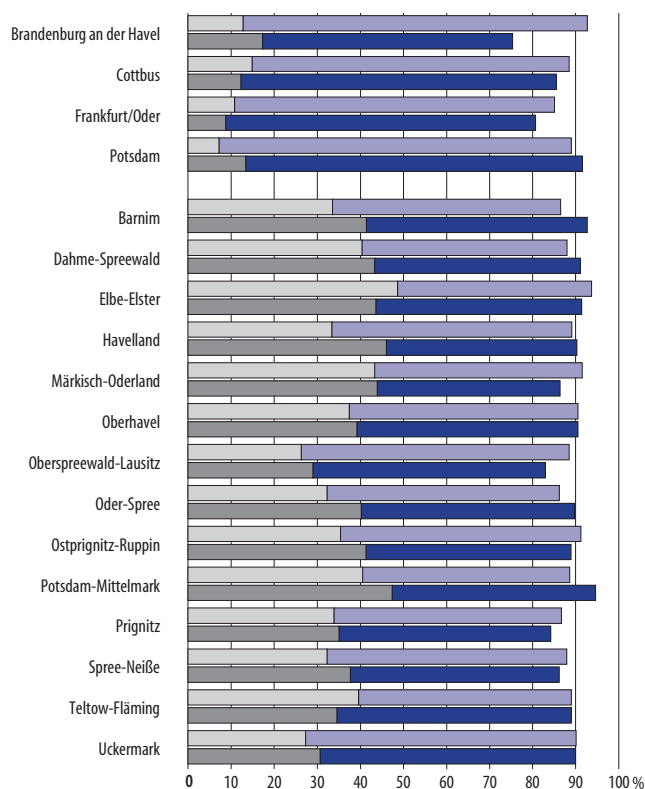
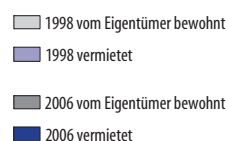


Abb. 1 **Wohneinheiten in Wohngebäuden im Land Brandenburg 1998 und 2006 nach Verwaltungsbezirk und Nutzungsart**



Tausend entsprechenden Haushalten. Ab 3 200 EUR monatlich zur Verfügung stehendem Haushaltsnettoeinkommen sind die Haushalte vorwiegend in den Reihen der Wohneigentümer (76 Prozent) zu finden.

Da die Mieten für viele Haushalte einen erheblichen Teil der monatlich aufzubringenden Kosten ausmachen, ist die Darstellung der Mietbelastung in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen aussagekräftiger als die reine Miethöhe. Gerade in den unteren Einkommensklassen machte die Mietbelastung mehr als ein Drittel der fixen Kosten aus. 1998 war eine Mietbelastung von mehr als 40 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens bei Haushalten mit 500 – 700 EUR monatlich bei 33,1 Prozent der Haushalte zu verzeichnen. Im Jahr 2006 betrug dieser Anteil bereits 52,5 Prozent, wobei sich die Zahl der Haushalte insgesamt nur unwesentlich verändert hat.

In der Einkommensklasse von 700 – 900 EUR stieg der Anteil mit oben genannter Mietbelastung von 13,7 Prozent im Jahr 1998 auf 25,8 Prozent im Jahr 2006 (Tabelle 7).

Wohnungsleerstand

Im Mikrozensus wird der Leerstand von ganzen Wohngebäuden bzw. einzelnen Wohnungen als Organisationsmerkmal erfasst. Insgesamt betrug 1998 der Anteil leer stehenden Wohnraums 11,2 Prozent und hat sich seither nur unwesentlich auf 11,4 Prozent im Jahr 2006 erhöht. Differenzierter stellt sich der Wohnraumleerstand dar, wenn man die einzelnen Gebäudegrößen betrachtet (Tabelle 8).

Die Wärmeversorgung

1998 hatten 83,9 Prozent der Wohnungen in Wohngebäuden eine zeitgemäße Sammelheizung (Fern-, Block-, Zentral- oder Etagenheizung). Acht Jahre spä-

Tab. 8 **Wohnungsleerstand im Land Brandenburg 1998 und 2006 nach Gebäudegrößenklassen**

Leerstand in Wohngebäuden mit ...	1998	2006
	%	
1 Wohneinheit	7,8	7,2
2 Wohneinheiten	6,6	5,9
3 – 6 Wohneinheiten	17,4	15,2
7 – 12 Wohneinheiten	13,3	15,9
13 Wohneinheiten und mehr	10,6	13,9
Insgesamt	11,2	11,4

ter hatte sich der Anteil auf 94,8 Prozent erhöht. Einzel- oder Mehrraumofenheizungen sind im genannten Zeitraum dagegen um fast das Dreifache (von 164,4 Tausend auf 58,2 Tausend) gesunken.

Die Wohnsituation in den Kreisen des Landes Brandenburg

In ländlichen Gegenden ist Wohneigentum schon aufgrund der bestehenden Hofstrukturen weitaus häufiger vorhanden als in den großen Städten. Mit einem Anteil von 48,6 Prozent Eigentum an den Wohneinheiten war der Elbe-Elster-Kreis im Jahr 1998 am stärksten vertreten, acht Jahre später war es der Kreis Potsdam-Mittelmark mit 47,4 Prozent. Die Landkreise mit dem niedrigsten Anteil an bewohntem Eigentum waren die Landkreise Oberspreewald-Lausitz (1998 \pm 26,3 Prozent und 2006 \pm 29,0 Prozent) und Uckermark (1998 \pm 27,3 Prozent bzw. 30,7 Prozent in 2006) (Abbildung 1, Tabelle 9).

Tab. 9 **Wohneinheiten in Wohngebäuden im Land Brandenburg 1998 und 2006 nach Verwaltungsbezirk und Nutzungsart**

Kreisfreie Stadt/ Landkreis	Nutzungsart							
	vom Eigentümer bewohnt				vermietet			
	1998		2006		1998		2006	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Kreisfreie Städte								
Brandenburg an der Havel ..	5,3	12,8	7,6	17,3	31,8	79,9	25,5	58,0
Cottbus	8,5	14,9	6,7	12,3	42,1	73,6	39,6	73,2
Frankfurt/Oder	4,3	10,8	3,4	8,8	29,6	74,3	27,8	71,9
Potsdam	4,8	7,2	11,2	13,4	54,3	81,8	65,3	78,2
Landkreise								
Barnim	24,3	33,5	34,3	41,4	38,4	53,0	42,6	51,3
Dahme-Spreewald	27,2	40,4	33,2	43,3	32,0	47,6	36,7	47,8
Elbe-Elster	27,2	48,6	25,7	43,6	25,2	45,1	28,2	47,8
Havelland	19,1	33,4	29,8	46,0	31,8	55,7	28,7	44,3
Märkisch-Oderland	31,6	43,3	41,5	43,9	35,2	48,2	40,3	42,5
Oberhavel	30,9	37,4	39,3	39,2	43,8	53,1	51,4	51,3
Oberspreewald-Lausitz	18,0	26,3	20,6	29,0	42,5	62,2	38,4	54,0
Oder-Spree	27,6	32,3	35,5	40,2	46,1	53,9	43,8	49,5
Ostprignitz-Ruppin	16,5	35,4	19,4	41,3	26,1	55,8	22,7	47,6
Potsdam-Mittelmark	33,9	40,5	43,0	47,4	40,3	48,1	42,8	47,2
Prignitz	16,4	33,9	17,1	35,1	25,6	52,8	23,9	49,1
Spree-Neiße	22,3	32,3	27,2	37,7	38,4	55,6	34,9	48,5
Teltow-Fläming	28,2	39,6	28,9	34,6	35,2	49,4	45,4	54,4
Uckermark	19,3	27,3	21,7	30,7	44,5	62,8	41,9	59,3

Geert Baasen, Hartmut Bömermann

Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion in Berlin am 26. April 2009

Abgestimmt wurde über den Gesetzentwurf über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion, der im Amtsblatt für Berlin vom 6. März 2009, Seite 570, veröffentlicht ist und im Wesentlichen folgenden Inhalt hat:

Ethik-, Religions- oder Weltanschauungsunterricht werden als gleichberechtigte ordentliche Unterrichtsfächer in den öffentlichen Schulen Berlins angeboten. Jede Schülerin und jeder Schüler an allgemeinbildenden Schulen muss eines dieser Fächer belegen. Schüler-

innen und Schüler dürfen – bei einem Alter bis 14 Jahren ihre Eltern – frei wählen, an welchem dieser Fächer sie teilnehmen.

Die Abstimmungsfrage lautete:
Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu?
Ja/Nein

Im Gegensatz zum Volksentscheid über den Flughafen Tempelhof, bei dem es um einen Beschluss des Abgeordnetenhauses ohne bindende Wirkung für den Senat ging, wurde beim Volksentscheid „Pro Reli“ also über ein Gesetz abgestimmt. Im Erfolgsfall hätte der Präsident des Abgeordnetenhauses das Gesetz unverzüglich ausfertigen lassen müssen und der Regierende Bürgermeister hätte es danach binnen zwei Wochen im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin verkünden müssen. Das Gesetz wäre damit in Kraft getreten.

Bei einem Volksentscheid handelt es sich um die letzte und entscheidende Stufe eines dreistufigen Verfahrens [1].

In diesem Beitrag werden kurz die Vorstufen und das Ergebnis des Volksentscheids dargestellt.

Unterstützung des Volksbegehrens im Westen der Stadt

Ende 2007 reichte die Initiative Pro Reli mehr als 37 000 Unterschriften für den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens (1. Stufe) bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ein. Für einen Erfolg hätten 20 000 Unterschriften ausgereicht.

Der Senat ließ das Volksbegehren (2. Stufe) dann am 8. Januar 2008 zu. Da das Abgeordnetenhaus von Berlin den begehrten Gesetzentwurf nicht innerhalb von vier Monaten, also bis zum Mai 2008, übernahm, konnte die Trägerin nun innerhalb von drei Monaten die Durchführung des Volksbegehrens verlangen. Im August 2008, kurz vor Ablauf der Frist, verlangte die Initiative Pro Reli e.V. die Durchführung des Volksbegehrens. Vermutlich schöpfte die Initiative ihre Frist weitgehend aus, um zu erreichen, dass ein notwendig werdender Volksentscheid zusammen mit der Europawahl stattfinden kann.

Für das Volksbegehren richteten die Berliner Bezirkswahlämter insgesamt 43 Auslegungsstellen ein. In der Zeit vom 22. September 2008 bis zum 21. Januar 2009 konnten die Berlinerinnen und Berliner dann dort für das Volksbegehren unterschreiben. Zusätzlich war erstmals eine freie Sammlung der Unterschriften außerhalb der Auslegungsstellen möglich, da das Abstimmungsgesetz im Februar 2008 entsprechend geändert wurde.

Insgesamt 308 787 Unterschriften wurden in den Auslegungsstellen gesammelt oder von der Trägerin eingereicht – 265 823 davon waren gültig. Für ein Zustandekommen mussten 7 Prozent der Stimmberechtigten (am letzten Tag der Eintragsfrist, am 21. Januar 2009, waren es 2 441 496 Personen), also 170 905 Personen dem Volksbegehren zustimmen. Tatsächlich stimmten sogar 10,9 Prozent dem Volksbegehren zu.

Damit war das Volksbegehren über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion zustande gekommen.

Von den 308 787 Unterschriften wurde die weit überwiegende Mehrheit von der Trägerin selbst gesammelt und über die Geschäftsstelle des Landeshauptwahlleiters oder direkt bei den Bezirkswahlämtern (ca. 250 000 Unterschriften) eingereicht – schätzungsweise nur rund ein sechstel aller Unterschriften wurden in den Auslegungsstellen geleistet.

Am 26. April 2009, fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof vom 27. April 2008, stimmten die Berlinerinnen und Berliner über einen Gesetzentwurf zur Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion ab. Initiiert wurde der begehrte Gesetzentwurf von der Initiative Pro Reli e.V. die im März 2007 gegründet wurde. Die Initiative zielte darauf ab, dass Ethik- und Religionsunterricht gleichberechtigte Schulfächer werden und nur eines dieser Fächer von den Schülerinnen und Schülern belegt werden muss.

Der Ethikunterricht war erst im August 2006 mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 in Berlin als verbindliches Unterrichtsfach, das nicht abgewählt werden kann, für alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 bis 10 in Berlin eingeführt worden. Das neue Unterrichtsfach Ethik hatte keine Auswirkung auf den Religionsunterricht. Dieser kann weiterhin, wie vor Einführung des Ethikunterrichts, freiwillig als Unterrichtsfach hinzu gewählt werden. Im Kern ging es also um eine Aufwertung des Religionsunterrichts an den Berliner Schulen. Die Initiative wurde von großen Teilen der evangelischen und katholischen Kirchen in Berlin getragen und auch vom EKD-Ratspräsidenten Bischof Wolfgang Huber und Georg Kardinal Sterzinsky unterstützt. Außerdem befürworteten die CDU- und die FDP-Fraktionen im Abgeordnetenhaus den Volksentscheid. Die anderen drei Fraktionen – SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen – lehnten das Begehren ab.

Die Gültigkeit der Unterschriften wurde anhand des Berliner Melderegisters überprüft. Eine Auswertung daraus hat ergeben, dass die meisten Unterschriften ungültig waren, weil sie mehrfach geleistet wurden (ca. 32,6 Prozent) oder Angaben fehlten, unleserlich beziehungsweise fehlerhaft waren (29,4 Prozent). Weiterhin waren 17,2 Prozent der Unterschriften ungültig, da der Unterstützer nicht die Deutsche Staatsbürgerschaft hatte, nicht in Berlin mit Hauptwohnung gemeldet war (13,9 Prozent) oder nicht, wie vorgeschrieben, die letzten drei Monate vor der Unterschriftsleistung in Berlin mit Hauptwohnung gemeldet (3,4 Prozent) war. Weitere 3,6 Prozent waren ungültig, weil der Unterstützer noch keine 18 Jahre alt war oder aus sonstigen Gründen.

Allerdings wurden nicht alle ungültigen Unterschriften im Melderegister eingetragen. Etwa 10 000 ungültige Unterschriften fehlen dort, vermutlich weil der Unterzeichner nicht gefunden wurde (möglicherweise deshalb, weil er in Berlin im Melderegister nicht eingetragen war).

Die meisten gültigen Eintragungen wurden von Stimmberechtigten geleistet, die in Steglitz-Zehlendorf (45 554) gemeldet waren. An zweiter Stelle folgt Tempelhof-Schöneberg mit 38 186 Eintragungen, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf (34 717).

Die wenigsten Unterschriften gab es von Stimmberechtigten aus Marzahn-Hellersdorf (6 797) und aus Lichtenberg (7 009). Die Zahl der Eintragungen nach Wohnbezirk der Unterstützer zeigt deutlich, dass das Interesse an der Aufwertung des Religionsunterrichtes im Westteil der Stadt (und hier besonders im Südwesten) wesentlich größer war als im Ostteil. Die Zustimmung in den sechs Westbezirken der Stadt (Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Reinickendorf) reichte aus, um das Quorum von 170 385 Personen zu erreichen. Von den Bewohnern der beiden Fusionsbezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg wurden lediglich 25 431 gültige Eintragungen geleistet und von denen der vier östlichen Bezirke (Pankow, Treptow-

Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg) 41 763.

Gültige Unterschriften zum Volksbegehren nach Bezirken

Bezirk	Eintragungen insgesamt
Mitte.....	16 199
Friedrichshain-Kreuzberg.....	9 232
Pankow.....	16 830
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	34 717
Spandau.....	24 093
Steglitz-Zehlendorf.....	45 554
Tempelhof-Schöneberg.....	38 186
Neukölln.....	23 728
Treptow-Köpenick.....	11 127
Marzahn-Hellersdorf.....	6 797
Lichtenberg.....	7 009
Reinickendorf.....	32 351
Berlin insgesamt	265 823
Nachrichtlich	
Ostbezirke.....	41 763
Westbezirke.....	198 629
Fusionsbezirke.....	25 431

Termin für Volksentscheid drei Monate nach Ende des Volksbegehrens

Nachdem das Volksbegehren zustande gekommen war, legte der Senat am 17. Februar, den Abstimmungstag auf den 26. April 2009 fest und entschied sich damit gegen eine Zusammenlegung der Abstimmung mit der Europawahl am 7. Juni 2009.

Das Abgeordnetenhaus entschied dann in seiner Sitzung am 19. Februar, den begehrten Beschluss nicht zu übernehmen und auch auf einen eigenen Gesetzentwurf zu verzichten. Nach § 30 des Abstimmungsgesetzes hätte das Abgeordnetenhaus einen eigenen Gesetzentwurf zur Abstimmung stellen können. Für die Vorbereitung der Abstimmung blieben dann noch rund zwei Monate Zeit.

Um allen Stimmberechtigten die notwendigen Informationen an die Hand zu geben, ist im Abstimmungsgesetz festgelegt, dass beim Volksentscheid jede stimmberechtigte Person eine Information in Form einer amtlichen Mitteilung erhalten muss, in der neben dem Wortlaut des Volksentscheids die Argumente jeweils im gleichen Umfang der Trägerin einerseits sowie des Senats und des Abgeordnetenhauses andererseits darzulegen sind. Diese Information in Form einer 24-seitigen Broschüre wurde vom Landesabstimmungsleiter mit der Abstimmungsbekanntmachung zwischen Ende März und Anfang April 2009 verschickt [2].

Ergebnis der Abstimmung

Es beteiligten sich 29,2 Prozent aller Stimmberechtigten an der Abstimmung und gaben im Abstimmungslokal oder durch Briefwahl ihre Stimme ab [3]. Mit Ja stimmten 48,4 Prozent und mit Nein 51,4 Prozent, 0,2 Prozent waren ungültig.

Abstimmungsgruppen	absolut	%
Stimmberechtigte	2 445 699	x
Teilnehmer	713 095	29,2
Ja-Stimmen	345 004	48,4
Nein-Stimmen	366 721	51,4
Ungültige Stimmen	1 370	0,2

Für die Annahme des Gesetzentwurfs hätten die Mehrheit der Teilnehmer und zugleich mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten, also mindestens 611 425 Personen, zustimmen müssen. Da nach dem endgültigen Ergebnis nur 48,4 Prozent der Teilnehmer und damit eine Minderheit mit Ja gestimmt hatten, wurde der Gesetzentwurf nicht angenommen. Die Gegner der Beibehaltung des bisherigen Ethikunterrichtes an Berliner Schulen konnten sich somit nicht durchsetzen.

Die Abstimmungsbeteiligung variierte zwischen 21,6 Prozent in Marzahn-Hellersdorf und 41,4 Prozent in Steglitz-Zehlendorf. Den höchsten Zuspruch fand die Initiative mit 69,2 Prozent im Bezirk Spandau, am geringsten war die Unterstützung mit 21,3 Prozent in Lichtenberg (Tabelle 1).

Gemeinsame räumliche Verteilung der Ja-Stimmen und der Kirchenzugehörigkeit

Über die Zugehörigkeit der Stimmberechtigten zu einer Glaubensgemeinschaft und dem Abstimmverhalten gibt es keine direkten statistischen Daten. Allenfalls kann die räumliche Verteilung der Ergebnisse des Volksentscheids mit der räumlichen Verteilung der Mitglieder der großen christlichen Kirchen verglichen werden. Die Konfessionszugehörigkeit wird über das Kirchensteuermerkmal aus der Einwohnerregisterstatistik gewonnen. Von allen volljährigen Deutschen waren 32,6 Prozent Mitglieder einer evan-

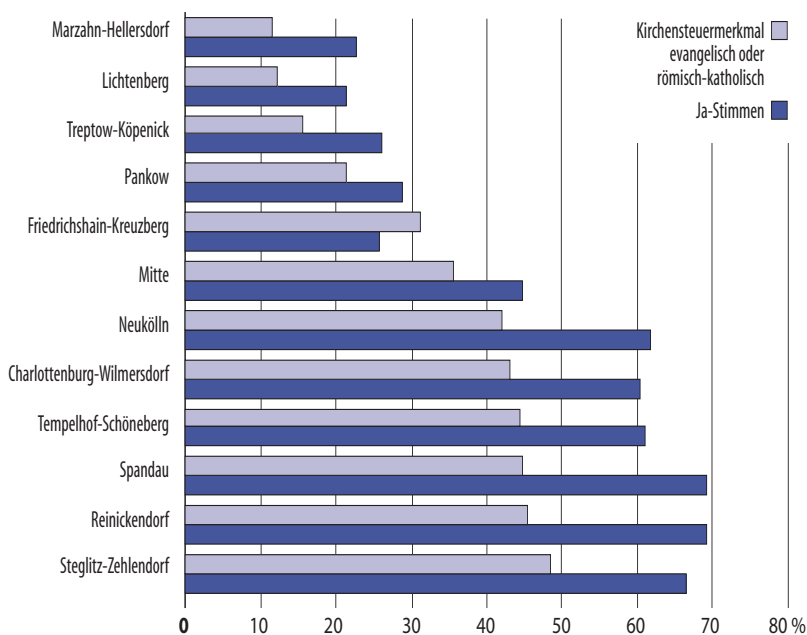
Tab. 1 **Beteiligung und abgegebene Stimmen beim Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion in Berlin am 26. April 2009**

Bezirk	Stimm- berech- tigte	Teil- nehmer	Abstimm- ungs- beteiligung in %	Abstimmungsergebnis			
				Ja		Nein	ungültig
				absolut	%		
Mitte.....	193 529	47 042	24,3	21 059	44,8	25 866	117
Friedrichshain-Kreuzberg.....	168 825	44 202	26,2	11 386	25,8	32 724	92
Pankow.....	279 669	78 108	27,9	22 383	28,7	55 594	131
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	216 524	74 270	34,3	44 782	60,3	29 381	107
Spandau.....	161 008	45 251	28,1	31 297	69,2	13 885	69
Steglitz-Zehlendorf.....	214 859	88 934	41,4	58 969	66,3	29 806	159
Tempelhof-Schöneberg.....	230 507	77 367	33,6	47 146	60,9	30 097	124
Neukölln.....	195 143	51 673	26,5	31 928	61,8	19 609	136
Treptow-Köpenick.....	198 357	54 960	27,7	14 334	26,1	40 512	114
Marzahn-Hellersdorf.....	202 373	43 767	21,6	9 960	22,8	33 712	95
Lichtenberg.....	202 966	47 143	23,2	10 052	21,3	37 004	87
Reinickendorf.....	181 939	60 378	33,2	41 708	69,1	18 531	139
Insgesamt	2 445 699	713 095	29,2	345 004	48,4	366 721	1 370

gelischen oder römisch-katholischen Religionsgemeinschaft. Werden die beiden Ergebnisse – Ja-Stimmen und Kirchenzugehörigkeit – gegenübergestellt, so ist die Parallelität auffällig (Abbildung 1). In Marzahn-Hellersdorf sind 11,7 Prozent Mitglied einer der beiden großen christlichen Kirchen und hier stimmten 22,8 Prozent mit Ja. Dagegen liegt der Anteil des Kirchensteuermerkmals in Steglitz-Zehlendorf bei 48,3 Prozent und in diesem Bezirk stimmten 66,3 Prozent mit Ja. In Bezirken mit einem überdurchschnittlichen Anteil evangelischer oder römisch-katholischer Einwohner war auch die Zustimmung zum Volksentscheid überdurchschnittlich.

Detaillierter lässt sich die Verteilung der Ja-Stimmen und des Kirchensteuermerkmals durch Kartierung auf der Ebene der Stimmbezirke darstellen. Auf dieser räumlichen Ebene können die Briefwähler, die immerhin 22,7 Prozent aller Abstimmungsbeteiligten ausmachten, nicht nachgewiesen werden, die Karten geben also nur die Ja-Stimmen in den Abstimmungslökalen wieder. Auch hier zeigt sich die räumliche Korrelation der beiden Merkmale sehr deutlich (Abbildungen 2 und 3). Ost und West bilden die Grundstruktur mit einem innenstädtischen Übergangsbereich.

Abb. 1 **Anteil der Ja-Stimmen beim Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion am 26. April 2009 und volljährige deutsche Einwohner mit Kirchensteuermerkmal nach Bezirken**



Literaturverzeichnis

- [1] Baasen, G.: „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“ Volksbegehren erfolgreich, Volksentscheid gescheitert; Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg Heft 3, S. 41 ff.
- [2] Der Landesabstimmungsleiter Berlin: Amtliche Information zum Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion in Berlin am 26. April 2009; Berlin 2009.
- [3] Der Landesabstimmungsleiter Berlin: Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion am 26. April 2009; Endgültiges Ergebnis zugleich Statistischer Bericht B VII 4-1; Berlin 2009

Abb. 2 Anteil der Ja-Stimmen
beim Volksentscheid über die Einführung
des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion
am 26. April 2009
nach Stimmbezirken
in Prozent der Teilnehmer
(ohne Briefwähler)

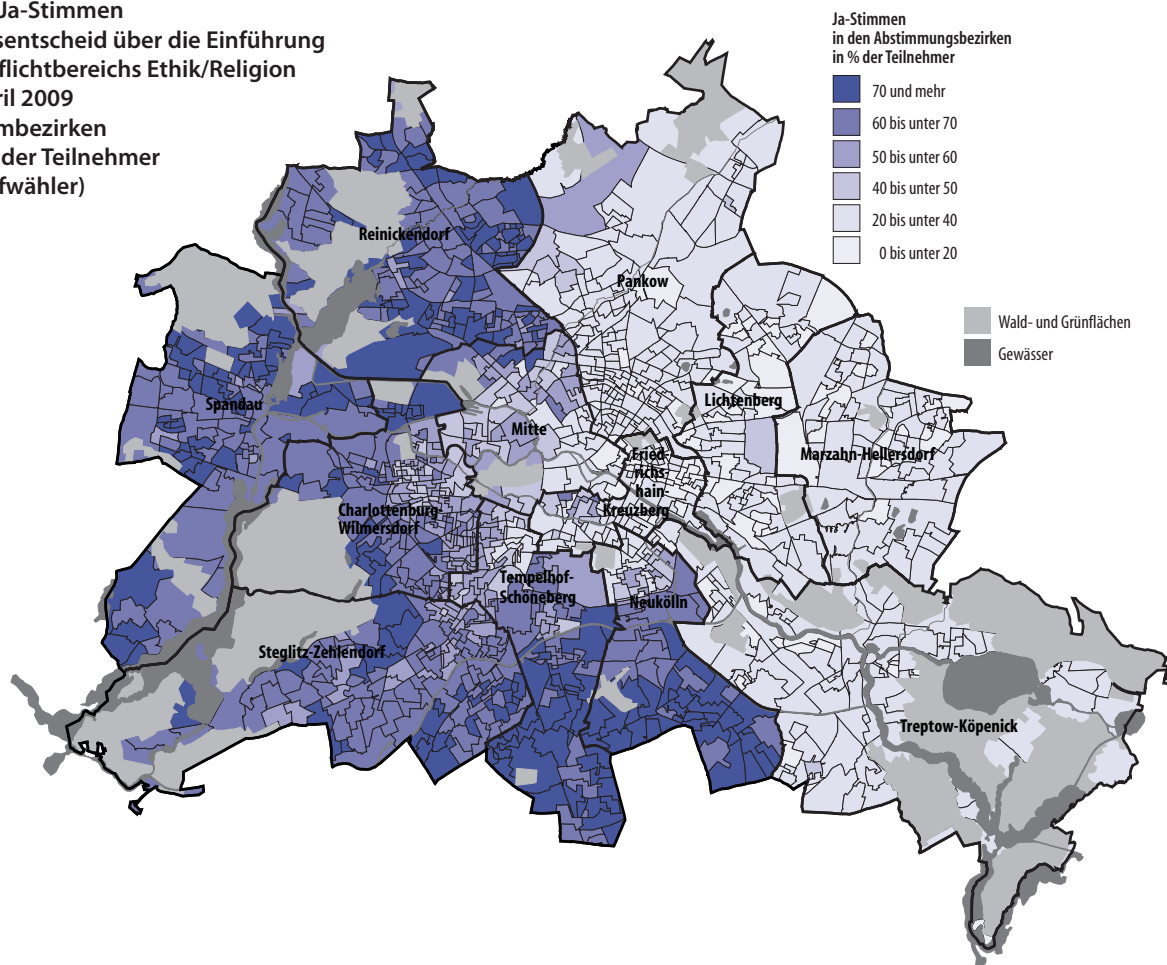
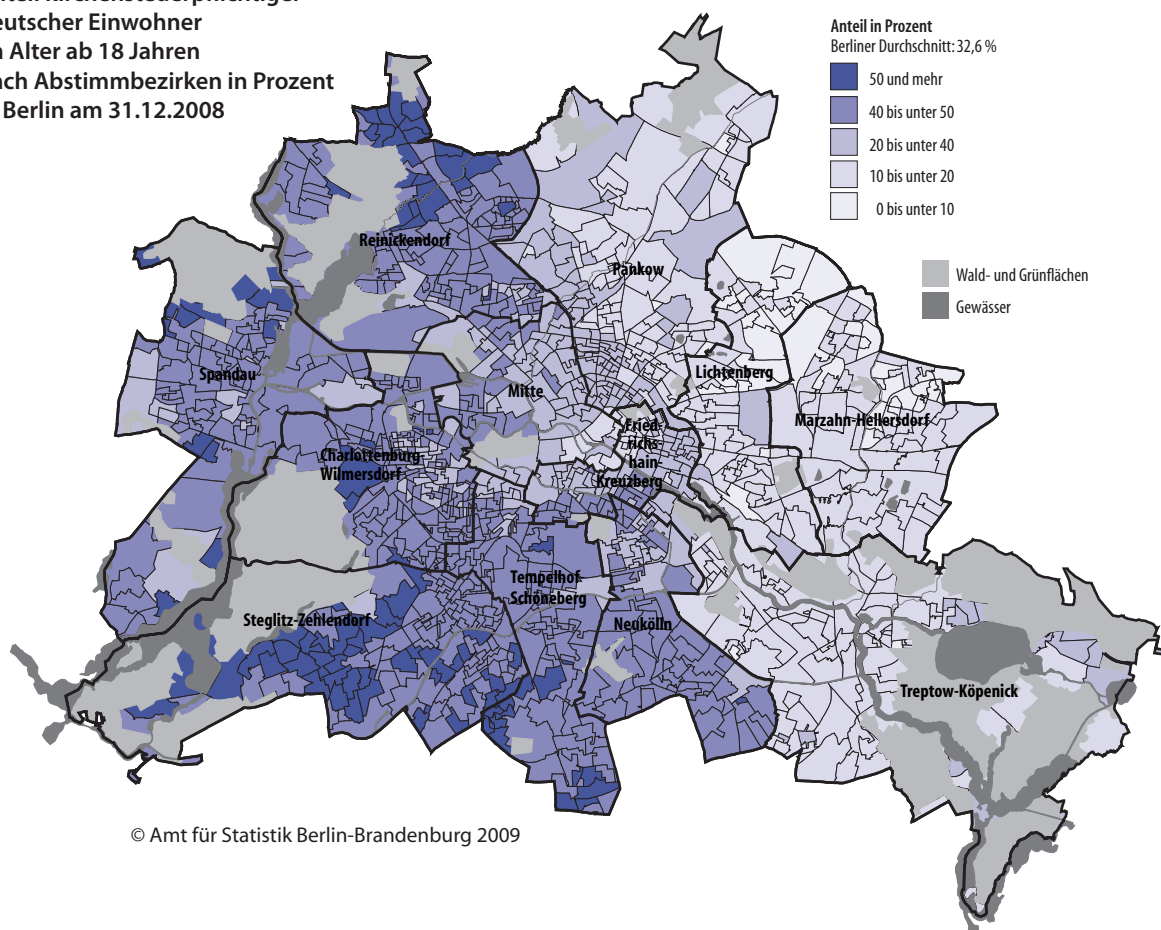


Abb. 3 Anteil kirchensteuerpflichtiger
deutscher Einwohner
im Alter ab 18 Jahren
nach Abstimmbezirken in Prozent
in Berlin am 31.12.2008



Jürgen Hübner

Historisches

Bevölkerung

Im Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910, achter Jahrgang, findet man auf der Seite 14 unter dem Abschnitt I. Fläche und Bevölkerung. C. Bewegung der Bevölkerung. 1. Geburts-, Heirats-, Sterbe- und Wanderziffer für den preussischen Staat jeweiligen Umfanges, 1816 bis 1909

14

I. Fläche und Bevölkerung.

C. Bewegung der Bevölkerung.

(Preussische Statistik und Aktion.)
1. Geburts-, Heirats-, Sterbe- und Wanderziffer für den preussischen Staat
jeweiligen Umfanges, 1816 bis 1909.

Jahre.	Auf je 1 000 zu Anfang des Jahres Lebende entfielen				Auf 1000 Personen der mit- telaren Be- völkerung betrug durch- schnittlich der Ge- winn (+) oder Ver- lust (-) durch Wande- rungen	Jahre.	Auf je 1 000 zu Anfang des Jahres Lebende entfielen				Auf 1000 Personen der mit- telaren Be- völkerung betrug durch- schnittlich der Ge- winn (+) oder Ver- lust (-) durch Wande- rungen
	Geburten einschl. Totgeburten	eheschließende Personen	Sterbefälle einschl. Totgeburten	mehr Geborene als Gestorbene			Geburten einschl. Totgeburten	eheschließende Personen	Sterbefälle einschl. Totgeburten	mehr Geborene als Gestorbene	
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
1816	44,0	23,1	28,2	15,8	+ 5,25	1861	39,6	16,1	27,2	12,4	- 0,20
1817	43,9	21,7	29,7	14,2		1862	39,1	17,0	26,4	12,7	
1818	43,8	21,1	29,7	14,1		1863	41,5	17,5	28,0	13,5	
1819	45,6	20,6	31,0	14,6		1864	41,7	17,4	28,2	13,5	
1820	44,1	20,0	27,0	17,1		1865	41,9	18,3	29,2	13,9	
1821	44,7	18,8	25,5	19,3	+ 0,28	1866	41,1	15,6	35,9	5,2	- 2,41
1822	43,8	18,5	27,4	16,4		1867	38,7	18,7	27,2	11,4	
1823	42,8	17,8	27,3	15,5		1868	38,6	17,7	29,0	9,6	
1824	42,7	18,2	26,9	15,8		1869	39,7	18,0	28,1	11,6	
1825	43,5	18,7	27,2	16,3		1870	40,2	14,9	29,0	11,2	
1826	42,9	18,3	29,0	13,9	+ 1,74	1871	35,3	16,0	30,3	5,1	- 2,17
1827	39,5	17,1	29,4	10,1		1872	41,5	20,7	31,1	10,4	
1828	39,8	16,7	29,7	10,1		1873	41,5	20,4	29,8	11,7	
1829	38,9	17,1	30,5	8,4		1874	42,1	19,6	27,7	14,4	
1830	38,7	17,2	30,4	8,3		1875	42,9	18,2	28,6	14,3	
1831	37,8	15,2	35,6	2,2	+ 2,86	1876	42,8	17,2	27,4	15,4	- 2,34
1832	37,0	19,5	32,3	4,7		1877	41,8	16,1	27,4	14,4	
1833	40,9	19,9	31,5	9,4		1878	40,7	15,7	27,6	13,1	
1834	41,7	19,4	31,8	9,9		1879	40,9	15,4	26,5	14,4	
1835	39,5	18,4	28,2	11,3		1880	39,5	15,4	27,1	12,4	
1836	40,2	18,3	27,4	12,8	+ 5,91	1881	38,6	15,3	26,5	12,1	- 4,43
1837	40,0	18,4	31,5	8,5		1882	39,2	15,8	27,0	12,9	
1838	40,2	17,5	27,9	12,3		1883	38,7	15,9	27,2	11,5	
1839	40,0	17,9	29,9	10,1		1884	39,3	16,2	27,3	12,0	
1840	40,1	18,1	28,6	11,5		1885	39,5	16,4	27,1	12,4	
1841	39,6	18,3	27,8	11,8	+ 0,81	1886	39,4	16,3	27,8	11,6	- 2,10
1842	41,3	18,6	28,8	12,5		1887	39,4	16,0	23,5	13,9	
1843	39,5	18,4	29,0	10,5		1888	39,2	16,1	24,5	14,7	
1844	40,3	18,2	26,1	14,2		1889	38,8	16,4	24,7	14,1	
1845	41,2	18,0	27,6	13,6		1890	38,1	16,5	25,5	12,6	
1846	39,3	17,4	29,7	9,6	- 1,01	1891	39,3	16,4	24,3	15,0	- 1,83
1847	36,2	15,5	31,8	4,4		1892	37,7	16,2	24,8	12,9	
1848	35,7	16,5	33,5	2,2		1893	39,0	16,2	25,6	13,4	
1849	42,8	18,4	30,9	11,9		1894	38,1	16,2	23,2	14,9	
1850	41,6	19,1	28,0	13,6		1895	38,4	16,2	23,2	15,2	
1851	40,8	18,5	26,9	13,9	- 1,26	1896	38,4	16,6	22,1	16,3	+ 1,30
1852	40,0	17,9	33,1	6,9		1897	38,1	16,9	22,4	15,7	
1853	38,9	17,2	30,8	8,1		1898	38,3	17,0	21,4	16,9	
1854	38,1	15,8	29,4	8,7		1899	37,8	17,2	22,7	15,1	
1855	36,0	15,4	32,1	3,9		1900	37,5	17,2	23,1	14,4	
1856	36,4	16,4	27,8	8,6	+ 0,15	1901	37,7	16,7	21,9	15,8	+ 2,68
1857	40,6	18,7	30,1	10,5		1902	36,9	16,1	20,5	16,4	
1858	41,7	19,1	29,6	12,1		1903	35,8	16,0	21,0	14,8	
1859	42,1	17,0	27,8	14,3		1904	36,0	16,3	20,5	15,5	
1860	40,6	16,9	25,6	15,0		1905	34,8	16,3	20,8	14,0	
						1906	35,1	16,6	19,1	16,0	
						1907	34,3	16,5	19,0	15,2	
						1908	34,0	16,2	19,0	15,0	
						1909	33,0	15,8	18,1	14,9	

– wie die Tabellenüberschrift schon aussagt – eine lange Reihe der Bevölkerungsentwicklung in Preußen.

Auf einer Seite komprimiert sind die wichtigsten spezifischen Bevölkerungskennziffern – jeweils auf 1 000 Personen bezogen – dargestellt. Vergleichbar ist die Darstellung, wenn auch recht entfernt, mit den Tabellen 3 der Beiträge zur Bevölkerungsentwicklung Berlins oder Brandenburgs 2007 in diesem Heft. Man erkennt im Faksimile (Abbildung links) deutlich ähnliche Entwicklungen wie heute: eine sinkende Anzahl der Geburten, der eheschließenden Personen, der Sterbefälle und der stark schwankende Verlauf der Wanderungen. In den vorherigen statistischen Jahrbüchern war letztere Kennziffer jährlich ausgewiesen und zeigte eine größere Streuung. So lag beispielsweise im Zeitraum von 1836 bis 1840 eine Schwankungsbreite von +11,56 bis +1,44, im Mittel dann +5,91 auf 1 000 Personen der mittleren Bevölkerung, vor. Dieser Zeitraum charakterisiert die Periode mit den größten Wanderungsgewinnen, lässt aber auch Erfassungsprobleme vermuten. Der höchste Wanderungsverlust mit –4,43 trat von 1881 bis 1885 auf, dieser ist allerdings recht gleichmäßig ausgeprägt. 10 349 031 Personen lebten im Jahr 1816 in Preußen, im Jahr 1910 waren es dann 40 165 219 Personen. Volkszählungen fanden im Allgemeinen alle 5 Jahre statt, für die Jahre dazwischen wurde linear interpoliert.

In den weiteren in diesem Kapitel aufgeführten Statistiken wird die Bevölkerung ausführlich untergliedert, beispielsweise nach Berufsgruppen, Stadt – Land, Religion, Provinzen u. a. Wir erfahren bei der Gelegenheit auch, dass im Jahr 1909 ihre Eheurkunde nicht zu unterschreiben vermochten: in Berlin 0,14 und in Brandenburg 0,30 Prozent, in Preußen dagegen insgesamt 0,75 Prozent – dieser Wert wurde besonders durch die nord-östlichen Provinzen mit Schreibunkundigen von über 2 Prozent beeinflusst.

Wie die Tabellenüberschrift errahnen lässt, hatten die damaligen Statistiker – ähnlich wie die heutigen – mit ständigen Gebietsveränderungen zu kämpfen. 1834, 1867, 1875 und 1891 wurden deshalb doppelt ausgewiesen – einmal „das Staatsgebiet im Umfange des Vorjahres und einmal im neuen Umfang“. Und auch das gab es: „490 Personen vom diplomatischen Korps ließen sich nicht auf die Geschlechter verteilen.“

2

I. Fläche und Bevölkerung.

B. Stand der Bevölkerung.

1. Gesamtbevölkerung des Staates jeweiligen Umfangs von 1816 bis 1905*).

Jahre.	Bevölkerung (gegen Ende des Jahres)		Jahre.	Bevölkerung (gegen Ende des Jahres)		Jahre.	Bevölkerung (gegen Ende des Jahres)	
	überhaupt	davon männlich		überhaupt	davon männlich		überhaupt	davon männlich
1	2	3	1	2	3	1	2	3
1816*	10 349 031	5 133 475	1868	24 119 953	11 931 311	1887	28 973 194	14 217 023
1819*	10 981 934	5 458 232	1869	24 336 174	12 019 518	1888	29 300 557	14 378 733
1822*	11 664 133	5 788 322	1870	24 568 430	12 114 267	1889	29 627 919	14 540 442
1825*	12 256 725	6 086 263	1871*	24 639 706	12 141 024	1890*	29 955 281	14 702 151
1828*	12 726 110	6 326 763	1872	24 903 188	12 272 677	1891 ¹⁾	30 334 804	14 890 601
1831*	13 038 960	6 432 870	1873	25 166 670	12 404 330	1892	30 716 469	15 080 038
1834 ¹⁾	13 472 743	6 699 716	1874	25 430 152	12 535 983	1893	31 096 021	15 268 505
1837*	13 507 999	6 717 264	1875 ¹⁾	25 692 853	12 667 412	1894	31 475 572	15 456 972
1840*	14 098 125	7 039 223	1876	25 742 404	12 692 370	1895*	31 855 123	15 645 439
1843*	14 928 501	7 448 582	1877	26 049 745	12 836 869	1896	32 378 600	15 910 636
1846*	15 471 084	7 720 342	1878	26 357 086	12 981 368	1897	32 902 077	16 175 833
1849*	16 112 938	8 046 771	1879	26 664 427	13 125 867	1898	33 425 554	16 441 030
1852*	16 331 187	8 162 805	1880*	26 971 770	13 270 367	1899	33 949 031	16 706 227
1855*	16 935 420	8 448 871	1881	27 279 111	13 414 866	1900*	34 472 509	16 971 425
1858*	17 202 831	8 577 568	1882	27 486 982	13 510 615	1901	35 036 672	17 256 921
1861*	17 739 913	8 837 012	1883	27 694 854	13 606 362	1902	35 600 835	17 542 416
1864*	18 491 220	9 212 413	1884	27 902 726	13 702 111	1903	36 164 998	17 827 912
1867 ¹⁾	19 255 139	9 583 367	1885*	28 110 598	13 797 858	1904	36 729 161	18 113 407
1870 ¹⁾	19 672 237	9 739 046	1886	28 318 470	13 893 604	1905*	37 293 324	18 398 903
1873 ¹⁾	20 371 337	10 187 063	1887	28 645 832	14 055 314			

*) Die mit * bezeichneten Jahre sind Zähljahre; die Zahlen für die übrigen Jahre sind durch arithmetische Interpolation gewonnen. — 1) Die oben, in schrägen Ziffern gesetzte Zahlenreihe bezieht sich auf das Staatsgebiet im Umfange des Vorjahres. — 2) Hierunter 480 Personen vom diplomatischen Korps, welche sich auf die Geschlechter nicht verteilten ließen. — 3) ohne bzw. mit Einfluß des späteren Kreises Herzogtum Lauenburg.

2. Die Bevölkerung in den Provinzen von 1867 bis 1905.

Provinzen.	Ortsanwesende Bevölkerung				Zunahme (+) oder Abnahme (—) vom Hundert der Bevölkerung in den Zählungsperioden			
	am 3. Dez. 1867	am 2. Dez. 1895	am 1. Dez. 1900	am 1. Dez. 1905	1890 bis 1895	1895 bis 1900	1900 bis 1905	1867 bis 1905
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Ostpreußen	1 808 118	2 006 689	1 996 626	2 030 176	+ 2,45	— 0,50	+ 1,63	+ 12,28
II. Westpreußen	1 282 842	1 494 385	1 563 666	1 641 746	+ 4,23	+ 4,64	+ 4,99	+ 27,93
III. Stkr. Berlin	702 437	1 677 304	1 888 848	2 040 148	+ 6,24	+ 12,61	+ 8,01	+ 190,44
IV. Brandenburg	2 013 585	2 821 695	3 108 554	3 531 906	+ 11,02	+ 10,17	+ 13,62	+ 75,40
V. Pommern	1 445 635	1 574 147	1 634 832	1 684 326	+ 3,50	+ 3,86	+ 3,03	+ 16,51
VI. Posen	1 537 338	1 828 633	1 887 267	1 986 637	+ 4,40	+ 3,21	+ 5,27	+ 29,23
VII. Schlesien	3 585 752	4 415 309	4 668 857	4 942 611	+ 4,52	+ 5,74	+ 5,86	+ 37,84
VIII. Sachsen	2 067 066	2 693 549	2 832 616	2 979 221	+ 4,59	+ 4,97	+ 5,18	+ 44,13
IX. Schl.-Holst.	1 031 696	1 286 416	1 387 968	1 504 248	+ 5,49	+ 7,89	+ 8,88	+ 45,80
X. Hannover	1 939 385	2 422 020	2 590 939	2 759 544	+ 6,31	+ 6,97	+ 6,51	+ 42,29
XI. Westfalen	1 707 726	2 701 420	3 187 777	3 618 090	+ 11,23	+ 18,00	+ 13,50	+ 111,87
XII. Hess.-Nass.	1 379 745	1 756 802	1 897 981	2 070 052	+ 5,55	+ 8,04	+ 9,07	+ 50,03
XIII. Rheinprov.	3 455 358	5 106 002	5 759 798	6 436 337	+ 8,40	+ 12,80	+ 11,75	+ 86,27
XIV. Hohenz. L.	64 632	65 752	66 780	68 282	— 0,50	+ 1,86	+ 2,25	+ 5,65

1) auch für 1867 mit Einfluß des damaligen Herzogtums Lauenburg; von 1892 ab auch mit Einfluß der Insel Helgoland.

18

I. Fläche und Bevölkerung.

5. Die Geburten.
Verhältniszahlen für den Staat.

Jahre.	Unter 1000 Geborenen waren durchschnittlich				Unter 1000 ehelich Geborenen waren durchschnittlich Kinder aus			
	Knaben	Unehe-liche	Totge-borene	Mehr-lings-kinder	rein evange-lischen	rein katho-lischen	rein jüdischen	anderen
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1905	Stadt 515	93,4	29,9	24,7	539	390	5,7	65,1
	Land 516	57,1	30,1	27,0				
1906	Stadt 515	94,6	30,5	24,4	537	391	5,8	65,6
	Land 516	56,7	29,7	26,8				
1907	Stadt 515	97,2	30,4	24,7	533	396	5,9	65,9
	Land 516	59,0	29,3	26,3				
1908	Stadt 514	99,3	30,4	24,1	530	398	5,5	66,5
	Land 515	59,4	29,2	27,2				
1909	Stadt 514	102,9	30,3	24,4	526	402	5,3	67,1
	Land 515	60,1	29,1	26,6				

6. Die Eheschließungen.

a) Verhältniszahlen für den Staat.

Jahre.	Unter 1000 eheschließenden Paaren waren						Durchschnittsalter in Jahren bei den eheschließenden		Unter 1000 Eheschließungen waren solche zwischen
	solche von Jung-gesellen mit Jung-frauen	beide Eheschlie-ßende bis 40 Jahre alt	rein evange-lische	rein katho-lische	rein jü-dische	andere	Män-nern	Frau-en	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1905	865	917	599	299	8,6	93	28,9	25,7	4,6
1906	868	918	600	295	8,8	96	28,9	25,6	4,6
1907	868	919	595	298	8,8	98	28,8	25,6	4,5
1908	867	918	593	299	8,4	99	28,9	25,6	4,8
1909	866	917	596	296	8,4	100	28,9	25,6	4,4

b) Verhältniszahlen für die Provinzen.

Provinzen.	Unter 1000 Eheschließungen waren solche zwischen						Von 1000 Eheschließenden vermochten ihre Heiratsurkunde nicht zu unterschreiben bei den			
	evangelischen Männern und katholischen Frauen			katholischen Männern und evangelischen Frauen			Männern		Frauen	
	1907	1908	1909	1907	1908	1909	1908	1909	1908	1909
I. Ostpreußen	11,9	11,5	13,0	15,5	15,7	15,2	12,6	12,6	16,4	16,9
II. Westpreußen	35,6	37,6	37,2	27,0	31,1	30,5	17,0	15,9	23,3	21,1
III. Stkr. Berlin	67,6	63,9	68,2	81,8	83,2	80,4	1,1	0,4	1,6	1,0
IV. Brandenburg	37,3	38,8	38,6	51,1	49,1	50,2	0,6	1,0	1,9	2,0
V. Pommern	8,6	7,7	8,0	15,3	15,5	13,2	2,6	2,3	3,9	3,4
VI. Posen	15,9	16,1	16,6	13,9	13,3	11,9	16,2	15,3	23,4	20,5
VII. Schlesien	66,0	67,3	68,0	69,7	69,0	68,9	2,9	3,8	4,7	5,1
VIII. Sachsen	19,5	20,9	21,7	32,6	30,0	29,1	0,8	0,4	1,3	1,3
IX. Schl.-Holst.	21,7	21,8	21,5	28,2	30,3	28,0	0,3	0,7	2,1	2,5
X. Hannover	26,0	27,3	24,9	33,8	33,6	32,5	1,0	0,7	1,9	1,9
XI. Westfalen	41,9	42,7	44,2	48,8	48,2	48,7	1,1	1,2	2,2	2,6
XII. Hess.-Nassau	74,3	69,5	69,4	74,6	73,7	74,7	0,1	0,2	0,3	0,4
XIII. Rheinprov.	63,7	63,9	64,7	48,8	50,7	52,3	0,6	0,7	1,3	1,4
XIV. Hohenz. Lande	30,3	28,4	23,5	17,0	3,5	14,3	—	—	—	—
Staat	44,0	43,9	44,3	46,8	46,7	46,4	2,9	3,0	4,3	4,5

Veröffentlichungen

┐ **Berlin,** April und Mai 2009

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

3. Quartal 2008	vj 3/08
A I 1/A II 4	6,00 EUR

Krankenhäuser, Teil II Diagnosen der Patienten

Jahr 2007	j 07
A IV 3	8,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung - Erwerbstätige Jahresergebnis, Vierteljahresergebnis

1991 bis 2008	
2004 bis 4. Vj. 2008	hj 2/08
A VI 9	7,00 EUR

Europawahlen, Bundestagswahlen, Vorwahldaten, Strukturdaten

2009	4j, 5j
B VII 1, B VII 5	8,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Februar 2009	m 02/09
D I 1	6,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Jahr 2008	j 08
E I 1	8,00 EUR
Februar 2009	m 02/09
E I 1	7,00 EUR

Baugewerbe

Februar 2009	m 02/09
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

Dezember und Jahr 2008	j 12/08
F II 1	6,00 EUR
Februar 2009	m 02/09
F II 1	7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Januar 2009	m 01/09
G I 1/G IV 3	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

Januar 2009	m 01/09
H I 1	7,00 EUR

Binnenschifffahrt

Dezember 2008	m 12/08
H II 1	7,00 EUR

Umsätze und ihre Besteuerung

Jahr 2007	j 07
L IV 1	10,00 EUR

Verbraucherpreisindex

März 2008	m 03/08
M I 2	7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

Februar 2009	vj 1/09
M I 4	7,00 EUR

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowert- schöpfung nach Wirtschaftsbereichen

1991 bis 2008	j 08
P I 1	7,00 EUR

Klimawirksame Stoffe

Jahr 2007	j 07
Q IV 1	6,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, April und Mai 2009

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

3. Quartal 2008	vj 3/08
A I 1, A II 4	6,00 EUR

Krankenhäuser, Teil II Diagnosen der Patienten

Jahr 2007	j 07
A IV 3	8,00 EUR

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Teil II Diagnosen der Patienten

Jahr 2007	j 07
A IV 6	7,00 EUR

Schwangerschaftskonflikt-, Schwangerschaftsberatung, Familienplanung und Sexualaufklärung

Jahr 2008	j 08
A IV 14	7,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung - Erwerbstätige

Jahresergebnisse 1991 bis 2008	
Vierteljahresergebnis 2004 bis 4. Vierteljahr 2008	hj 2/08
A VI 9	7,00 EUR
Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen	
Jahresergebnisse 1991, 1995, 2000 bis 2007	j 07
A VI 10	10,00 EUR

Allgemeinbildende Schulen

Schuljahr 2008/2009	j 08
B I 1	10,00 EUR

Absolventen/Abgänger der allgemeinbildenden Schulen

Jahr 2008	j 08
B I 5	8,00 EUR

Allgemeinbildende Schulen, Ergebnisse nach Verwaltungs- und Schulamtsbezirken

2008/2009	j 08
B I 9	10,00 EUR

Berufliche Schulen

2008/2009	j 08
B II 1	8,00 EUR

Berufliche Schulen Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken

2008/2009	j 08
B II 3	10,00 EUR

Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens

Jahr 2008	j 08
B II 6	6,00 EUR

Akademische und staatliche Abschlussprüfungen

Prüfungsjahr 2008	j 08
B III 3	7,00 EUR

Europawahlen, Vorwahldaten, Strukturdaten

2009	4j/09
B VII 1-1	10,00 EUR

Bundtagswahlen, Vorwahldaten, Strukturdaten

2009	5j/09
B VII 2-1	10,00 EUR

Landtagswahlen, Vorwahldaten, Strukturdaten

2009	4j/09
B VII 5-1	10,00 EUR

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland

April 2009	m 04/09
C II 1	6,00 EUR

Schlachtungen und Fleischerzeugung

Dezember und Jahr 2008	m 12/08
C III 6	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Februar 2009	m 02/09
D I 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden

März 2009	m 03/09
E I 1	7,00 EUR
Produktion	
Jahr 2008	j 08
E I 5	7,00 EUR

Baugewerbe

Ergebnisse des Bauhaupt- u. Ausbaugewerbes

Februar 2009	m 02/09
E II 1; E III 1	7,00 EUR

Energie-, Wasser und Gasversorgung

Jahr 2008	j 08
E IV 1	6,00 EUR

Baugenehmigungen

Dezember und Jahr 2008	m 12/08
F II 1	7,00 EUR
März 2009	m 03/09
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

März 2009	m 03/09
G I 1; G IV 3	7,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Vorläufige Ergebnisse –

Dezember 2008	3m 12/08
G III 1, G III 3	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

Jahr 2008	j 08
H I 1	10,00 EUR
Februar 2009	m 02/09
H I 1	7,00 EUR

Umsätze und ihre Besteuerung

Jahr 2007	j 07
L IV 1	10,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

Berichtigung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

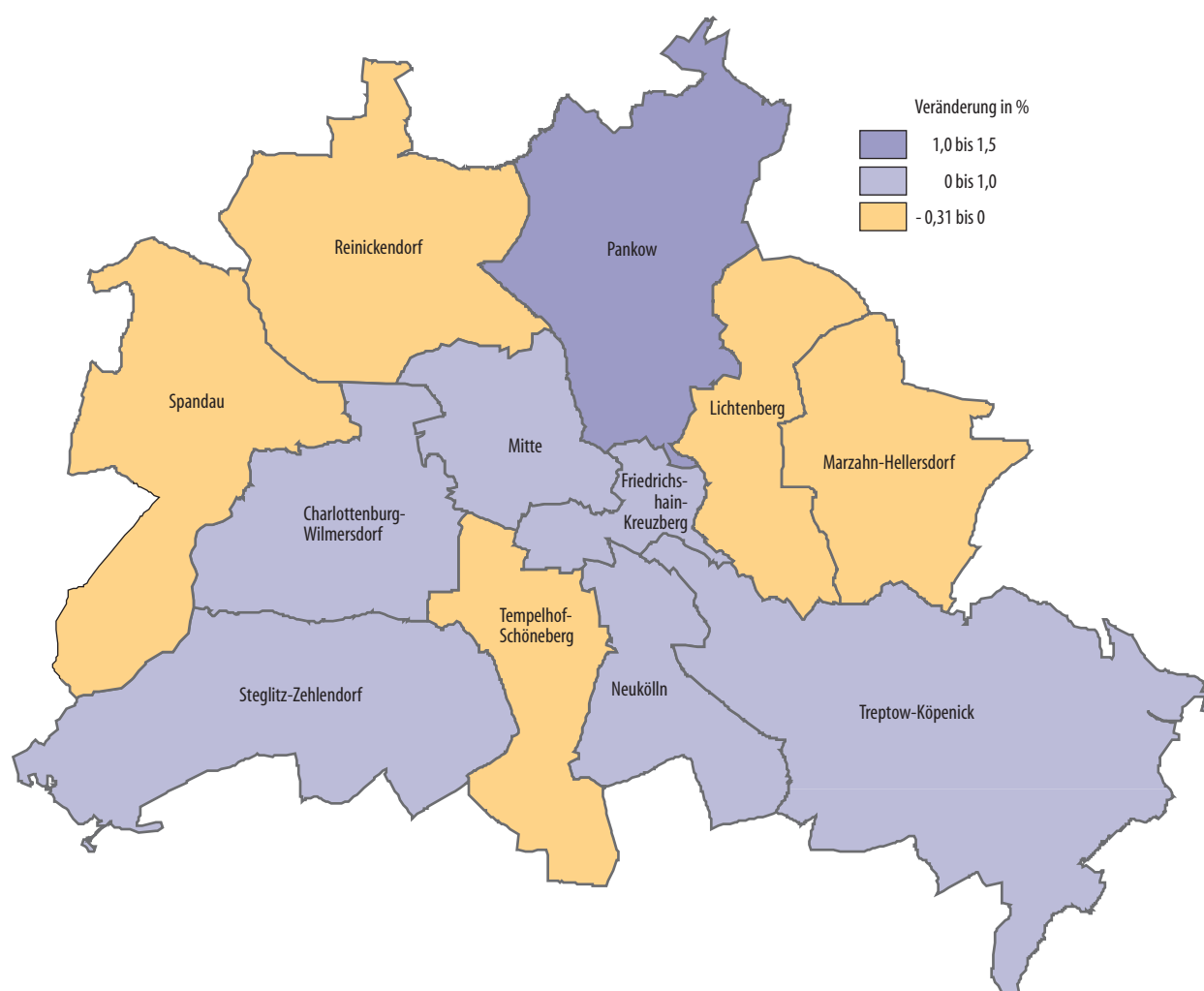
in Hinblick auf das vorherige Heft (2/2009) ist eine Korrektur erforderlich. Auf der Seite 2 sind im Tabellenkopf die Spaltenbezeichnungen verwechselt worden. Die Tabelle muß richtigerweise lauten:

Land	Bruttoinlandsprodukt					
	in jeweiligen Preisen			preisbereinigt (Kettenindex)		
	2007	2008	Veränderung 2008 gegen- über 2007	2007	2008	Veränderung 2008 gegen- über 2007
	Mrd. EUR		%	Index (2000 = 100)		%
Baden-Württemberg.....	357,6	364,3	1,9	111,0	111,7	0,6
Bayern.....	433,0	444,8	2,7	114,3	116,0	1,5
Berlin.....	84,8	87,5	3,3	98,3	99,8	1,6
Brandenburg.....	53,2	54,9	3,3	107,4	108,5	1,0
Bremen.....	26,8	27,7	3,6	110,7	112,6	1,7
Hamburg.....	86,1	89,6	4,1	106,3	108,5	2,1
Hessen.....	215,2	220,8	2,6	107,1	108,5	1,3
Mecklenburg-Vorpommern....	34,8	35,9	3,1	107,8	109,0	1,2
Niedersachsen.....	207,3	214,4	3,4	107,1	108,9	1,7
Nordrhein-Westfalen.....	524,7	541,1	3,1	105,7	107,2	1,4
Rheinland-Pfalz.....	104,6	107,5	2,8	107,3	108,6	1,2
Saarland.....	30,3	31,2	2,9	112,0	113,8	1,6
Sachsen.....	92,7	95,1	2,6	114,7	115,7	0,9
Sachsen-Anhalt.....	51,6	53,8	4,2	108,6	110,5	1,8
Schleswig-Holstein.....	71,8	73,6	2,5	104,5	105,6	1,1
Thüringen.....	48,6	49,8	2,6	112,0	113,1	1,0
Bundesrepublik Deutschland.	2 422,9	2 492,0	2,9	108,7	110,1	1,3
darunter nachrichtlich:						
Alte Bundesländer						
ohne Berlin.....	2 057,3	2 114,9	2,8	108,9	110,3	1,3
einschl. Berlin.....	2 142,0	2 202,4	2,8	108,4	109,8	1,3
Neue Bundesländer						
ohne Berlin.....	280,9	289,6	3,1	110,8	112,1	1,1
einschl. Berlin.....	365,6	377,1	3,1	107,7	109,0	1,2

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern im Jahr 2008

Bitte entschuldigen Sie das Versehen.

└ Veränderung
des Bevölkerungsbestandes
in Berlin im Jahr 2007
nach Bezirken



Veränderung
 des Bevölkerungsbestandes
 im Land Brandenburg im Jahr 2007
 nach Verwaltungsbezirken

